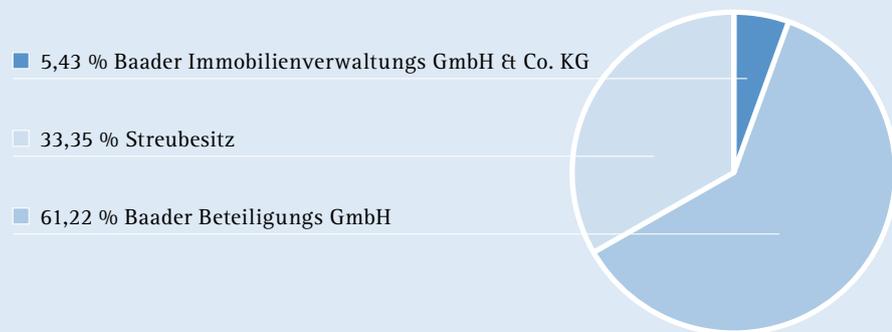


Die Baader Bank AG ist Deutschlands führender Spezialist im Wertpapierhandel und Experte für Dienstleistungen rund um das Wertpapier.

Das Institut ist an allen deutschen Börsen sowie an den wesentlichen Handelsplätzen in Europa vertreten. Darüber hinaus hat die Baader Bank AG über ein Netzwerk von Partnerhäusern Zugang zu allen bedeutenden Börsen der Welt wie New York, Tokio oder Singapur.

Seit Juli 2008 besitzt die Baader Bank AG eine Vollbanklizenz. Dies stellt einen wichtigen strategischen Schritt zur Weiterentwicklung der Dienstleistungen dar, die das Institut rund um das Wertpapier und sonstige Finanzinstrumente anbietet. Darüber hinaus ist die Baader Bank AG auf die Begleitung von Kapitalmaßnahmen mittelständischer Unternehmen spezialisiert.



Kennzahlenübersicht

		2008	2007	Veränderung in %
Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung				
Provisionsergebnis	Mio. €	38,97	46,54	-16,3
Handelsergebnis	Mio. €	59,28	52,02	14,0
Verwaltungsaufwand	Mio. €	87,73	75,82	15,7
Jahresergebnis	Mio. €	8,61	28,64	-69,9
EPS	€	0,19	0,63	-69,8
Konzern-Bilanz				
Eigenkapital	Mio. €	160,22	163,90	-2,2
Bilanzsumme	Mio. €	365,00	259,41	40,7
Kennzahlen des Geschäfts				
Mitarbeiter (zum 31.12.)		333	298	11,7
Orderbücher (zum 31.12.)	Stück	308.201	206.428	49,3
Baader-Bank Aktienkurs				
Eröffnungskurs (02.01.)	€	4,91	4,25	15,5
Höchster Kurs	€	4,91	5,54	-11,4
Niedrigster Kurs	€	1,72	3,70	-53,5
Schlusskurs (30.12.)	€	2,18	4,70	-53,6
Marktkapitalisierung (30.12.)	Mio. €	100,1	215,8	-53,6
Aktienumsatz (Tagesdurchschnitt)	Stück	9.236	22.778	-59,5

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstands	2
Lagebericht Konzern	4
1. Geschäft und Rahmenbedingungen	4
2. Ertragslage	7
3. Vermögenslage	9
4. Finanzlage	10
5. Nachtragsbericht	10
6. Erklärung gemäß § 312 AktG	11
7. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	11
8. Zweigstellenbericht	11
9. Vergütungsbericht gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 4 HGB	11
10. Kapitalbericht gemäß § 315 Abs. 4 HGB	14
11. Risikobericht	18
12. Prognosebericht	24
Bericht des Aufsichtsrats	28
Corporate Governance-Bericht	30
Konzern-Jahresabschluss 2008	36
Konzernbilanz	38
Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung	39
Eigenkapitalveränderungsrechnung	40
Kapitalflussrechnung	42
Anhang (Notes)	44
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	106
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	107

Sehr geehrte Aktionäre und Geschäftsfreunde, verehrte Damen und Herren,

rückblickend mag als entscheidendes Datum der Weltfinanzkrise zwar der 15.09.2008 gelten – jener Tag, an dem die US-Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz angemeldet hat. Alarmzeichen hatte es allerdings schon Monate, wenn nicht Jahre zuvor gegeben. Doch diejenigen, die frühzeitig davor gewarnt hatten, die Hypothekenkrise in den USA könne sich zu einem weltweiten Flächenbrand ausweiten, mögen sich anfangs wie der alttestamentarische Rufer in der Wüste vorgekommen sein. So ist auch kein fixes Datum für den Beginn der Krise auszumachen. Vielmehr gehen deren Ursachen auf mehrere Jahrzehnte zurück, in denen falsche politische und regulatorische Entscheidungen getroffen wurden. Als ein entscheidender Sündenfall kann hier das US-Bundesgesetz Community Reinvestment Act genannt werden, über das die US-Regierungen seit den 70er Jahren immer wieder Druck auf die Banken ausgeübt haben, um Darlehen an im Grunde kreditunwürdige Schuldner zu vergeben. Nachdem dann die Investmentbanken in den 90er Jahren damit begonnen hatten, im Schulterchluss mit den Ratingagenturen derartige ausfallgefährdete Kredite mit Darlehen guter Bonität zu bündeln, um sie hernach weiterverkaufen zu können, nahm die Inflation der Weltfinanzwirtschaft mit diesen toxischen Wertpapieren ihren Lauf.

Jetzt sind erneut die Regulatoren dringend gefordert – und zwar mehr denn je. Durch die Weltmarktkrise ist aus zum Teil nachvollziehbaren Gründen die Bereitschaft für eine Neuregulierung des Finanzmarkts in Politik und Gesellschaft stark gewachsen. Dabei gilt es aber vor allem darauf zu achten, dass man nicht durch eine Überregulierung die Fesseln für

die Finanzbranche zu straff zieht, sondern eine Regulierung mit Augenmaß schafft. Und hier erscheint die Rückbesinnung auf die bewährten Prinzipien der öffentlich-rechtlichen Börse als geboten. Dieses Modell, das auf das Börsengesetz von 1895 zurückgeht, gibt klare Regeln vor und zeichnet sich durch Effizienz, Transparenz und einen angemessenen Rahmen an staatlicher Überwachung im Sinne des Anlegerschutzes aus. Wären die toxischen Papiere, die im Zuge der Lehman-Insolvenz so drastisch an Wert und Bonität verloren haben, über die Börse gehandelt worden, wäre die Brisanz dieser Anlageform frühzeitig erkannt worden. Denn in einem Börsenumfeld mit klarer Regulierung und dem Zwang zu offenen Wertpapierprospekten wären derartig gefährliche Anlageformen, für die die Banken nun keine Käufer und keinen Preis mehr finden, gar nicht erst an den Markt gekommen. Die Krux vieler dieser Produkte wäre bei transparenter Veröffentlichung der Ausgestaltung aufgefallen. So aber wurden sie fern der Öffentlichkeit gehandelt, ohne dass den Akteuren offenbar klar war, was sie dort tun.

Durch den regulierten Handel an der Börse und die damit verbundenen Veröffentlichungspflichten, die die Börse bietet und fordert, sind gegenüber dem Markt, den Anlegern und den Aufsichtsbehörden per se ein hohes Maß an Transparenz und eine hohe Nachvollziehbarkeit der Transaktionen gegeben. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Betrug, Missbrauch und Fehlentwicklungen frühzeitig entdeckt oder erst gar nicht möglich werden. Die Börse hat hier auch die Funktion eines Frühwarnsystems.

Mit Einführung einer Börsenpflicht gäbe es einen Markt und damit auch einen Preis für die toxischen Papiere, was den Banken, die diese Produkte im Depot haben, zu deren Bewertung vielfach fehlt. Und schließlich kann eine Börsenpflicht für alle handelbaren Produkte ihren Teil dazu beitragen, das verloren gegangene Vertrauen der Anleger wieder zurückzugewinnen. So wie es schon seit mehr als 100 Jahren im deutschen Börsengesetz begründet ist.

Ausgerechnet in einem solch turbulenten Berichtsjahr wie 2008 hat die Baader Bank ihr 25-jähriges Firmenjubiläum gefeiert. Doch dass man sich auf dem Erfolg der Vergangenheit nicht ausruhen sollte, weiß niemand besser als wir Börsianer. So bedeutet der Erhalt der Vollbanklizenz im Jahr 2008 eine weitere Weichenstellung in Richtung Zukunftsfähigkeit des Instituts, wurden doch mit diesem Schritt die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Dienstleistungen rund um das Wertpapier weiter auszubauen. Dass solche Entwicklungen nicht ohne eine motivierte Belegschaft, die IT-Führerschaft in der Branche und ein komfortables Eigenkapitalpolster zu meistern sind, versteht sich für uns von selbst.

Daher gilt unser herzlicher Dank allen Mitarbeitern des Baader-Konzerns. Denn nur durch ihre Fachkompetenz und ihren außergewöhnlichen Einsatz konnten wir unsere Rolle als Deutschlands führender Spezialist im Wertpapierhandel weiter ausbauen.

Die Aktionäre, die uns in diesen turbulenten Zeiten die Treue gehalten haben, können wir durch die Ausschüttung einer Dividende am Erfolg des Unternehmens teilhaben lassen. Wir versichern Ihnen, uns auch 2009 mit Tatendrang und Energie für die Interessen unserer Aktionäre, unserer Kunden, unserer Mitarbeiter und der Gesellschaft insgesamt einzusetzen. Vor diesem Hintergrund sind wir überzeugt, auch in bewegten Zeiten wie diesen das Unternehmen auf Kurs halten zu können.

Der Vorstand

Lagebericht Konzern

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Der Markt

Im Börsenjahr 2008 mussten die Aktienmärkte weltweit deutliche Kurseinbrüche hinnehmen. Mit 8.067 Punkten war der deutsche Leitindex ins Jahr gestartet und fiel Mitte Oktober bis auf 4.014 Punkte, um bis zum Jahresende wieder auf 4.810 Punkte zu steigen. Im Jahresvergleich büßte der DAX damit 40% an Wert ein. Auch deutsche Nebenwerte kamen unter die Räder. Der MDAX verlor 43%. Der SDAX beendete das Börsenjahr mit einem Minus von 46%. Noch schwächer tendierte der TecDAX, dessen Minus zum Jahresende mit 48% zu Buche schlug. Der europäische Index DJ STOXX 50 verlor im Jahresverlauf 44%.

Der Dow-Jones-Index der 30 größten US-Industriewerte notierte am Ende des Jahres auf Euro-Basis 31% unter seinem Jahresendstand von 2007. Der NASDAQ 100 beendete das Jahr währungsbereinigt mit einem Verlust von 39%. Die Börse in Tokio schloss das Jahr 2008 gemessen am Nikkei 225 auf Euro-Basis mit einem Minus von 25%.

Auch die BRIC-Staaten konnten sich dem von der Finanzkrise ausgelösten Abwärtstrend nicht entziehen. Der chinesische Aktienindex SSEB in Shanghai verlor 68%. Der SENSEX in Indien gab 59% nach. Der russische Aktienindex (RTS) fiel um 71%. Der brasilianische BOVESPA beendete das Börsenjahr mit einem Verlust von 53%.

Vor diesem Hintergrund gingen 2008 die Umsätze an den deutschen Börsen laut Orderbuchstatistik inklusive Xetra um 13,1% auf € 2.477 Mrd. zurück. Gleichzeitig sank die Zahl der Aktionäre (direkte Aktionäre und Fondsbesitzer) in Deutschland um 9,6% auf 9,3 Millionen. Betrachtet man nur die Zahl der direkten Aktionäre, so ergibt sich ein Rückgang von 12,2% auf 3,6 Millionen (Quelle: Deutsches Aktieninstitut, Stand Oktober 2008).

2008 erwies sich für Rohstoffe als Jahr der Kontraste. Während in den ersten sechs Monaten alle Rohstoffpreise von Energieträgern über Edel- und Industriemetalle bis hin zu Nahrungsmitteln von einem Rekord zum anderen eilten, haben sie sich im weiteren Jahresverlauf gemessen am S&P-GSCI-Rohstoffindex nahezu gedrittelt. Kletterte die Notierung für ein Barrel Rohöl im Juli 2008 auf ein Rekordhoch von knapp \$ 148, fiel sie anschließend innerhalb weniger Monate unter die Marke von \$ 50. Unterm Strich blieb ein Rückgang von 54%. Die konjunktursensiblen Rohstoffe Benzin (ohne Steuer) und Kupfer lagen mit 59% bzw. 54% im Minus. Dagegen sind die Preise für Gold um 5,5%, für Magerschweine um 5%, für Rohzucker um 9% und für Kakao um 31% im Jahresverlauf gestiegen.

Vor dem Hintergrund der Verwerfungen an den Finanzmärkten haben die Notenbanken ihren Kurs im Jahresverlauf korrigiert. Nachdem sowohl für die US-Notenbank Fed als auch für die Europäische Zentralbank zunächst die Inflationsbekämpfung oberste Prämisse war, haben die Zentralbanken aufgrund der deflatorischen Tendenzen an den Märkten die Zinsen dramatisch gesenkt. Insbesondere nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers kam es dann zu einem enormen Auseinanderdriften der Renditedifferenz von Anleihen bester Qualität und Papieren mit schlechter Bonität. Dies geht zu einem großen Teil auf die fehlende Transparenz der so genannten toxischen Papiere, die im Zuge der Subprime-Krise enorm an Wert verloren haben, zurück, die nicht an der Börse notiert und damit ohne Wertpapierprospekt emittiert werden. Außerdem fehlt ihnen eine Marktbewertung, die über die Börse sichergestellt wäre. Diese fehlende Transparenz hat mit dazu beigetragen, dass sich die Situation für diese toxischen Papiere noch verschärft hat, weshalb hier ein dringender Handlungsbedarf auf Seiten der Regulatoren besteht.

Aufgrund der düsteren Stimmung an den Finanzmärkten lagen die Emissionsaktivitäten am Boden. Die Finanzkrise hat ab der zweiten Jahreshälfte viele Börsenkandidaten vom Gang an den Kapitalmarkt abgehalten. Die Börsengänge der Schott Solar AG und der Deutschen Bahn AG wurden auf unbestimmte Zeit verschoben. Damit haben im Jahr 2008 mit GK Software, Ropal Europe und SMA Solar gerade einmal drei Unternehmen einen IPO durchgeführt.

Nach Umsetzung der EU-Richtlinie MiFID (Markets in Financial Instruments Directive) zum 01.11.2007 in nationales Recht muss nach mehr als einem Jahr festgestellt werden, dass die Banken das Thema nicht als Chance ergriffen haben, sich im Sinne einer Best Execution Policy positiv vom Wettbewerb zu differenzieren. Vielmehr haben sich die Institute hier lediglich auf die Mindest Erfüllung der gesetzlichen Pflichten beschränkt und das Thema bürokratisch abgearbeitet.

Die Marktposition der Baader Bank AG

In einem insgesamt katastrophalen Börsenjahr 2008, einem der schwierigsten in der Geschichte des Unternehmens, galt es für die Baader Bank AG besonders besonnen zu agieren, um mit strategischem Weitblick Chancen für die Zeit nach der Krise auszuloten und entsprechend zu handeln. So hat das Institut im Sinne seiner Wachstumsstrategie weiter in seine Kerngeschäftsfelder investiert. Dies wurde auf mehreren Ebenen umgesetzt. Wesentliche Schritte waren dabei der Erwerb der Skontroführergesellschaften Deutsche Börsenmakler GmbH (DBM) und der Kauf der N. M. Fleischhacker AG, beide Frankfurt. Als Meilenstein in der Geschichte des Unternehmens ist der Erhalt der Vollbanklizenz zu sehen.

Mit der im Februar 2008 rückwirkend zum 01.01.2008 erfolgten Übernahme der DBM, der führenden Skontroführergesellschaft im börslichen Fondshandel, avancierte die damalige

Baader Wertpapierhandelsbank auch im börslichen Fondsgeschäft zur führenden Wertpapierhandelsbank in Deutschland. Mit dieser strategischen Maßnahme wurde das eigene Portfolio handelbarer Wertpapiere in dem attraktiven Wachstumsmarkt Fondshandel deutlich ausgebaut und die Diversifikationsstrategie für Wertpapierdienstleistungen vorangetrieben. Gleichzeitig wurde mit dieser Akquisition das Kerngeschäftsfeld Wertpapierhandel weiter gestärkt. Neben dem Handel mit aktiv gemanagten Fonds war die DBM Skontroführer für verbriefte Derivate, Aktien und Renten. Im Juni wurde die DBM rückwirkend zum 01.01.2008 auf die Baader Bank AG verschmolzen.

Im Dezember 2008 wurde mit Wirkung zum 01.01.2009 die N. M. Fleischhacker AG erworben. Das Spektrum der betreuten Wertpapiere der 1902 von Moritz Fleischhacker gegründeten Börsenmaklerfirma reicht von in- und ausländischen Aktien im regulierten Markt sowie im Freiverkehr über Anleihen bis hin zu aktiv gemanagten Fonds. Mit diesen Transaktionen hat die Baader Bank ihre führende Stellung als Spezialist im Wertpapierhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse weiter ausgebaut. Außerdem macht die Baader Bank damit deutlich, dass sie weiterhin eine aktive Rolle in der Branchenkonsolidierung spielt.

Eine wichtige Wegmarke in der Geschichte des Unternehmens wurde im Juli 2008 erreicht, als die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) dem Antrag des bis dahin als Baader Wertpapierhandelsbank AG firmierenden Instituts auf Erhalt der Vollbanklizenz stattgegeben hat. So hat die BaFin dem von nun an als Baader Bank AG firmierenden Institut die Erweiterung der Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 a Satz 2 Nrn. 1 a, 1 c und 3 sowie Satz 3 KWG (Anlageberatung, Platzierungsgeschäft, Finanzportfolioverwaltung sowie Eigengeschäft) und zum Betreiben von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1, 2, 5, 8 und 9 KWG (Einlagen-, Kredit-, Depot-, Garantie- und Girogeschäft) erteilt.

Mit Wirkung dieses Bescheids wurde die Baader Bank der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken zugeordnet und ist aus der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EDW) ausgeschieden. Im Oktober folgte die Mitgliedschaft im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken, im Prüfungsverband deutscher Banken und beim Bayerischen Bankenverband. Damit wurden auch die Voraussetzungen geschaffen, die 100%ige Vollbanktochter der Baader Bank AG, die Baader Service Bank GmbH, auf sich zu verschmelzen.

Auch 2008 hat die Baader Bank ihr weltweites Netzwerk an Handelsmitgliedschaften weiter ausgebaut. So ist das Institut seit Mai Mitglied der London Stock Exchange und hat damit direkten Zugang zur europaweit größten Börse. Dadurch konnte die Handelsqualität vor allem in englischen Aktien

nochmals deutlich erhöht werden. Im Dezember folgte schließlich die Handelsmitgliedschaft an der Chi-X Europe Limited, einer Multilateral Trading Facility (MTF) mit Sitz in London. Mit diesen Anbindungen hat die Baader Bank sowohl für die eigenen Wertpapierhändler als auch für ihre Kunden das Spektrum der zur Verfügung stehenden Handelsplätze nochmals erweitert.

Zusammengebrochen ist im Berichtsjahr der Markt für Börsengänge, von denen nur drei zu verzeichnen waren. Vor diesem Hintergrund waren die Aktivitäten der Baader Bank auf diesem Feld von äußerster Zurückhaltung geprägt. Dennoch hat der Bereich Kapitalmarktdienstleistungen insgesamt 14 Transaktionen mit einem Emissionsvolumen von knapp € 28 Mio. durchgeführt, u. a. eine Kapitalerhöhung für die Impreglon AG. Gemessen am Vorjahr entspricht dies einem Volumrückgang von 85%.

Konsequent weiterverfolgt hat die Baader Bank die bereits in den Vorjahren eingeschlagene Strategie, sich neue Ertragsquellen außerhalb Deutschlands zu erschließen und damit die Möglichkeiten für zusätzliches Wachstum außerhalb Deutschlands auf eine breitere Basis zu stellen. Entsprechend erfolgte im Januar die Betriebsaufnahme des zusammen mit zwei Partnergesellschaften im Oman gegründeten Unternehmens Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C. (GBCM), Muscat. Im September wurden die Aktivitäten über die GBCM auf die Börsen in Dubai und Abu Dhabi ausgedehnt. Dazu hat die GBCM 50% der Anteile an der 2004 gegründeten Börsenmaklergesellschaft Stock Securities LLC von der Gulf General Investment Company (GGICO), beide Dubai, erworben. Die neue Gesellschaft, die nun als Gulf Baader Capital Markets LLC, Dubai, firmiert, ist Mitglied an den Börsen Dubai Financial Market (DFM) und Abu Dhabi Exchange (ADX). Damit hat Baader sein Netzwerk am Golf auf die Vereinigten Arabischen Emirate ausgedehnt und ermöglicht deutschen Anlegern den Zugang zu diesen bedeutenden Kapitalmärkten am Arabischen Golf. Umgekehrt wird damit von dortigen Anlegern das weltweite Netzwerk an Handelsmitgliedschaften der Baader Bank genutzt. Mit diesem Engagement verspricht sich die Baader Bank, mittel- und langfristig von der Dynamik der Kapitalmärkte in den Golfstaaten zu profitieren.

Das Engagement bei der Parsoli Corporation Ltd., Mumbai, Indien, an der Baader 21,9% hält, wurde nicht weiter aufgestockt. Im Vergleich zum arabischen Raum hat sich das Umfeld in Indien deutlich stärker verschlechtert. Mit Blick auf die Beteiligung an Parsoli haben sich damit die Erwartungen der Baader Bank nicht erfüllt.

Nach positiver Anfangsresonanz für die von der Baader Bank im Bereich MiFIS (Markets in Financial Instruments Services) aufgebauten MiFID-konformen Dienstleistungen in den Jahren 2006 und 2007 hat das Interesse an diesen Services im Verlauf des Berichtsjahres stark nachgelassen. Daraufhin hat

die Baader Bank entschieden, diesen Bereich als ein eigenständiges Vorstandsressort aufzugeben und in vorhandene Geschäftsbereiche zu integrieren.

Vor dem Hintergrund der erhöhten Volatilität und einer deutlichen Volumensteigerung im Rentenhandel trug die im Jahr 2004 von Baader eingeschlagene Strategie, das institutionelle Rentengeschäft auszubauen, Früchte. So konnten vor allem im zweiten Halbjahr 2008 Umsatz und Ertrag in diesem Bereich spürbar gesteigert werden. Gleichzeitig hat Baader seine Produkt- und Kundenpalette verbreitern und damit weitere Marktanteile hinzugewinnen können. Die Bandbreite der gehandelten Emissionen hat sich dabei weiter internationalisiert (u. a. USA, Kanada). Die Erfolge in diesem Geschäftsbereich zeigen, dass es gelungen ist, sich durch eine Erweiterung der Produktpalette auf den institutionellen Rentenhandel gegen Rückschläge am Markt abzusichern.

Die Baader Service Bank GmbH machte im Berichtsjahr durch eine erhebliche Geschäftsausweitung erneut einen kräftigen Sprung nach vorne. Dabei kamen ihr die weiter ausgebauten Synergieeffekte im Zusammenspiel mit der Muttergesellschaft und den anderen Tochtergesellschaften zugute. Außerdem gelang es, eine Reihe neuer Kooperationspartner mit dem jeweils angeschlossenen Kundenstamm zu gewinnen. Dadurch konnte die Rolle der Baader Service Bank als Rundum-Dienstleister für Vermögensverwalter und andere institutionelle Kunden sowie als Arrangeur für Finanzinnovationen auf eine deutlich breitere Basis gestellt werden. Zu den wesentlichen von der Bank betreuten Produkten zählen weiterhin Zertifikate, Publikumsfonds, Single- und Dachhedgefonds sowie Managed Accounts.

Die bedeutendste Ertragsquelle der Baader Service Bank war unverändert das Finanzkommissionsgeschäft. Hier stellt sie Fonds- und Zertifikateinitiatoren, Strategiegeber, Fondsmagern, Kapitalanlagegesellschaften, anderen Banken, Versicherungen und Vermögensverwaltern im In- und Ausland ihren Zugang zu den wichtigsten Börsen zur Verfügung und fungiert mit ihrem Transaktions-Know-how als Execution Broker. Während dies in der Vergangenheit zum weit überwiegenden Teil im Handel mit Eurex-Produkten der Fall war, erfolgte im Berichtsjahr, nicht zuletzt über die Verbindung zur Muttergesellschaft, eine stärkere Hinwendung zum Handel am Kassamarkt über Xetra und Xontro. Für den Handel in Devisenkassa- und Termingeschäften konnten weitere Kunden gewonnen werden. Darüber hinaus wurde der Handel in Devisenoptionen aufgenommen. Im Geschäft mit US-Futures und US-Optionen wurden die organisatorischen Voraussetzungen optimiert und der Handel wurde erfolgreich ausgebaut.

Im Zuge der Erweiterung der Wertschöpfungskette baute die Baader Service Bank ihre komplementäre Dienstleistungspalette weiter aus. Das Institut war grundsätzlich bestrebt, sich gleichzeitig an mehreren Stellen des Produktionsprozesses

einzubringen, z. B. als Investment Manager und Execution Broker, neben der Funktion als kontoführende Bank. So wurden in der Finanzportfolioverwaltung, der Konto- und Depotführung, im Risikocontrolling, Reporting und bei den Beratungsdienstleistungen erhebliche organisatorische Anstrengungen unternommen, u. a. durch personelle Aufstockungen und großen technischen Aufwand. Im Ergebnis spiegelte sich dies in sichtbar gesteigerten Volumina dieser Dienstleistungen und nicht zuletzt in deren Ergebnisbeitrag, insbesondere in Form von Kommissionserträgen und Provisionen, wider.

In dem im Jahr 2005 neu entstandenen Geschäftsbereich Alternative-Investment-Strategien hat Baader seine Beteiligung an der Conservative Concept Portfolio Management AG (CCPM) auf 59,8% aufgestockt, um die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Die Absolute-Return-Strategie Athena der CCPM wies im Jahr 2008 im Jahresvergleich eine positive Performance von 11,1% auf, was dazu beigetragen hat, dass die CCPM ihre Assets under Management deutlich steigern konnte.

Die Geschäftsentwicklung der CCPM wird sowohl in Bezug auf die Einnahmesituation bei Gewinnbeteiligungen als auch in Bezug auf die Entwicklung des verwalteten Vermögens wesentlich von den Resultaten der angebotenen Produkte bestimmt. Gegenüber den Vorjahren stellte sich das Jahr 2008 bis zur Jahresmitte in dieser Hinsicht vergleichsweise schwierig dar. Mit fast 11% Rendite im Jahr 2008, bei nur einem Monat mit einer leicht negativen Rendite, konnte sich die von der CCPM umgesetzte Athena-Strategie deutlich und eindrucksvoll von der allgemeinen Branchenentwicklung abheben. Mit der Novelle des Investmentrechts und dem Schaffen der UCITS-III-Richtlinie war der Weg frei für einen in Deutschland beheimateten Publikumsfonds, den die CCPM mit Universal Investment am 23.06.2008 an den Markt brachte. In dem Publikumsfonds gelang es der CCPM, die Voraussetzungen für die Verwaltung von richtlinienkonformen Sondervermögen so einzuhalten, dass die Umsetzung der Optionsstrategie Athena möglich geworden ist. In dem damit geschaffenen Athena UI Fonds wird daher die bewährte Athena-Strategie identisch zu anderen Athena-Produkten umgesetzt. Mittlerweile sind in diese auf „Absolute Return“ fokussierte Anlagestrategie rund € 420 Mio. investiert.

Die Baader Heins & Seitz Capital Management AG betreut ausschließlich institutionelle Kunden. Dieser Kundenkreis setzt sich aus Banken und Sparkassen, Versicherungen, Pensionskassen, Kommunen und kommunalen Unternehmen zusammen. Die Baader Bank AG hatte ihren Anteil im Dezember 2008 um 5% auf 75% erhöht. In diesem Zusammenhang wurde die Firma in Baader & Heins Capital Management AG umbenannt. Trotz der Turbulenzen an den Kapitalmärkten gelang es der Gesellschaft, sich durch die stetige und vertrauensbildende Kundenbetreuung und durch die Integration neuer Mitarbeiter zu behaupten und das Ergebnis zu steigern. Diese

Entwicklung spiegelt ein hohes Maß an Kundenzufriedenheit gegenüber der Gesellschaft wider.

Zum Ende des Jahres 2008 betreute Baader 13.667 Aktienkonten. Auf verbriefte Derivate wie Optionsscheine, Zertifikate oder ETFs entfielen 269.680 Skontren, auf Renten und

Genussscheine 16.567 und auf aktiv gemanagte Fonds 8.287. Damit betreute die Baader Bank zum 31.12.2008 insgesamt 308.201 Orderbücher, was gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von 49,3% entspricht.

2. Ertragslage

Die unten stehende Übersicht beinhaltet die wichtigsten Komponenten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Jahre 2008 und 2007 sowie ihre Veränderungen.

	2008 T€	2007 T€	Veränderung T€ %	
Zinsergebnis	1.047	1.686	- 639	- 37,9
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	- 3.069	0	- 3.069	-
Provisionsergebnis	38.970	46.538	- 7.568	- 16,3
Handelsergebnis	59.279	52.019	7.260	14,0
Ergebnis aus Available-for-Sale-Beständen und at Equity bewerteten Unternehmen	- 4.260	7.677	- 11.937	-
Verwaltungsaufwand	- 87.729	- 75.823	- 11.906	15,7
Betriebsergebnis	4.238	32.097	- 27.859	- 86,8
Saldo sonstige Aufwendungen und Erträge	7.410	2.813	4.597	>100,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.648	34.910	- 23.262	- 66,6
Steuerergebnis	- 2.888	- 6.325	- 3.437	- 54,3
Jahresüberschuss vor konzernfremden Gesellschaftern	8.760	28.585	- 19.825	- 69,4

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Kapitalmärkte belasteten weiterhin die Umsätze der Finanzdienstleistungsindustrie. Trotz dieser schwierigen Marktlage ist es dem Baader Konzern gelungen, auch aufgrund der breiten Aufstellung, im Markt zu bestehen und ein vorzeigbares positives Jahresergebnis zu erwirtschaften.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit setzt sich aus den einzelnen Segmentergebnissen wie folgt zusammen: Skontroführung und Eigenhandel T€ 22.809 (Vorjahr T€ 36.183), Vermittlungsgeschäft T€ - 801 (Vorjahr T€ - 2.016), Kapitalmarktdienstleistungen T€ - 6.277 (Vorjahr T€ 1.584) und Finanzportfolioverwaltung T€ - 2.331 (Vorjahr T€ - 1.209). T€ - 1.753 (Vorjahr T€ 368) entfallen auf die Segmente nicht zuordenbare Konsolidierungstatbestände.

Das positive Zinsergebnis in Höhe von T€ 1.047 (Vorjahr T€ 1.686) resultiert vor allem aus Zinserträgen im Zusammenhang mit dem Einlagengeschäft der Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH sowie Zinsaufwendungen für die Refinanzierung des Verwaltungsgebäudes in Unterschleißheim. Der Rückgang des Zinsergebnisses ist mehrheitlich auf einen erhöhten Liquiditätsbedarf im Wertpapierhandel zu-

rückzuführen.

Die Risikovorsorge setzt sich aus Direktabschreibungen für uneinbringliche Forderungen in Höhe von T€ 16 und Wertberichtigungen auf Kundenforderungen von T€ 3.053 zusammen. Letztere stammen überwiegend aus dem Kreditgeschäft der Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH.

Das Provisionsergebnis ist mit T€ 38.970 um 16,3% niedriger als im Vorjahr und spiegelt damit die rückläufigen Handelsvolumina aber auch die Veränderung der Marktmodelle an den Börsen wider. Während das Segment Kapitalmarktdienstleistungen in erster Linie von der Zurückhaltung der Investoren betroffen ist (T€ 432 nach T€ 3.029 im Vorjahr), spürt das Segment Skontroführung und Eigenhandel die Auswirkung sämtlicher Veränderungen in Gestalt niedrigerer Courtageeinnahmen und Orderroutingserträge (T€ 28.560 nach T€ 33.115 im Vorjahr). Positiv ist jedoch die Entwicklung des Ergebnisbeitrages aus dem Segment Finanzportfolioverwaltung zu sehen (T€ 4.421 nach T€ 3.583 im Vorjahr).

Erfreulich ist der Zuwachs des Handelsergebnisses. Dazu hat im Geschäftsjahr 2008 vor allem das Segment Vermittlungsgeschäft beigetragen (T€ 19.481 nach T€ 8.500 im Vorjahr). Zum Handelsergebnis des Segments Skontroführung und Ei-

genhandel (T€ 40.248 nach T€ 43.943 im Vorjahr) hat der im Jahr 2008 aufgenommene Handel mit aktiv gemanagten Fonds einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Das Ergebnis aus Available-for-Sale-Beständen und at Equity bewerteten Unternehmen ist um T€ 11.937 auf insgesamt T€ -4.260 zurückgegangen. Hauptursache dieses Rückgangs sind vor allem ergebniswirksame Wertberichtigungen auf Wertpapiere des Available-for-Sale-Bestands. Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen setzt sich zusammen aus Ergebnisanteilen von T€ -178 und Abschreibungen auf Firmenwerte von T€ 729. Die Firmenwertabschreibung betrifft den im at Equity-Buchwert der Parsoli Corporation Ltd. enthaltenen Geschäftswert. Grund für diese Abschreibung sind nachhaltig negative Ergebnisbeiträge der Gesellschaft.

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 11.905 oder 15,7% auf T€ 87.729 erhöht.

Vom Verwaltungsaufwand entfallen T€ 49.378 auf den Personalaufwand (Vorjahr T€ 44.853), T€ 31.628 auf die anderen Verwaltungsaufwendungen (Vorjahr T€ 23.939) sowie T€ 6.722 auf Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (Vorjahr T€ 7.032). Die Erhöhung des Personalaufwandes um T€ 4.525 resultiert vor allem aus der gestiegenen Mitarbeiterzahl der Gesellschaft. Die Veränderung des anderen Verwaltungsaufwandes ist geprägt von Einmalaufwendungen aufgrund eines Bankensoftwareprojektes in Höhe von T€ 1.219, der Bildung einer Rückstellung für Rechts- und Beratungskosten in Höhe von T€ 1.000 sowie Aufwendungen in Verbindung mit der Verschmelzung mit der DBM Deutschen Börsenmakler GmbH. Die Bildung der Rückstellung steht im direkten Zusammenhang mit den Wertberichtigungen auf Kundenforderungen in Höhe von T€ 2.981, die als Ri-

sikovorsorge für das Kreditgeschäft ausgewiesen werden und dient der bilanziellen Absicherung von Rechtsrisiken aus der Abwicklung der offenen Forderungen gegenüber Kunden. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind alle planmäßig und betreffen vor allem die erworbenen Skontren, das Verwaltungsgebäude in Unterschleissheim, die Handelssoftware sowie die Handelsstrategien der CCPM AG.

Bei dem Sonstigen Ergebnis handelt es sich hauptsächlich um Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 8.752), aus der Verrechnung von geldwerten Vorteilen aus der privaten Nutzung von Firmenwagen und der Gewährung von Aktioptionen (T€ 496), periodenfremde Erträge (T€ 862), Mieterträge (T€ 59) und Erträge aus Sponsoring (T€ 218). Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen bestimmen sich mehrheitlich durch die Auflösung der Rückstellung für die mögliche Inanspruchnahme durch die EdW in Höhe von T€ 8.650. Durch den Erhalt der Vollbanklizenz im Juli 2008 und die damit verbundene Aufnahme in den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken entfällt diese Rückstellung vollständig.

Die Sonstigen Aufwendungen betreffen vor allem die Abschreibung auf die Wandelanleihe der Parsoli Corporation Ltd. (T€ 1.638) und die unterjährig vorgenommene Abschreibung des Geschäftswertes aus der Erstkonsolidierung der Baader Service Bank GmbH (T€ 963).

Die im Geschäftsjahr 2008 ausgewiesenen Steuern beinhalten die tatsächlichen Ertragsteuern für das abgelaufene Geschäftsjahr in Höhe von T€ 2.255, Erträge aus der Aufzinsung der Körperschaftsteuerguthaben von T€ 1.241 sowie latente Steuern in Höhe von T€ 1.874.

3. Vermögenslage

Die unten stehende Übersicht zeigt die wesentlichen Positionen der Bilanz für das Geschäftsjahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr.

	2008 T€	2007 T€	Veränderung	
			T€	%
Aktiva				
Barreserve	1.221	3.273	-2.052	-62,7
Forderungen an Kreditinstitute	166.016	75.338	90.678	>100,0
Forderungen an Kunden	23.661	2.521	21.140	>100,0
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-3.095	-62	-3.033	-
Handelsaktiva	42.292	47.627	-5.335	-11,2
Available-for-Sale-Bestände				
a) Aktien und Beteiligungen	12.438	8.926	3.512	39,3
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	441	378	63	16,7
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	16.634	38.216	-21.582	-56,5
Grundstücke und Gebäude	18.469	19.322	-853	-4,4
Übrige Sachanlagen	1.511	1.524	-13	-0,9
Immaterielle Anlagewerte und Geschäftswerte	45.619	17.113	28.506	>100,0
Ertragsteueransprüche	11.806	12.071	-265	-2,2
Sonstige Aktiva	6.965	9.189	-2.224	-24,2
Aktive latente Steuern	21.021	23.977	-2.956	-12,3
Summe Aktiva	364.999	259.413	105.586	40,7
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.834	19.751	12.083	61,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	98.111	41.430	56.681	>100,0
Handelspassiva	38.890	0	38.890	-
Rückstellungen	11.436	17.314	-5.878	-33,9
Ertragssteuerverpflichtungen	1.287	2.560	-1.273	-49,7
Sonstige Passiva	18.997	12.723	6.274	49,3
Passive latente Steuern	4.227	1.733	2.494	>100,0
Eigenkapital	160.217	163.902	-3.685	-2,2
Summe Passiva	364.999	259.413	105.586	40,7

Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr um T€ 105.586 oder 40,7% auf T€ 364.999 gestiegen. Die Barreserve enthält im Wesentlichen Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in Höhe von T€ 1.221.

In den Forderungen an Kreditinstitute sind zum einen die für die Abwicklung von Börsengeschäften notwendigen Guthaben ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese Position stark erhöht. Diese Veränderung resultiert vor allem aus der Integration der DBM Deutschen Börsenmakler GmbH und der Aufnahme eines Schuldscheindarlehnens. Allerdings trägt auch ein positiver Cash-Flow aus der operativen Geschäftstätigkeit zu erhöhten Bankguthaben bei. Zum anderen wird hier die Anlage von Kundeneinlagen ausgewiesen. Auch diese haben im Geschäftsjahr korrespondierend zu den gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zugenommen.

Die Steigerung der Position Forderungen an Kunden um T€ 21.140 auf T€ 23.661 ist vor allem auf das Kundengeschäft der Baader Service Bank GmbH zurückzuführen. Des Weiteren ist eine Forderung aus Kapitalrückzahlung gegenüber der SP AG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG, Darmstadt, in Höhe von T€ 1.553 aktiviert worden.

Die Handelsaktiva umfassen überwiegend börsennotierte Aktien und Anleihen.

Die Available-for-Sale-Bestände setzen sich aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von T€ 11.298, Beteiligungen in Höhe von T€ 1.140 sowie Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von T€ 441 zusammen. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich vor allem durch die Umgliederung von Fondsanteilen, die im Vorjahr zu den at Equity

bewerteten Unternehmen gehörten. Dagegen ging der Wertansatz aufgrund von ergebniswirksamen Abschreibungen um T€ 1.853 zurück. Der Rückgang der Beteiligungen ist vor allem durch geringere Wertansätze um T€ 1.944 begründet. Die Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen betreffen die Beteiligungen an der SP AG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG, Darmstadt, der Parsoli Corporation Ltd., Mumbai, der Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C., Muscat, der BAM Berlin Asset Management GmbH, Berlin, sowie Fondsanteile am Herald Europe und am Conservative Concept Hedge Fund Ltd. Die Veränderung der Bilanzposition ist durch Entkonsolidierung von Anteilen und durch Wertminderungen infolge negativer anteiliger Ergebnisbeiträge und Abschreibungen verursacht.

In der Position Grundstücke und Gebäude wird ausschließlich das im Jahr 2002 bezogene Verwaltungsgebäude in Unterschleissheim ausgewiesen.

Die Veränderung der Immateriellen Anlagewerte und Geschäftswerte ist größtenteils durch den Erwerb der DBM und die damit verbundene Aktivierung der Skontren (T€ 11.589) und des Geschäftswertes (T€ 21.148) bedingt.

Die Ertragsteueransprüche bestehen im Wesentlichen aus der Aktivierung des Barwertes der Körperschaftsteuerguthaben im Konzern in Höhe von T€ 11.693.

In den Sonstigen Aktiva sind im Wesentlichen die Anteile an einer Wandelanleihe der Parsoli Corporation Ltd., Mumbai, in Höhe von T€ 3.321 enthalten. Des Weiteren enthält diese Position Forderungen aus Courtagen und Kursdifferenzen in Höhe von T€ 1.843 sowie Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 664.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten mit T€ 11.913 langfristige Fremdmittelaufnahmen für die Finanzierung des Verwaltungsgebäudes.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellen hauptsächlich die Einlagen der Kunden der Baader Service Bank GmbH dar. Darin enthalten ist aber auch ein von der Baader Bank AG aufgenommenes Schuldscheindarlehen in Höhe von T€ 21.000.

Die Handelsspassiva setzen sich aus Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen in Höhe von T€ 38.337 sowie derivativen Finanzinstrumenten mit negativen Marktwerten von T€ 553 zusammen.

Die Rückstellungen werden vor allem durch Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in Höhe von T€ 9.290 bestimmt.

Bei den Sonstigen Passiva handelt es sich hauptsächlich um Rückstellungen für Personalaufwendungen in Höhe von

T€ 7.438 sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 6.436.

Das Eigenkapital hat sich von T€ 163.902 um T€ 3.685 oder 2,2% auf insgesamt T€ 160.217 verringert. Die Gesellschaft verfügt aber mit einer Eigenkapitalquote von 43,9% über eine wettbewerbsfähige Kapitalausstattung, die das weitere Wachstum sicherstellen wird.

4. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtszeitraum jederzeit gewährleistet. Zum Bilanzstichtag stehen einer Barreserve in Höhe von T€ 1.221, kurzfristigen Bankforderungen in Höhe von T€ 166.016, Forderungen an Kunden in Höhe von T€ 23.661 sowie jederzeit veräußerbaren Handelsaktiva und Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von T€ 42.733 kurzfristige Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie Auszahlungsverpflichtungen aus Anteilserwerb und Kapitalerhöhungen in Höhe von T€ 157.333 gegenüber. Saldiert ergibt sich ein bilanzieller Liquiditätsüberschuss von T€ 73.203 (Vorjahr T€ 81.873).

Zum Bilanzstichtag bestehen im Konzern zugesagte, aber nicht ausgenutzte Kreditlinien in Höhe von T€ 55.040.

Neben dem Erwerb der DBM, der zu einem Abfluss von liquiden Mitteln von T€ 39.194 führte, wurden im Geschäftsjahr 2008 keine wesentlichen Investitionsmaßnahmen durchgeführt. Der Erwerb der N. M. Fleischhacker AG mit Wirkung zum 01.01.2009 wird im ersten Halbjahr 2009 zu einem Abfluss von Liquidität führen. Der genaue Kaufpreis für den Erwerb der Anteile steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht fest.

Die Aufnahme eines Schuldscheindarlehens durch die Baader Bank AG im vierten Quartal 2008 führte zu Einzahlungen in Höhe von T€ 21.000.

Insgesamt ist die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage des Konzerns weiterhin geordnet.

5. Nachtragsbericht

Die Baader Bank AG hat mit Wirkung zum 01.01.2009 die N. M. Fleischhacker AG, Frankfurt, übernommen.

Das Spektrum der von Fleischhacker betreuten Wertpapiere reicht von in- und ausländischen Aktien im regulierten sowie unregulierten Markt über Anleihen bis hin zu aktiv gemanagten Fonds. Mit diesem Erwerb baut die Baader Bank AG ihre führende Stellung als Spezialist im Wertpapierhandel in Deutschland weiter aus.

Zu Einzelheiten in Bezug auf die Übernahme der N. M. Fleischhacker AG verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem

Schluss des Geschäftsjahres 2008 eingetreten sind, sind uns nicht bekannt.

6. Erklärung gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt, der mit folgender Erklärung abschließt:

„Die Baader Bank AG hat nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäfte bzw. sonstigen Maßnahmen vorgenommen wurden, für diese Rechtsgeschäfte bzw. sonstigen Maßnahmen eine angemessene Gegenleistung erhalten. Sie wurde durch getroffene oder unterlassene Maßnahmen nicht benachteiligt. Alle berichtspflichtigen Vorgänge wurden vom Vorstand beschlossen, soweit nach der Satzung bzw. Geschäftsordnung der Baader Bank AG erforderlich auch vom Aufsichtsrat genehmigt und in diesem Abhängigkeitsbericht aufgestellt.“

7. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Im Berichtsjahr ist die Anzahl der Mitarbeiter im Konzern zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr von 298 auf 333 Beschäftigte gestiegen. Die Konzern-Belegschaft setzt sich aus 101 Arbeitnehmerinnen und 232 Arbeitnehmern zusammen, die aus zwölf Nationen stammen.

Der Baader-Konzern legt besonderen Wert auf die hohe Qualifikation und Weiterbildung seiner Mitarbeiter. Dabei bildete auch im Jahr 2008 die Förderung von Fach- und Nachwuchsführungskräften einen Schwerpunkt der Personalarbeit.

Das Angebot an zusätzlichen sozialen Leistungen für die Belegschaft steigert die Attraktivität der Baader Bank AG als Arbeitgeber. So gewährt der Baader-Konzern allen Mitarbeitern bei der Geburt eines eigenen Kindes eine freiwillige finanzielle Unterstützung in Höhe von T€ 10. Im Jahr 2008 wurden insgesamt T€ 50 ausgezahlt.

Mit einer eigenen Unterstützungskasse, der Baader Unterstützungskasse e.V., besteht eine eigenständige soziale Einrichtung, um allen Konzern-Mitarbeitern Versorgungsleistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung gewähren zu können.

Die Geschäftsleitung dankt allen Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz und die bewiesene Loyalität im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Umweltbericht

Die Dienstleistungen der Baader Bank AG und ihrer Tochterunternehmen haben keinerlei nennenswerte umweltbelastende Eigenschaften. Unternehmensintern wird größter Wert auf

einen ressourcenschonenden Umgang mit Produktions- (Kopierer, Drucker und andere Geräte der Büroausstattung) und Verbrauchsmitteln gelegt. Der Verwaltungsneubau in Unterschleissheim wurde nach neuesten ökologischen Erkenntnissen insbesondere in den Bereichen Wasser, Wärme und Klimatisierung errichtet und wird entsprechend bewirtschaftet.

8. Zweigstellenbericht

Die Verwaltung der Baader Bank AG befindet sich in Unterschleissheim. Daneben führt die Gesellschaft Zweigniederlassungen in Düsseldorf, Dortmund, Frankfurt a. M. und Stuttgart.

9. Vergütungsbericht gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 4 HGB

Dieser Vergütungsbericht erläutert die Grundlagen für die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Baader Bank AG sowie ihre Höhe und Struktur. Darüber hinaus werden Angaben zu den von Aufsichtsratsmitgliedern und Vorstandsmitgliedern gehaltenen Aktien und Aktienoptionen und zu Transaktionen mit Aktien der Baader Bank AG gemacht.

Die Hauptversammlung der Baader Bank AG hat am 19.07.2006 wie folgt beschlossen: „Eine Offenlegung der Bezüge und sonstigen empfangenen Leistungen jedes einzelnen Vorstandsmitglieds (§ 285 S. 1 Nr. 9 lit. A S. 5 bis 9 HGB und § 314 I Nr. 6 lit. a S. 5 bis 9 HGB) erfolgt für die Geschäftsjahre 2006 bis 2010 weder im Jahres- noch im Konzernabschluss.“ Damit ist auch auf gesetzlicher Grundlage eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge nicht mehr möglich. Daneben weisen Vorstand und Aufsichtsrat auch noch in der jährlichen Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG darauf hin, dass eine Abweichung von der Empfehlung zur individuellen Offenlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands gemäß Punkt 4.2.4 des Deutschen Corporate Governance Kodex in Zukunft nicht mehr erklärt werden muss.

Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung der Vorstandsvergütung ist der Aufsichtsrat zuständig. Die Festlegung der Vergütung orientiert sich an der Größe und Tätigkeit des Unternehmens, seiner finanziellen und wirtschaftlichen Lage sowie an der Höhe und Struktur der Vorstandsvergütung bei vergleichbaren Unternehmen. Zusätzlich werden die Aufgaben und der Beitrag des jeweiligen Vorstandsmitglieds berücksichtigt.

Die Vergütung des Vorstands ist leistungsorientiert; sie setzt sich im Geschäftsjahr 2008 aus vier Komponenten zusammen: einer festen erfolgsunabhängigen Vergütung (Gehalt), einer erfolgsbezogenen Vergütung (Tantieme), einer Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Aktienoptionen) sowie einer Versorgungszusage (für zwei Vorstandsmitglieder). Die erfolgsunabhängige Vergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt.

Die Höhe der Tantieme orientiert sich am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Mitglieder des Vorstands zwischen 0,4% und 1,2% des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Die Auszahlung erfolgt nach der Genehmigung des Jahresergebnisses durch die Hauptversammlung. Neben der Tantieme besteht die Möglichkeit, einzelnen Vorstandsmitgliedern für besondere Leistungen einen Sonderbonus zu gewähren.

Die aktienbasierte Vergütung erfolgt durch Ausgabe von Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne.

Für zwei Vorstandsmitglieder bestehen Versorgungszusagen, bei denen die Höhe der Versorgungsleistung in Abhängigkeit von Alter, Betriebszugehörigkeit und Gehalt festgelegt ist. Die Altersrente wird gezahlt, wenn das Vorstandsmitglied nach

Erreichung der Altersgrenze ausscheidet. Sie ist begrenzt auf höchstens 60% des Festgehalmes, das das jeweilige Vorstandsmitglied für das letzte Kalenderjahr vor seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft erhalten hat.

Für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses enthalten die Vorstandsverträge keine ausdrückliche Abfindungszusage. Eine Abfindung kann sich aber aus einer individuell getroffenen Aufhebungsvereinbarung ergeben.

Für den Fall eines „Change of Control“ besteht kein Recht auf Kündigung des Anstellungsvertrages durch das einzelne Vorstandsmitglied und entsprechend auch kein Abfindungsanspruch.

Für das Geschäftsjahr 2008 ergaben sich für die Mitglieder des Vorstands folgende Gesamtbezüge:

					2008	2007
Erfolgsunabhängige Vergütung		Dotierung Pensionsrückstellung	Erfolgsbezogene Vergütung	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung		
Gehalt	Sonstiges ¹⁾	Versorgungszusage ²⁾	Tantieme	Aktienoptionen ³⁾	Gesamt	Gesamt
€	€	€	€	€	€	€
1.749.260,00	138.200,00	1.243.114,00	614.400,00	74.799,85	3.819.773,85	4.998.329,46

Die erfolgsbezogene Vergütung wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 2008 durch die Hauptversammlung der Baader Bank AG ausgezahlt.

An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2008 insgesamt 64.250 Stück Aktienoptionen ausgegeben. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Vorstandsmitglieder für die Geschäftsjahre 2001 bis 2007.

Für das Geschäftsjahr ^{*)}	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	Gesamt
Gewährte Optionen	64.250	63.750	75.000	75.000	103.000	170.000	172.000	723.000
Ausübungspreis	3,75	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	-
Verwirkte Optionen	12.850	3.750	0	0	0	19.000	58.000	93.600
Ausgeübte Optionen	0	0	0	37.500	103.000	151.000	114.000	405.500
Ausstehende Optionen	51.400	60.000	75.000	37.500	0	0	0	223.900
Ausübbar Optionen	0	0	75.000	37.500	0	0	0	112.500
Restlaufzeit in Monaten	76	65	53	41	28	16	4	

^{*)} Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem dem Geschäftsjahr folgenden Jahr.

Nach § 15 a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Vorstands mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden weder Käufe noch Verkäufe gemeldet.

Die Baader Bank AG steht im Mehrheitsbesitz der Baader Beteiligungs GmbH, München. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es zu keinen Geschäften zwischen den beiden Gesellschaften. Die Anteile von Herrn Uto Baader an der Baader Bank AG werden über die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG (2.492.788 Stück) und die Baader Beteiligungs

1) In der Spalte „Sonstiges“ aufgeführte Vergütungsbestandteile umfassen grundsätzlich geldwerte Vorteile aus der Bereitstellung von Dienstwagen, Beiträge zu Versicherungen sowie die Einnahme von subventionierten Mittagessen im Betriebsrestaurant.

2) Die Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IAS/IFRS für aktive Vorstandsmitglieder belaufen sich auf € 8.490.204,00 (Vorjahr TE 9.735).

3) Der Geldwert der Aktienoptionen wurde nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt € 1,1642 pro Aktie (Vorjahr € 1,4001 pro Aktie).

GmbH (28.104.000 Stück) gehalten. Darüber hinaus hält Herr Uto Baader 137.512 Stück Aktien im Privatbesitz. Insgesamt entsprechen die Anteile von Herrn Uto Baader 66,95% des gezeichneten Kapitals der Baader Bank AG. Darüber hinaus besitzt kein Vorstandsmitglied am 31.12.2008 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Bank AG. Zum 31.12.2008 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt 31.007.468 Stück Aktien der Baader Bank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O-Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Vorstands haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Vorstands für ihre Aufgaben verbessert.

Zur Aufnahme von Nebentätigkeiten einschließlich der Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten in Konzerngesellschaften benötigen die Mitglieder des Vorstands die Zustimmung des Aufsichtsrates. So ist sichergestellt, dass weder der zeitliche Aufwand noch die dafür gewährte Vergütung zu einem Konflikt mit den Aufgaben für das Unternehmen führt.

Soweit es sich bei den Nebentätigkeiten um Aufsichtsratsmandate oder Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien handelt, sind diese im Anhang aufgeführt und im Internet veröffentlicht.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung der Baader Bank AG geregelt. Entsprechend dieser Bestimmung erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung, die aus einem festen und einem variablen Anteil besteht. Dabei ist die Höhe der variablen Vergütung abhängig vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zwischen 0,09% und 0,18%. Im Einzelnen darf die Vergütung des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds das Dreifache der Grundvergütung nicht überschreiten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Aufsichtsrats-tätigkeit keine Aktienoptionen oder anderen aktienbasierten Vergütungen. Sofern Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne erhalten, resultieren diese Leistungen aus ihrer Stellung als Arbeitnehmer der Baader Bank AG und sind von ihrer Aufsichtsrats-tätigkeit unabhängig.

Für das Geschäftsjahr 2008 ergaben sich für die Mitglieder des Aufsichtsrats folgende Gesamtbezüge:

		2008	2007
Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil	Gesamt	Gesamt
€ 150.000,00	€ 84.771,98	€ 234.771,98	€ 389.737,72

Der variable Vergütungsbestandteil wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 2008 durch die Hauptversammlung der Baader Bank AG ausgezahlt.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhielten als Arbeitnehmer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2008 insgesamt 2.550 Stück Aktienoptionen¹. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 2001 bis 2007.

Für das Geschäftsjahr*	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	Gesamt
Gewährte Optionen	2.550	2.760	2.400	2.640	5.000	9.600	4.800	29.750
Ausübungspreis	3,75	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausgeübte Optionen	0	0	0	1.320	5.000	9.600	4.800	20.720
Ausstehende Optionen	2.550	2.760	2.400	1.320	0	0	0	9.030
Ausübbar Optionen	0	0	2.400	1.320	0	0	0	3.720
Restlaufzeit in Monaten	76	64	53	41	29	16	4	

* Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem dem Geschäftsjahr folgenden Jahr.

¹ Der Geldwert der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die für 2007 als Arbeitnehmer der Gesellschaft Aktienoptionen erhalten haben, beträgt € 2.968,71 (Vorjahr € 5.600,40). Der Geldwert wurde dabei nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt € 1,1642 pro Aktie (Vorjahr € 1,4001 pro Aktie).

Nach § 15 a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Aufsichtsrates mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden weder Käufe noch Verkäufe gemeldet.

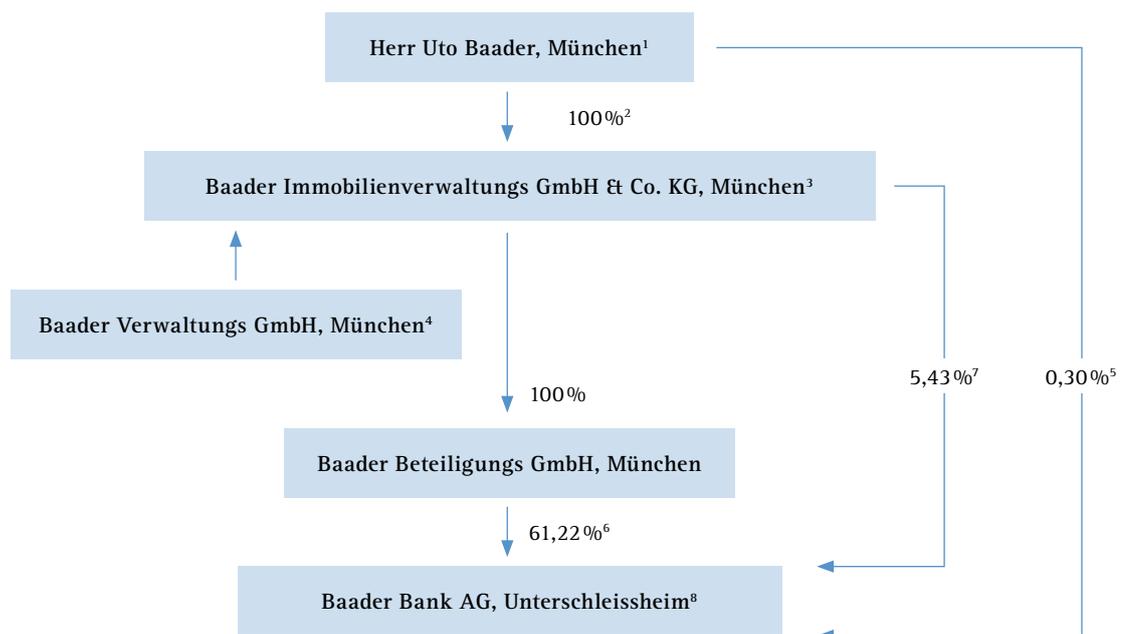
Kein Aufsichtsratsmitglied besitzt am 31.12.2008 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Bank AG. Zum 31.12.2008 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt 10.589 Stück Aktien der Baader Bank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O-Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats bei Ausübung ihrer Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Aufsichtsrats für ihre Aufgaben verbessert.

10. Kapitalbericht gemäß § 315 Abs. 4 HGB

1. Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) bestand am 31.12.2008 in Höhe von € 45.908.682,00 aus 45.908.682 Stück Inhaber-Stammaktien ohne Nennbetrag gem. § 23 Abs. 3 Nr. 5 AktG (Stückaktien gemäß § 23 Abs. 3 Nr. 4 AktG). Darüber hinaus gibt es keine anderen Aktiengattungen.

2. Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt.
3. Folgende direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10% der Stimmrechte übersteigen, wurden gehalten:



- 1 Herr Uto Baader sind insgesamt 66,95% der Stimmrechte an der Baader Bank AG zuzurechnen. (Herr Uto Baader und Frau Hanne Baader halten in ihrem Gemeinschaftsdepot 137.512 Stück Aktien; Stand 01/07).
- 2 Herr Uto Baader ist alleiniger Kommanditist der Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG.
- 3 Die Baader Beratungs GmbH & Co. KG wurde am 01.09.2006 auf die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG verschmolzen.
- 4 Die Baader Verwaltungs GmbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG. Herr Uto Baader ist zu 100% Gesellschafter der Baader Verwaltungs GmbH.
- 5 Ausübung von 20.000 Aktienoptionen (0,09%) gemäß der Tranche vom 03.05.2002 zu € 4,28 pro Aktie (Stand 11/04).
Ausübung von 22.000 Aktienoptionen (0,09%) gemäß der Tranche vom 25.04.2003 zu € 2,24 pro Aktie (Stand 11/05).
Ausübung von 7.620 Aktienoptionen (0,03%) gemäß der Tranche vom 09.05.2001 zu € 10,60 pro Aktie (Stand 02/06).
Ausübung von 3.436 Aktienoptionen (0,02%) von Frau Hanne Baader (Gemeinschaftsdepot mit Uto Baader; Stand 06/06).
Ausübung von 31.400 Aktienoptionen (0,07%) von Herrn Uto Baader (30.000) und Frau Hanne Baader (1.400); (Stand 11/06).
- 6 Die Baader Beteiligungs GmbH hält 28.104.000 Stück Aktien an der Baader Bank AG (Stand 01/07).
- 7 Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage von nominal 2.492.788 Stück Aktien (Stand 09/01).
- 8 Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln von € 22.954.341,00 auf € 45.908.682,00 (Stand 08/06).

4. Aktien mit Sonderrechten wurden nicht ausgegeben.
5. Es gibt keine Stimmrechtskontrolle im Sinne des § 315 Abs. 4 Nr. 5 HGB. Es sind auch keine Stimmbindungsvereinbarungen zwischen Arbeitnehmeraktionären bekannt.
6. Die gesetzlichen Vorschriften über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung ergeben sich aus dem Aktiengesetz. Die Satzung enthält keine abweichenden Bestimmungen.
7. Die Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben, ergeben sich aus den im Handelsregister eingetragenen Beschlüssen der Hauptversammlung vom 19.07.2006 und 26.06.2007 wie folgt:

a) Kapitalerhöhungen

aa) Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 18.06.1999, geändert durch Beschluss der Hauptversammlung vom 19.07.2006, ist das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu nominal € 1.200.000,00 bedingt erhöht. Die Höhe des bedingten Kapitals wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.200.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionsrechten, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 1999 der Baader Bank AG aufgrund der am 18.06.1999 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionsrechten Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 1999).

ab) Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 14.07.2004, geändert durch Beschluss der Hauptversammlung vom 19.07.2006, ist das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu nominal € 600.000,00 bedingt erhöht. Die Höhe des bedingten Kapitals wird nur durch Ausgabe von bis zu 600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2004 der Baader Bank AG aufgrund der am 14.07.2004 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 2004).

ac) Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29.06.2005, geändert durch Beschluss der Hauptversammlung vom 19.07.2006 und durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26.06.2007, ist das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu € 10.000.000,00 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 10.000.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien. Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen und/oder aus Optionsscheinen aus Teilschuldverschreibungen, die gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29.06.2005 und vom 26.06.2007 bis zum 25.06.2012 von der Baader Bank AG oder durch eine Gesellschaft begeben werden, an der die Baader Bank AG unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist (Bedingtes Kapital 2005).

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem jeweils festzulegenden Wandel- bzw. Optionspreis. Die Höhe des bedingten Kapitals ist nur insoweit durchzuführen, wie von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandel- bzw. Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Höhe des bedingten Kapitals und ihrer Durchführung festzusetzen.

ad) Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26.06.2007 ist das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu nominal € 1.600.000,00 bedingt erhöht. Die Höhe des bedingten Kapitals wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2006 der Baader Bank AG aufgrund der am 19.07.2006 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (Bedingtes Kapital 2007).

ae) Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26.06.2007 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 25.06.2012 gegen Bar- und/oder Sacheinlage durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhabersstückaktien um insgesamt bis zu € 22.954.341,00 zu erhöhen. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates kann jedoch der Vorstand Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht ausnehmen; das Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen, um die neuen Aktien gegen Bareinlagen zu einem Ausgabebetrag auszugeben, der den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (§ 186 Abs. 3 Satz 4 AktG), wobei der Bezugsrechtsausschluss nur Aktien erfassen darf, deren rechnerischer Wert 10% des Grundkapitals nicht übersteigt; das Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen, um die Aktien gegen Sacheinlagen zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Vermögensgegenständen auch durch Aktientausch – sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen auszugeben (Genehmigtes Kapital 2007).

b) Ermächtigung zur Ausgabe von Optionen

Der Vorstand wird ermächtigt, beginnend mit dem Ablauf des Geschäftsjahres 2006 bis zum Ablauf des 18.07.2010 bis zu insgesamt maximal 1.600.000 Aktienoptionen auszugeben und Optionsberechtigten Optionen auf insgesamt bis zu 1.600.000 Stückaktien zu gewähren. Für Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft liegt die Zuständigkeit zur Gewährung der Optionen ausschließlich beim Aufsichtsrat.

Für die Ausgabe von Optionen im Rahmen des Aktienoptionsplans 2006 gilt:

(1) Kreis der Optionsberechtigten und Aufteilung der Optionen

Der Kreis der Berechtigten setzt sich aus Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft und Mitgliedern der Geschäftsführung von Unternehmen, die zur Gesellschaft in einem Konzernverhältnis im Sinne von § 18 AktG stehen (Konzernunternehmen), sowie den übrigen Mitarbeitern der Gesellschaft und ihrer Konzernunternehmen zusammen.

Dabei sind die Optionen wie folgt auf die vier Gruppen der Optionsberechtigten aufzuteilen:

- a) Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft können insgesamt bis zu 256.000 Optionen gewährt werden.
- b) Arbeitnehmern der Gesellschaft können insgesamt bis zu 1.060.000 Optionen gewährt werden.
- c) Mitgliedern der Geschäftsführung von Konzernunternehmen können insgesamt bis zu 60.000 Optionsrechte gewährt werden.
- d) Arbeitnehmern von Konzernunternehmen können insgesamt bis zu 224.000 Optionen gewährt werden.
- e) Eine mehrfache Gewährung von Optionen aufgrund der Zugehörigkeit eines Optionsberechtigten zu mehreren optionsberechtigten Gruppen ist ausgeschlossen. Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft und Mitgliedern der Geschäftsführung bzw. des Vorstands von Konzernunternehmen werden nur in ihrer Eigenschaft als solchen Optionen gewährt.

(2) Optionen

Jede Aktienoption berechtigt den Inhaber zum Bezug einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie der Gesellschaft mit einem auf sie entfallenden Anteil am Grundkapital der Gesellschaft von je € 1,00 gegen Zahlung des Ausübungspreises nach Abs. (4). Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres gewinnbezugsberechtigt, in dem sie ausgegeben werden. Die Bezugs- und Erwerbsbedingungen können vorsehen, dass die Gesellschaft dem Optionsberechtigten anstelle von neuen Aktien unter Inanspruchnahme des Bedingten Kapitals ganz oder teilweise auch eigene Aktien oder eine Ausgleichszahlung gewähren kann.

(3) Ausgabe der Aktienoptionen / Laufzeit

Die Laufzeit des Aktienoptionsplanes beträgt maximal vier Jahre, so dass eine Ausgabe von Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan der Gesellschaft nach dem 18.07.2010 nicht mehr möglich ist. Die Aktienoptionen können jeweils nur einmal jährlich, und zwar während eines Zeitraumes von sechs Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres, durch den Vorstand an die Optionsberechtigten ausgegeben werden. Aktienoptionen wurden zum ersten Mal nach Ablauf des Geschäftsjahres 2006 ausgegeben.

(4) Ausübungspreis

Der Ausübungspreis einer Aktienoption entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Gesellschaft im Präsenzhandel der Börse München während der zehn Handelstage, die dem zweiten Tag vor Beginn der Ausgabeperiode für die in Frage stehenden Aktienoptionen vorausgehen, mindestens aber dem auf eine Aktie der Gesellschaft entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals. Beginn der Ausgabeperiode ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten erstmals über das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen informiert werden.

Die Bezugs- und Erwerbsbedingungen können für den Fall von Maßnahmen, die den Wert der Optionen beeinflussen, Anpassungen des Ausübungspreises und/oder des Bezugsverhältnisses vorsehen. Mindestausübungspreis ist jedoch in jedem Fall der geringste Ausgabebetrag im Sinne von § 9 Abs. 1 AktG.

(5) Erfolgsziele

Die Optionen können nur ausgeübt werden, wenn

- a) der Schlusskurs der Aktie der Baader Bank AG im Präsenzhandel der Börse München (Börsenschlusskurs) um mehr als 30% über dem Ausübungspreis liegt (absolute Hürde) und
- b) an den letzten zehn Börsenhandelstagen vor Ausübung der Optionen die kumulierte prozentuale Performance der Aktie der Baader Bank AG seit der Ausgabe der Option um mindestens 10% höher ist als die prozentuale Steigerung des Prime All Share Index (relative Hürde), (die kumulierte Performance berücksichtigt sowohl die Kursentwicklung als auch den Wert von Bardividenden, Bezugsrechten aus Kapitalerhöhungen und sonstigen Sonderrechten zwischen der Ausgabe der Option und dem Zeitpunkt der Ausübung der Option) und
- c) sie nicht vor Abgabe der Ausübungserklärung aufgrund einer Regelung der Optionsbedingungen durch Verfall erloschen sind.

Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele ist ausgeschlossen.

(6) Wartefrist

Die Optionen dürfen erst nach Ablauf einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabetag ausgeübt werden. Ausgabetag ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen spätestens annehmen können.

(7) Ausübungszeitraum

Die Aktienoptionen können in den folgenden fünf Jahren nach Ablauf der Wartezeit gemäß Abs. (3) vorbehaltlich Abs. (5) ausgeübt werden, jeweils vier Wochen nach Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft (Q 1, Q 2, und Q 3) und sofern die Gesellschaft vorläufige Zahlen für das abgeschlossene Geschäftsjahr veröffentlicht – vier Wochen nach Veröffentlichung solcher Zahlen (Ausübungszeitraum). Nach Beendigung der Laufzeit (maximal sieben Jahre nach Ausgabetermin) verfallen die jeweiligen Optionen ersatzlos.

Die Optionen können trotz Vorliegens der Wartezeit in folgenden Zeiträumen nicht ausgeübt werden:

- vor Hauptversammlungen der Gesellschaft im Zeitraum zwischen dem Beginn des letzten Tages für die Vorlage des Nachweises des Anteilsbesitzes (§ 123 Abs. 3 AktG) und dem Ende des dritten Bankarbeitstages nach der Hauptversammlung;
- in einem Zeitraum von 15 Kalendertagen vor dem Ende des Geschäftsjahres der Gesellschaft;
- in einem Zeitraum von dem Tag an, an dem die Gesellschaft ein Angebot zum Bezug neuer Aktien oder Anleihen mit Wandlungs- oder Optionsrechten in einem Börsenpflichtblatt einer deutschen Börse, an der ihre Aktien gehandelt werden, veröffentlicht, bis zum Ablauf des Tages (jeweils einschließlich), an dem die Aktien der Baader Bank AG an der betreffenden Wertpapierbörse erstmals „ex-Bezugsrecht“ notiert werden.

Sofern einzelne Tage oder der gesamte Ausübungszeitraum in einem Sperrzeitraum liegen, verschieben sich die Tage zur Ausübung auf eine entsprechende Anzahl von Tagen unmittelbar nach dem Ende des Sperrzeitraums.

(8) Unübertragbarkeit / Anstellungsverhältnis

Die Optionen sind nicht übertragbar, sondern können nur durch die Optionsberechtigten ausgeübt werden. Sie sind im Todesfall nur an die Ehefrau oder den Ehemann oder an die Kinder des Optionsberechtigten vererbbar.

Die Optionen können nur ausgeübt werden, solange der Inhaber der Optionen in einem ungekündigten Anstellungsverhältnis mit der Gesellschaft steht. Abweichend hiervon können Optionen, für die im Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung (oder in Fällen der nicht kündigungsbefristeten Beendigung des Anstellungsverhältnisses) die Wartezeit von zwei Jahren bereits abgelaufen ist, von dem Inhaber unter Berücksichtigung der für eine Ausübung in Frage kommenden Zeiträume nur noch im nächsten Ausübungszeitraum ausgeübt werden. Diese Optionen erlöschen mit dem Ende des letztmöglichen Ausübungszeitraums, sofern sie nicht bis zu diesem Zeitpunkt ausgeübt worden sind. Optionen, für die im Zeitpunkt des Zu-

gangs der Kündigungserklärung (oder in Fällen der nicht kündigungsbefristeten Beendigung des Anstellungsverhältnisses) die Wartezeit noch nicht abgelaufen ist, erlöschen zu diesem Zeitpunkt.

(9) Weitere Bezugs- und Erwerbsbedingungen

Die Einzelheiten für die Gewährung der Aktienoptionen und die weiteren Ausübungsbedingungen werden durch den Aufsichtsrat festgesetzt, soweit die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft betroffen sind. Im Übrigen liegt die Zuständigkeit für die Festlegung dieser Einzelheiten beim Vorstand der Gesellschaft. Zu den Einzelheiten gehören insbesondere die Auswahl einzelner Optionsberechtigter aus der jeweiligen Gruppe der Berechtigten, die Gewährung von Optionen an einzelne Berechtigte, die Bestimmung der Durchführung und des Verfahrens der Abwicklung der Ausübung der Optionen und der Ausgabe der Aktien sowie Regelungen zur Behandlung von Optionen in Sonderfällen.

c) Rückkauf eigener Aktien

ca) Die Gesellschaft wird gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 25.11.2009 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10% übersteigen oder unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen.

Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen.

cb) Die Gesellschaft wird gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG dazu ermächtigt, Aktien der Gesellschaft zu erwerben, insbesondere um

- sie Dritten im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen anbieten zu können,
- sie den Berechtigten aus den Aktienoptionsplänen 1999, 2004 und 2006 der Baader Bank AG gemäß den Ermächtigungen der Hauptversammlungen vom 18.06.1999, 14.07.2004 und 19.07.2006 der Baader Bank AG zum Bezug anzubieten oder
- sie einzuziehen.

Die Ermächtigung ist auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu zehn vom Hundert beschränkt. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer der genannten Zwecke ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 25.11.2009.

Der Erwerb erfolgt über die Börse. Der von der Baader Bank AG gezahlte Gegenwert je Aktie darf den Mittelwert

der Schlusskurse für die Stückaktien der Baader Bank AG im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten fünf Handelstage vor dem Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) um nicht mehr als 5% überschreiten.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Baader Bank AG, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, Dritten beim Erwerb von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Unternehmensbeteiligungen oder Vermögensgegenständen – auch durch Aktientausch – sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen anzubieten.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben wurden, im Rahmen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptions-

pläne 1999, 2004 und 2006 Inhabern von Optionen zum Erwerb anzubieten.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf diese eigenen Aktien wird insoweit ausgeschlossen, als diese Aktien gemäß den vorstehend genannten Ermächtigungen verwandt werden.

Der Vorstand wird weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Baader Bank AG einzuziehen, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Ermächtigung zur Einziehung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden.

8. Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft gemäß § 315 Abs. 4 Nr. 8 HGB liegen nicht vor.

9. Entschädigungsvereinbarungen im Sinne des § 315 Abs. 4 Nr. 9 HGB sind nicht getroffen worden.

11. Risikobericht

1. Grundsätze für das Risikomanagement

Die Finanzmarktkrise, die bereits im Herbst 2007 mit zunehmenden Ausfällen am Hypothekenmarkt in den USA begonnen und seitdem zahlreiche Bankpleiten und -skandale nach sich gezogen hat, schlug sich an den internationalen Börsen in stark fallenden Kursen nieder. Indizes sanken weltweit und Banken wurden mit Finanzspritzen und Staatsgarantien in Milliardenhöhe vor dem Konkurs gerettet. Fast täglich erreichten neue Hiobsbotschaften die Finanzmärkte, und mittlerweile kommen sie auch aus anderen Branchen. Trotz dieser Krise, die weltweit zu immensen Kursverlusten an den Aktienmärkten geführt hat, zeigte sich, dass Baader mit der aktuellen Geschäftsausrichtung und einem höchst effizienten Risiko- und Krisenmanagement auch in stark fallenden Märkten stabile Erträge generieren kann. Die Richtigkeit der seit Jahren vorangetriebenen Diversifikation der Geschäftsbereiche bei Baader offenbart sich in der schwersten Finanzmarktkrise seit Jahrzehnten und bewahrte Baader vor den Verlusten, die andere Finanzdienstleister und Banken im vergangenen Geschäftsjahr erleiden mussten. Diese Diversifikation ist Grundlage der Geschäfts- und Risikostrategie bei Baader und trägt dazu bei, die Geschäftsrisiken weitestgehend zu minimieren. Darüber hinaus ist es speziell in diesen Krisenzeiten unerlässlich, Risiken noch intensiver zu identifizieren, zu beurteilen, zu aggregieren, zu steuern, zu überwachen und an die relevanten Entscheidungsträger zeitnah zu kommunizieren. Nur so können rechtzeitig die relevanten Maßnahmen ergriffen werden, die die Realisierung von Risiken verhindern. Der Baader-Konzern steuert seine Risiken mithilfe eines Rahmens von Grundsätzen, Organisationsstrukturen, Mess- und Überwachungsprozessen, Frühwarnsystemen sowie modernster technischer Ausstattung, die eng auf die Tätigkeiten der

Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Weiterhin wird bei Baader gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) permanent Sorge getragen, dass die verschiedenen Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken angemessen mit Eigenkapital unterlegt sind.

2. Risikotragfähigkeit

Ausgehend von dieser Grundüberzeugung verschafft sich die Konzernleitung in Anlehnung an die MaRisk regelmäßig einen Überblick über die Ausprägungen aller Risiken im Konzern. Auf dieser Grundlage wird sichergestellt, dass alle wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial des Konzerns laufend abgedeckt sind und damit die geforderte Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikotragfähigkeit findet damit insbesondere auch im Rahmen der Festlegung der Geschäfts- und Risikostrategie Berücksichtigung.

Mindestens einmal im Jahr wird vom Konzernrisikocontrolling die Risikotragfähigkeit des Baader-Konzerns für das kommende Geschäftsjahr ermittelt. Ziele hierbei sind die Sicherstellung des GuV-Mindestergebnisses, der Erhalt des bilanziellen Eigenkapitals, mindestens aber der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderung, und die dauerhafte Bedienung der Ansprüche der Eigenkapitalgeber. Dabei wird die verfügbare Risikodeckungsmasse den unerwarteten und Worst-Case-Verlusten gegenübergestellt. Insgesamt darf das Risikopotenzial die verfügbare Risikodeckungsmasse nie übersteigen.

Das Risikokapital, das zur Deckung unerwarteter Verluste bereitgestellt wird, wird dann auf die einzelnen Risikoarten verteilt und dient als verlustverzehrendes Maximal-Limit für diese Risikoart. Zusätzlich erfolgt auch die Aufteilung des Ri-

sikokapitals auf die Einzelinstitute im Konzern. Unter den identifizierten Risikoarten werden im Baader-Konzern die folgenden als wesentlich betrachtet und mit Risikokapital unterlegt: Kreditrisiken, Kontrahentenrisiken, Beteiligungsrisiken, Emittentenrisiken, Länderrisiken, Marktpreisrisiken, operative Risiken und Bewertungsrisiken. Darüber hinaus gelten Liquiditätsrisiken, Geschäftsrisiken, Reputationsrisiken und Modellrisiken als wesentliche Risiken. Aufgrund der Problematik der Quantifizierbarkeit des Risikopotenzials dieser Risikoarten wird hierfür kein gesondertes Risikokapital bereitgestellt. Verluste aus diesen Risikoarten werden durch die verfügbare Risikokapitalreserve ausreichend abgedeckt. Das Immobilienrisiko wird hingegen als nicht wesentliches Risiko betrachtet.

Die Limite werden grundsätzlich einmal jährlich zu Geschäftsjahresbeginn durch die Konzernleitung festgelegt. Gegebenenfalls können sie unterjährig angepasst werden, wenn die Geschäftstätigkeit und/oder die Risiko- oder Ertragslage des Konzerns, wie im Jahr 2008, dies erforderlich macht. Weiterhin sind die Limite selbstverzehrend, d. h., sie werden um etwaige Verluste reduziert, und gelten untätig und über Nacht. Limitüberschreitungen werden im Rahmen des täglichen Berichtswesens an die Konzernleitung gemeldet. Die tägliche Überwachung und Kommunikation der Limitauslastungen obliegt dem Konzernrisikocontrolling.

3. Geschäfts- und Risikostrategie

Zum Ende eines jeden Geschäftsjahres werden im Rahmen einer Strategiesitzung, an der die Konzernleitung und der Bereichsleiter Risikocontrolling teilnehmen, die Geschäftsstrategie und die dazu konsistente Risikostrategie für das kommende Geschäftsjahr für den Baader-Konzern entwickelt. Dabei werden die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und

Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Risikotragfähigkeit von Baader berücksichtigt. Hierbei wird zusätzlich eine Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, des Marktumfelds, der Personalkapazitäten und der technisch-organisatorischen Ausstattung zugrunde gelegt. Das Konzernrisikocontrolling prüft auf Basis der verfügbaren Risikodeckungsmasse des Baader-Konzerns die vorliegende Risikostrategie. Im Rahmen eines Konzernbeschlusses werden dann die Geschäfts- und Risikostrategie, die Allokation des Risikokapitals auf die einzelnen Risikoarten und Geschäftsbereiche sowie die Limite für das folgende Geschäftsjahr verabschiedet.

4. Internes Kontrollsystem

Das gemäß den MaRisk vorgeschriebene Interne Kontrollsystem gliedert sich in die Aufbau- und Ablauforganisation und die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Ein wesentlicher Bestandteil der Aufbau- und Ablauforganisation ist die Funktionstrennung. Hierbei wird sichergestellt, dass miteinander unvereinbare Tätigkeiten durch unterschiedliche Mitarbeiter durchgeführt werden. Beispielsweise sind Tätigkeiten des Risikocontrollings strikt von den Bereichen getrennt, die Positionsverantwortung tragen. Die Funktionstrennung ist im Konzern bis einschließlich Konzernleitungsebene gewährleistet und gilt auch für den Vertretungsfall. Ferner hat Baader angemessene Risikosteuerungs- und -controllingprozesse eingerichtet, die eine Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken gemäß den MaRisk im Konzern gewährleisten. Diese Prozesse stellen sicher, dass die wesentlichen Risiken frühzeitig erkannt, vollständig erfasst und in angemessener Weise dargestellt werden. Weiterhin werden diese Prozesse regelmäßig überprüft und zeitnah an sich ändernde Bedingungen angepasst.



Im Folgenden werden die identifizierten Risikoarten kurz dargestellt:

Adressenausfallrisiken

Bei den Adressenausfallrisiken wird zwischen den Kredit-, den Kontrahenten- und den Emittentenrisiken sowie den Länder- und den Beteiligungsrisiken unterschieden. Hierbei wird für die Risikoarten Kredit-, Kontrahenten- und Emittentenrisiko ein Gesamtlimit pro Kreditnehmereinheit auf Basis einer Bonitätsprüfung ermittelt, die tägliche Auslastung dieser Limite überwacht und im Rahmen des Tagesberichts vom Konzernrisikocontrolling an die Konzernleitung gemeldet. Liegt eine Limitüberschreitung vor, so erfolgt deren Meldung anhand eines separaten Berichts unverzüglich an die für den betroffenen Marktbereich und für die Überwachung zuständigen Konzernleiter. Für das Länder- und das Beteiligungsrisiko erfolgt eine gesonderte Überwachung der Limite, deren Ergebnis ebenfalls Bestandteil des Tagesberichts ist. Die Bonitätsprüfung bei Baader wird anhand eines internen Ratingverfahrens durchgeführt. Hierbei wird für jede Kreditnehmereinheit

auf Basis einer errechneten Gesamtpunktzahl eine Ratingnote zugeordnet. Für die Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit einer neuen Kreditnehmereinheit bedarf es eines schriftlichen Antrages durch den Handel und der Einreichung der jeweiligen Bonitätsunterlagen an das Konzernrisikocontrolling. Dieses erstellt dann auf Basis des internen Ratings einen Kreditbeschluss einschließlich Limitvorschlag und legt diesen der Konzernleitung zur Beschlussfassung vor. Der Beschluss über die Limite erfolgt mehrheitlich durch die Konzernleitung.

Das Kreditgeschäft im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 2 KWG wird im Konzern derzeit nur von der Baader Service Bank GmbH betrieben. Diese gewährt Privat- und Firmenkunden (unechte) Lombardkredite gegen Sicherheiten in börsennotierten Wertpapieren, deren Beleihungswert sehr konservativ angesetzt wird, oder gegen Bankgarantien.

Die folgende Tabelle enthält die Kreditengagements zum 31.12.2008:

	Kreditengagements insgesamt in Mio. €	Kreditinanspruchnahmen in Mio. €	Offene Kreditzusagen in Mio. €	Bewertete Sicherheiten in Mio. €
Privatkunden	31,13	10,26	20,87	37,89
davon Mitarbeiter	1,01	0,55	0,46	0,00
Firmenkunden	5,38	1,67	3,71	4,36
Summe	36,51	11,93	24,58	42,25

Des Weiteren werden im Rahmen des Kreditgeschäftes im Konzern nur noch Geldmarktanlagen bei Kreditinstituten getätigt. Wie oben beschrieben erfolgt die Limitierung und Kontrolle dieser Geldmarktanlagen im Rahmen der Überwachung der Kreditnehmereinheiten für die genannten Risikoarten. Da beim Kreditrisiko der gesamte Geschäftsgegenwert als Risikoexposure zu betrachten ist, stellt dieses Risiko ein wesentliches Risiko bei Baader dar.

Bei der Abwicklung von Handelsgeschäften kann ein Kontrahentenrisiko dadurch entstehen, dass ein Handelspartner seine entstandenen Verpflichtungen nicht vollständig erfüllt. Hierbei zu unterscheiden ist einerseits das Wiedereindeckungsrisiko beim Ausfall der Gegenpartei und demzufolge die Nichterfüllung der abgeschlossenen Geschäfte und andererseits das Vorleistungsrisiko, wenn die Geschäfte nicht als Zahlungs-/Lieferungsgeschäfte „Zug um Zug“ abgewickelt werden.

Bei Baader werden im Rahmen des Wiedereindeckungsrisikos speziell OTC Derivategeschäfte betrachtet. Baader handelt Derivate ausschließlich über Derivatebörsen, die einer täglichen Marginverpflichtung unterworfen sind. Da Baader aber kein Clearing Member an diesen Börsen ist, müssen die Geschäfte zwischen Baader und dem entsprechenden Clearing Member

abgerechnet werden. Aus dem Erfüllungsanspruch gegenüber dem Clearing Member entsteht dann ein Adressenausfallrisiko. Demzufolge wird das Wiedereindeckungsrisiko im Rahmen des Handels von Derivaten als wesentliches Risiko eingestuft und somit täglich überwacht und berichtet. Jedes getätigte Geschäft wird auf das jeweilige Limit der Kreditnehmereinheit angerechnet.

Bei der Abwicklung bzw. der Vermittlung von Schuldscheindarlehen (Finanzkommissionsgeschäft), bei denen Baader im Rahmen des Kaufvertrages als Kontrahent auftritt, besteht hingegen ein Vorleistungsrisiko, da bei diesen Geschäften Zahlung und dingliche Übereignung der Urkunde zeitlich auseinander fallen. Dieses Risiko hat Baader nur gegenüber dem Verkäufer des Schuldscheindarlehen und es erstreckt sich über den Zeitraum zwischen Geldzahlung und dinglicher Übereignung der Urkunde. Demzufolge wird das Vorleistungsrisiko als wesentliches Risiko eingestuft und somit täglich überwacht und berichtet. Auch hier wird jedes getätigte Geschäft bis zur Übereignung der Urkunde auf das jeweilige Limit der Kreditnehmereinheit angerechnet.

Unter dem Emittentenrisiko wird das Risiko der Bonitätsverschlechterung bzw. des Ausfalls eines Emittenten verstanden. Ein Verlust aus dem Emittentenrisiko realisiert sich in einer

Wertminderung der Aktien, Anleihen und Zertifikate dieses Emittenten. Demzufolge wird das Emittentenrisiko als wesentliches Risiko betrachtet. Verluste aus Emittentenrisiken würden im Rahmen des Marktpreisrisikos die entsprechenden Marktpreislimente und somit das für das Marktpreisrisiko zur Verfügung stehende Risikokapital reduzieren. Somit wird für die Risikoart Emittentenrisiko kein zusätzliches Risikokapital bereitgestellt. Darüber hinaus geht man im Handelsbuch von einer eintägigen Haltedauer der Positionen aus, wodurch sich eine gesonderte Überwachung und Limitierung der Positionen als nicht zielführend erweist.

Das Länderrisiko drückt sich in der Gefahr aus, dass Forderungen aus grenzüberschreitenden Geschäften und/oder in Fremdwährung wegen hoheitlicher Maßnahmen (Devisenbewirtschaftung oder Verbot von grenzüberschreitenden Wert-

papierlieferungen) ausfallen könnten. Demzufolge wird das Länderrisiko als wesentliches Risiko betrachtet. Aufgrund der Tatsache, dass Verluste aus Länderrisiken im Rahmen des Marktpreisrisikos die entsprechenden Marktpreislimente und somit das für das Marktpreisrisiko zur Verfügung stehende Risikokapital reduzieren würden, wird für die Risikoart Länderrisiko kein zusätzliches Risikokapital bereitgestellt.

Das Risiko der Beteiligungen wird bei Baader als wesentlich betrachtet und anhand des Marktkurses bzw. spezieller Analysen (Discounted Cash Flow, Peer Group) und daraus resultierender etwaige Kreditbeschlüsse überwacht. Zusätzlich erfolgen täglich die Ermittlung der Limitauslastung des zur Verfügung gestellten Risikokapitals und die Meldung im Rahmen des Tagesreportings an den Gesamtvorstand.

Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko wird die Wertschwankung der betrachteten Position aufgrund sich ändernder Marktpreise, wie z.B. Aktienkursänderungen, Devisenkursänderungen, Zins- und Volatilitätsänderungen, verstanden. Zum Jahresende bestanden im Handelsbuch folgende Risikopositionen in Mio. € Marktwert:

Kassamarkt	
Aktien	11,24
Renten	6,80
Fonds, Index- und fondsähnliche Zertifikate	-25,33
Verbriefte Derivate	1,15

Terminmarkt	
Optionen	0,00
Futures	26,07
Swaps	1,23

Die Marktpreisrisiken werden durch ein Value-at-Risk-Modell, basierend auf Monte-Carlo-Simulationen, gemessen (i. d. R. ein Tag Haltedauer, 99% Konfidenzniveau). Als eingehender Risikoparameter kommt eine Varianz-Kovarianz-Matrix, basierend auf eigenen Zeitreihen, zur Anwendung, die exponentiell gewichtet Eingang findet.

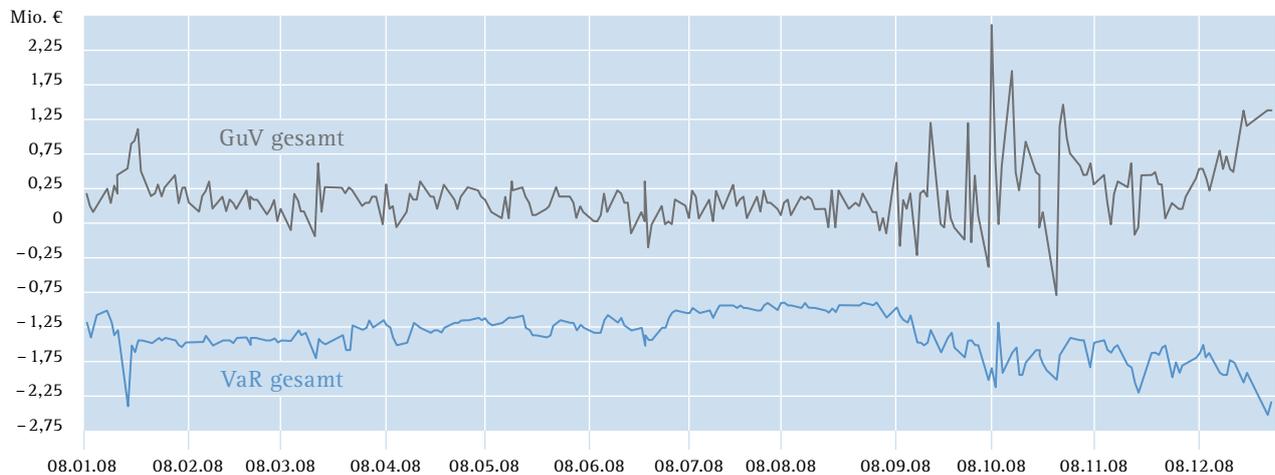
In den vergangenen Jahren wurden die folgenden VaR-Werte in Mio. € berechnet:

Value-at-Risk der Handelsbereiche	2008	2007	2006	2005	2004
VaR per Jahresresultimo	2,59	1,32	0,78	0,83	0,74
Minimaler VaR	1,05	1,11	0,68	0,51	0,70
Maximaler VaR	2,79	2,73	2,84	1,46	1,73
Durchschnittlicher VaR	1,56	1,36	1,19	0,84	1,04

Gemäß MaRisk wird im Rahmen des Backtestings (clean Backtesting) anhand des Verhältnisses zwischen den VaR-Werten und Marktwertveränderungen der Position auf Grundlage tatsächlicher Kursänderungen die Güte des VaR-Modells permanent überprüft. Darüber hinaus erfolgt eine

Überprüfung des Modells auf Basis des so genannten Dirty Backtestings. Dabei werden die tatsächlich aufgetretenen täglichen Erträge den Value-at-Risk-Werten der Handelsbereiche gegenübergestellt. Das folgende Schaubild zeigt diese Gegenüberstellung für die vergangenen 250 Handelstage in Mio. €:

Handelserträge und VaR der letzten 250 Handelstage



Weiterhin werden hinsichtlich der Risikolage Worst-Case-Szenarien mit außergewöhnlichen Marktpreisänderungen für die einzelnen Bereiche durchgeführt.

Die Gesamtkennziffer nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) muss immer über 8,0% liegen und betrug für den Baader-Konzern zum Jahresultimo 18,21% und im Jahresdurchschnitt 22,12%.

Operationelle Risiken

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge von externen Ereignissen eintreten. Hierzu gehören auch Rechtsrisiken. Ausgenommen sind strategische und Reputationsrisiken. Das operationelle Risiko wird bei Baader als wesentliches Risiko eingestuft.

Die Einschätzung des Risikopotenzials, d. h. die Identifizierung und Bewertung von operationellen Risiken wird anhand der von den OpRisk-Managern auszufüllenden Fragebögen bzw. durch spezielle Self Assessments durch das Konzernrisikocontrolling vorgenommen. Die aus den Erhebungen resultierenden Ergebnisse werden zunächst dem Baader-Sicherheitskomitee vorgelegt, das der Konzernleitung Maßnahmen vorschlägt. Die Konzernleitung gibt gegebenenfalls den Auftrag an das Sicherheitskomitee zu deren Umsetzung. Die Ergebnisse sind Gegenstand des quartalsweisen MaRisk-Berichtes an die Konzernleitung und den Aufsichtsrat.

Neben dem Ausfüllen der Fragebögen ist es die Aufgabe der OpRisk-Manager, eingetretene Schäden aus operationellen Ri-

siken zu melden. Hierfür steht eine Anwendung zur Verfügung, in der eingetretene Schäden ab einer Schadenshöhe von T€ 1 zu erfassen sind. Bedeutende Schadensfälle werden unverzüglich hinsichtlich ihrer Ursachen analysiert. Unter bedeutenden Schadensfällen werden Schäden größer als T€ 50 verstanden. Maßnahmen daraus werden ebenfalls quartalsweise im MaRisk-Bericht gemeldet. Im Geschäftsjahr 2008 wurden Schäden mit einer Gesamtsumme von T€ 5.048 gemeldet. Der größte Einzelschaden betrug hierbei T€ 3.980 und ist der Basel-II-Kategorie Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement zuzuordnen.

Die in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 gebildete RST für zu erwartende Sonderbeiträge der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) im Zusammenhang mit dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) festgestellten Schadensfall Phoenix Kapitaldienst GmbH wurde im Geschäftsjahr 2008 in Höhe von T€ 8.650 aufgelöst. Mit Erhalt der Vollbanklizenz wurde die Baader Bank AG Mitglied in der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB) und schied damit aus der EdW aus.

Zum Jahresende sind folgende nennenswerte Rechtsstreitigkeiten mit wesentlichen finanziellen Risiken bekannt:

Am 21.12.2007 hat Baader einen Rahmenvertrag zur vollständigen Implementierung eines Kernbankensoftwaresystems bis zum 31.12.2008 mit einer Softwarefirma abgeschlossen. Leistungsempfänger ist gemäß § 14 des Rahmenvertrages die Baader Service Bank GmbH (Vertrag zugunsten eines Dritten). Zur Verwirklichung der Zusammenarbeit wurden des Weiteren verschiedene Einzelverträge wie ein Softwarelizenzver-

trag, Projektvertrag, Softwarepflegevertrag und Rechenzentrumsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag wurde am 29.07.2008 fristlos aus wichtigem Grund gekündigt. Der Vertragspartner verlangt T€ 500 offenstehende Rechnungsbeträge, die von der Baader Bank AG einbehalten wurden und als Verbindlichkeiten ausgewiesen sind.

Die Baader Service Bank (BSB) GmbH hat seit ca. zwei Jahren Geschäfte für Kunden ausgeführt, die von deren Anlageberater an die Bank übermittelt wurden. Es handelte sich dabei um so genanntes beratungsfreies Geschäft, d. h., die Kunden unterhalten lediglich Konten bei der BSB und geben über ihren Anlageberater Kaufaufträge an die Bank. Um die Geschäfte durchzuführen, wurden mit den Kunden Kreditverträge abgeschlossen, die durch Bankgarantien von österreichischen Banken abgesichert wurden. Im Laufe des dritten Quartals verlor die Handelsstrategie der Kunden innerhalb von Stunden erheblich an Wert, so dass der Nettoliquidationswert der Vermögensgegenstände der Kunden negativ wurde. Nachdem die Kunden aufgefordert wurden, einen Nachschuss zu leisten, und dies seitens der Kunden unterlassen wurde, hat die BSB die Kreditverträge gekündigt und die Bankgarantien gezogen. Die über die Kreditverträge hinausgehenden Verluste wurden angefordert, jedoch von keinem Kunden bezahlt. Es handelt sich hierbei um Beträge in Höhe von ca. T€ 2.900 zzgl. ca. T€ 350 per 31.12.2008. Im Dezember 2008 wurden der Baader Service Bank GmbH zwei Klagen von Kunden zugestellt. Die Kunden behaupten, aufgrund von Versäumnissen einen Schaden erlitten zu haben. Der jeweilige Streitwert beträgt T€ 315 und T€ 150. Darüber hinaus wurde von einer Vielzahl weiterer Kunden angekündigt, sich den Klagen anzuschließen. Im Rahmen der vorliegenden Klagen ist beabsichtigt, mit allen Kunden eine vergleichsweise Gesamtregelung zur Beendigung der Streitigkeiten zu finden. Insgesamt wurden bei der Baader Service Bank GmbH für dieses Risiko Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe von insgesamt T€ 3.980 gebildet.

Bewertungsrisiken

Unter dem Bewertungsrisiko wird das Risiko verstanden, dass der Marktwert einzelner Bilanzpositionen sinkt und somit eine Wertberichtigung notwendig wird. Da auch spezielle Vermögensgegenstände wie beispielsweise Skontren dem Risiko eines Wertverlustes unterliegen, wird dieses Risiko als wesentlich betrachtet und mit Risikokapital unterlegt.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken können grundsätzlich aufgrund mangelnder Liquidität von Handelsprodukten oder aufgrund mangelnder eigener Liquidität auftreten.

Beispielsweise existieren Wertpapiere mit unterschiedlicher Marktliquidität. Eine geringe Marktliquidität in einzelnen Handelsprodukten führt dazu, dass Transaktionen in diesen Produkten sowohl zum Etablieren als auch zum Auflösen von

Positionen aufgrund der geringen oder nicht vorhandenen Marktliquidität beeinträchtigt oder nicht möglich sind. Um diesem Risiko entgegenzuwirken, werden vom Konzernrisikoccontrolling in regelmäßigen Abständen Auswertungen erstellt und an die betroffenen Konzernleiter kommuniziert, die als Entscheidungsgrundlage für erforderliche Maßnahmen dienen.

Die Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen erfolgt im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätsdisposition des Konzerns. Die enge Abstimmung des Wertpapierhandels mit dem Zahlungsverkehr sichert eine Koordination der täglichen Zahlungsströme aus diesen Bereichen. Besondere Liquiditätsbelastungen aus anderen Bereichen werden unverzüglich angezeigt. Des Weiteren wird täglich ein Liquiditätsstatus mit der aktuellen Liquiditätssituation erstellt.

Der mittel- bis langfristige Liquiditätsüberschuss des Konzerns wird regelmäßig ermittelt und berichtet und dient zur Disposition der überschüssigen Liquidität und zum Treffen der entsprechenden Anlageentscheidung. Der kurzfristige Liquiditätsbedarf ist bei Baader durch entsprechende täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute und diverse Kreditlinien gesichert.

Aufgrund der Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise wurde ersichtlich, dass das Liquiditätsrisiko ein erhebliches Risikopotenzial darstellt und somit als wesentliches Risiko zu betrachten ist. Demzufolge wurden zusätzlich ein Limitsystem und ein Berichtswesen für das Liquiditätsrisiko eingeführt. Durch einen Liquiditätsnotfallplan wird das entsprechende Vorgehen in Krisensituationen geregelt. Weiterhin soll im kommenden Geschäftsjahr die Möglichkeit geschaffen werden, neue Finanzierungsquellen zu eröffnen. Die Bereitstellung von Risikokapital für „Schäden“ aus dem Liquiditätsrisiko wird bei Baader als nicht sinnvoll erachtet. Um dem Risikopotenzial aber gerecht zu werden, wird derzeit an einer deutlichen Verbesserung im Management des Liquiditätsrisikos gearbeitet.

Geschäftsrisiken

Das Geschäftsrisiko beschreibt die Unsicherheit, die mit dem Betreiben eines Geschäftes einhergeht. Es ist im Vergleich zu den finanziellen Risiken wie Liquiditäts- oder Marktpreisrisiko eher von qualitativen Faktoren abhängig, die die Parameter für das zukünftige Finanzrisiko setzen, und lässt sich in Branchencharakteristika, Wettbewerbsposition und Qualität des Managements gliedern. Das Geschäftsrisiko wird aufgrund der Abhängigkeit der Erträge von der aktuellen Marktsituation bei Baader als wesentliches Risiko betrachtet. Diesem Risiko wird im Rahmen der geschäftspolitischen Strategie und des verantwortlichen Handelns des Vorstandes entgegengetreten. Die Diversifikation der Geschäftsbereiche ist Grundlage der Geschäftsstrategie bei Baader und trägt dazu bei, die Geschäftsrisiken weitestgehend zu minimieren. Eine Bereitstellung an Risikokapital für Verluste aus dem Ge-

schäftsrisiko wird somit bei Baader als nicht erforderlich angesehen.

Reputationsrisiken

Das Reputationsrisiko besteht darin, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis das öffentliche Vertrauen in den Baader-Konzern negativ beeinflusst wird. Nach einem Reputationsverlust drohen mittelfristig finanzielle Schäden durch das Abwandern von Kunden oder die Nichtgewinnung neuer Kunden. Demzufolge wird das Reputationsrisiko als wesentliches Risiko betrachtet. Derzeit wird aber aufgrund der Schwierigkeit, mögliche Verluste aus dem Reputationsrisiko zu quantifizieren, kein Risikokapital bereitgestellt. Verluste aus Reputationsrisiken werden durch die verfügbare Risikokapitalreserve abgedeckt. Für das kommende Geschäftsjahr werden Möglichkeiten eines Risikotransfers über Versicherungen geprüft und gegebenenfalls eingegangen.

Modellrisiken

Das Modellrisiko ist das Risiko, dass ein Modell falsch konzipiert wurde oder ungeeignet für die gewählte Anwendung ist oder ein Modell unsachgemäß angewendet wird oder für ein Modell falsche Eingangsdaten verwendet werden oder ein Modell nicht mehr aktuell oder inkonsistent ist. Demzufolge besteht die Gefahr, dass für eine oder mehrere Risikoarten zu wenig Risikokapital bereitgestellt wird. Aufgrund dessen wird das Modellrisiko als wesentliches Risiko betrachtet. Da das erforderliche Risikokapital aber äußerst schwer zu quantifizieren ist, wird hierfür kein Risikokapital bereitgestellt. Verluste aus Modellrisiken werden durch das für die jeweilige Ri-

sikoart bereitgestellte Risikokapital bzw. durch die verfügbare Risikokapitalreserve abgedeckt.

Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko zeigt sich in der Gefahr eines Wertverlustes aus einem Immobilienbesitz. Das Gebäude in der Weihenstephaner Str. 4, 85716 Unterschleißheim dient als Verwaltungszentrale und Handelsstandort und ist dem Betriebsvermögen zugeordnet. Das Gebäude ist in Höhe der Anschaffungs-/Herstellungskosten (Neuwert ohne Grundstückskosten) gegen Gefahren/Schäden wie Brandschäden, Überspannungsschäden, Sturm, Hagel, Leitungswasser, Wasserlöschanlagen-Leckage, Fahrzeuganprall, Rauch, Überschallknall und Schäden durch unbemannte Flugkörper, ihre Teile oder ihre Ladung versichert. Es erfolgt jährlich gemeinsam mit der betreuenden Versicherungsmaklergesellschaft eine Überprüfung des Versicherungsumfanges und der Versicherungssumme. Durch die Betriebsorganisation werden entsprechende Gebäudeschäden dokumentiert, Notfallszenarien untersucht und Schäden an den Ressortvorstand berichtet. Da das Gebäude im Wesentlichen der Eigennutzung dient und keine Tätigkeit im Immobiliengeschäft geplant ist, wird das Immobilienrisiko bei Baader als nicht wesentliches Risiko eingestuft.

12. Prognosebericht

Strategie und Ausblick

Die Baader Bank AG hat im vergangenen Jahr ihre Position als führender Spezialist im Wertpapierhandel und größte Börsenmaklergesellschaft in Deutschland ausgebaut. Als Unternehmen, das den Anspruch hat, Maßstäbe in seiner Branche zu setzen, verfolgt die Baader Bank AG seit einigen Jahren erfolgreich die Strategie, um ihre Kernkompetenz des Wertpapierhandels herum ergänzende oder verwandte Dienstleistungen anzubieten und damit neue Ertragsfelder zu generieren.

Erklärtes Ziel bleibt es, die Anzahl der Skontren sowie die Marktanteile an den inländischen Börsen zu erhöhen, insbesondere durch die Erhöhung der Anzahl an Zweitlistings. Um dem Margendruck im Börsenhandel entgegenzuwirken, werden ständig Möglichkeiten zur Reduktion der Handels- und Abwicklungskosten evaluiert.

Es ist weiter davon auszugehen, dass sinkende Margen, hohe Investitionskosten und aufsichtsrechtliche Auflagen zu einem

zunehmenden Wettbewerbs- und Konsolidierungsdruck innerhalb der europäischen Finanzbranche führen werden. Für die kommenden Jahre wird erwartet, dass sich der Konzentrationsprozess bei den Börsen, Handelsplätzen und Finanzinstituten auf nationaler und europäischer Ebene weiter fortsetzt. Die Baader Bank AG ist gut vorbereitet, um diese Entwicklung aktiv mitzugestalten.

Entscheidend für das Geschäft der Baader Bank aber werden auf absehbare Zeit die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sein, unter deren massiven Einfluss die Branche 2008 geraten ist. Die Finanzmarktkrise wird dabei die Kreditfähigkeit der Banken und den Wertpapierhandel stark beeinflussen. Banken und Versicherungen werden es schwer haben, das verloren gegangene Vertrauen der Anleger wieder zurückzugewinnen.

Die Baader Bank geht davon aus, dass die Finanzmarktkrise und ihre Folgen mittel- bis langfristig das wirtschaftliche Umfeld beeinträchtigen werden. Die Auswirkungen auf die Baader Bank selbst aber sind differenziert zu betrachten. Zu-

nächst muss festgestellt werden, dass die Baader Bank in ihrem Kern nicht unmittelbar von der Krise betroffen ist, weil das Institut keine Subprime-Papiere im Depot hat. Dennoch wird sich der durch die Krise ausgelöste Vertrauensverlust von Anlegern in Wertpapiergattungen wie Aktien, verbriefte Derivate und Fonds auf das Kerngeschäft der Baader Bank, den Börsenhandel (Skontroführung), auswirken. Während in diesen Bereichen rückläufige Erlöse zu erwarten sind, dürfte die Baader Bank andererseits aber im Handel mit festverzinslichen Anlageformen von den Irritationen der Anleger aus mehreren Gründen profitieren.

So kommt dem Rentenbereich der Baader Bank AG zugute, dass der Handel auf elektronischen Plattformen weitgehend zum Erliegen gekommen ist, so dass das originäre Vermittlungsgeschäft des Maklers eine Renaissance erlebt hat. Für den Rentenhandel wird mit einer anhaltend hohen Renditedifferenz zwischen ausfallbehafteten und risikofreien Anleihen (Credit Spreads) gerechnet. Dies ist ein Umfeld, das auch 2009 dem Rentenhandel nützen dürfte.

Der Handel mit verbrieften Derivaten dürfte weiterhin von dem oft ungerechtfertigten Misstrauen gegenüber dem, was pauschal und ungenau unter Zertifikate subsumiert wird, beeinträchtigt bleiben. Da aber davon auszugehen ist, dass die Schwankungsbreite am Markt hoch bleiben wird, dürfte der Derivatehandel hiervon auch Impulse erhalten.

Aufgrund des Umstandes, dass nach dem Handel mit verbrieften Derivaten und aktiv verwalteten Fonds 2009 auch das Geschäft mit Aktien an der Frankfurter Wertpapierbörse von Xontro auf die elektronische Plattform Xetra II migriert werden soll, rechnet die Baader Bank wegen des sich in diesem Zusammenhang ändernden Marktmodells mit einem höheren Liquiditätsbedarf.

Direkt könnten die Auswirkungen der Finanzkrise vor allem in der Bewertung der In- und Auslandsbeteiligungen der Bank negativ zu Buche schlagen.

Es ist zu erwarten, dass sich der Konsolidierungsprozess unter den Wertpapierhandelsfirmen durch die Finanzmarktkrise weiter beschleunigen wird. Aus diesem Grund rechnet die Baader Bank kurz- bis mittelfristig mit einer deutlich abnehmenden Zahl an Wettbewerbern. Wegen der eigenen guten Eigenkapitalausstattung sowie des hohen IT-Standards, der immer entscheidender für den Wettbewerb wird, erwartet die Baader Bank, von diesem Prozess profitieren zu können. In diesem Kontext ist auch die Übernahme der N. M. Fleischhacker AG mit Wirkung zum 01.01.2009 zu sehen.

Der Konkurrenz- und Preisdruck im Emissionsbereich wird weiter zunehmen. Dieser Entwicklung soll durch Ausbau der Distributionskanäle und Erhöhung der Qualitätsführerschaft im bestehenden Netzwerk entgegengewirkt werden. Gleichzei-

tig soll die Wertschöpfungskette ausgebaut und auf neue Produkte und Märkte erweitert werden.

Die Baader Service Bank GmbH erwartet trotz eines negativen Wirtschaftswachstums und eines deutlich eingetrübten Kapitalmarktumfeldes für die Jahre 2009 und 2010 weitere Fortschritte im operativen Geschäft. Die Positionierung als führender Dienstleister für Vermögensverwalter und Fondsmanager soll zielgerichtet weiterentwickelt werden.

Die strategische Ausrichtung der Baader Service Bank als Arrangeur für Finanzinnovationen (Zertifikate und Fonds) mit einer hohen Beratungs- und Servicequalität wird verstärkt weiterverfolgt. Dabei beabsichtigt die Bank, ihre Kompetenz in der Abwicklung von Wertpapieren stärker einzusetzen, um eine Spitzenposition als Anbieter für die Zeichnung, Abwicklung und Lieferung von strukturierten Produkten einzunehmen und für diese Produkte in Zusammenarbeit mit der Konzernmutter den Börsenhandel zu ermöglichen. Insgesamt wird die Bank in ihrer Rolle als Investmentmanager Kunden bei der Auflage von Fonds unterstützen.

Um den Weg zur Realisierung der ehrgeizigen Geschäftsziele der Bank weiter zu ebnen, wird es erforderlich sein, die internen Ressourcen an das wachsende operative Geschäft anzupassen. Besonderes Augenmerk wird hier auf die Optimierung der Prozesse in der Kundenbetreuung und im Customer Support gelegt.

Mitentscheidend wird hier auch die für 2009 geplante Verschmelzung auf die Muttergesellschaft sein, in deren Rahmen durch eine Straffung der Konzernstruktur Synergien in den Bereichen Informationstechnologie, Abwicklung sowie Risikocontrolling gehoben werden. Gleichzeitig werden mit diesem Schritt die Grundlagen für weiteres Wachstum in den Kerngeschäftsfeldern, die derzeit von der Baader Service Bank abgedeckt werden, gelegt. Durch die Verschmelzung werden die bisher von zwei Instituten angebotenen Dienstleistungen in einer kapitalstarken und leistungsfähigen Bankeinheit gebündelt. Gleichzeitig verbreitert die Baader Bank die Eigenkapitalbasis für die von der Baader Service Bank betriebenen Geschäfte.

Aufgrund des kräftig gewachsenen Einlagengeschäftes (Depotvolumen) bzw. des zunehmend bedeutenden Liquiditätsüberschusses der Baader Service Bank sollen die liquiden Mittel weiter zielgerichtet zu einer Steigerung des Zinsergebnisses eingesetzt werden. Ein Teil der Mittel soll auch dazu verwendet werden, in Anlagestrategien von Kunden zu investieren (Seed-Money), um dadurch höhere Kommissionserlöse zu erzielen und dem Kunden ein größeres Vertriebspotenzial zu ermöglichen.

Wegen des weiter dynamischen Wachstumsprozesses der Baader Service Bank erwartet die Geschäftsleitung für die Jahre

2009 und 2010 eine positive wirtschaftliche Entwicklung und eine steigende Profitabilität der Bank mit einem zunehmend höheren Anteil am Konzernergebnis.

Da die Einnahmen der Tochtergesellschaft Conservative Concept Portfolio Management AG (CCPM) in hohem Maße performanceabhängig sind, können zuverlässige Prognosen zur Geschäftsentwicklung, zumal vor dem Hintergrund der weltweiten Marktturbulenzen, nur unter Einschränkungen erstellt werden. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass der Sektor Hedge Fonds/Alternative Investments gerade angesichts der schwierigen Lage auf den Finanzmärkten insgesamt weiter rückläufig sein wird. So dürfte sich 2009 das Interesse der Anleger an den CCPM-Produkten der Strategien BC1 und DTS weiter verringern. Unter der Annahme eines fortgesetzt turbulenten Marktumfelds im S&P 500 sollte sich dagegen aber die Athena-Strategie der CCPM weiterhin positiv entwickeln. In einem solchen Umfeld wird eine deutliche Ausweitung der verwalteten Kundengelder über die bereits im Jahr 2008 erzielten Werte hinaus erwartet. Damit einher sollte eine gegenüber dem Jahr 2008 weiter deutliche Verbesserung der Einnahmen aus Gewinnbeteiligungen gehen. Insgesamt kann daher für das Jahr 2009 von spürbaren Steigerungen bei den verwalteten Kundengeldern ausgegangen werden – ein Effekt, der die Basis für deutliche Ergebnissteigerungen liefern sollte.

Um an den Entwicklungen in wirtschaftlich aufstrebenden Regionen zu partizipieren, ist die Baader Bank AG dabei, im Rahmen ihrer Kerngeschäftsfelder auch über die nationalen Grenzen hinaus zu wachsen. Bei der Auswahl der Zielländer stehen wirtschaftliches Potenzial, Rechtssicherheit sowie Entwicklungsstand der Finanzmärkte im Vordergrund. Außerdem wägt die Baader Bank AG stets sorgfältig ab, inwieweit die Zielländer das Potenzial haben, sich von einer viel versprechenden Nische zu einem veritablen Markt entwickeln zu

können. Gleichzeitig muss der Umstand gegeben sein, dass die Baader Bank AG in den jeweiligen Zielländern einen echten Zusatznutzen bieten kann.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzkrise wird es sehr schwierig werden, im Geschäftsjahr 2009 das Ergebnis des Jahres 2008 zu erreichen. Der Baader Bank AG ist es zwar gelungen, die Bandbreite der eigenen Geschäftsfelder zu optimieren und weiterzuentwickeln und sich durch die Erweiterung der Angebotspalette zunehmend gegen Marktschwankungen abzusichern. Dennoch wird die Entwicklung des Provisions- und Handelsergebnisses rückläufig sein. Dies gilt im gleichen Maße auch für die Verwaltungskosten. Darüber hinaus sind weitere Abschreibungen auf Available-for-Sale-Bestände zu erwarten. Insgesamt ist davon auszugehen, dass insbesondere die vom Kerngeschäft der Baader Bank AG weitgehend unabhängigen Geschäftsfelder der Tochtergesellschaften die Ergebnissituation des Konzerns positiv beeinflussen werden.

Für das Geschäftsjahr 2010 bestehen weiterhin Risiken, die vor allem aus den Folgen der Finanzkrise resultieren. Dennoch werden für das Jahr 2010 wieder ein moderates Wachstum der Weltwirtschaft und eine Normalisierung der Kapitalmärkte erwartet. Unter diesen Prämissen geht der Vorstand der Bank ab dem Jahr 2010 von einer Steigerung der Erträge bei gleichzeitiger unterproportionaler Entwicklung der Verwaltungskosten aus.

Im Ergebnis wird sich die vor Jahren eingeschlagene Strategie auszahlen, sich möglichst breit über alle Wertpapiergattungen hinweg aufzustellen. Selbst wenn die Krise länger als erwartet andauern sollte, rechnet die Baader Bank AG damit, positive Ergebnisse erzielen zu können.

Unterschleissheim, den 18.03.2009

Baader Bank AG
Der Vorstand

Uto Baader, Dieter Brichmann,
Stefan Hock, Dieter Silmen

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat sich vom Vorstand regelmäßig über die Lage der Baader Bank AG und des Konzerns unterrichten lassen und die Arbeit des Vorstands überwacht und begleitet. Der Vorstand hat dabei den Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich über die Geschäftspolitik, grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung, über die wirtschaftliche Lage und strategische Weiterentwicklung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle unterrichtet und mit ihm hierüber beraten. Abweichungen des Geschäftsverlaufs und der Ergebnisentwicklung von den Plänen und Zielen wurden im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat geprüft. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung war der Aufsichtsrat eingebunden.

Die strategische Ausrichtung mit dem Ziel, zusätzliche Erträge zu generieren, die Neustrukturierung von bestehenden Geschäftsfeldern und die Aufnahme neuer Aktivitäten wurden vom Aufsichtsrat intensiv begleitet. Zudem unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat in seinen monatlichen Berichten fortlaufend über die wichtigsten Kennzahlen zur finanziellen Entwicklung und zur Risikosituation der Baader Bank AG und des Konzerns. Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die Unternehmenszahlen, die Ergebnis- und Beschäftigungsentwicklung des Konzerns einschließlich der Tochterunternehmen sowie die Entwicklung sämtlicher Geschäftsbereiche. Soweit aufgrund gesetzlicher, satzungsgemäßer Vorschriften oder nach der Geschäftsordnung erforderlich, erteilte der Aufsichtsrat nach gründlicher Prüfung und Beratung seine Zustimmung zu zustimmungspflichtigen Einzelvorgängen.

Im Berichtsjahr haben fünf Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden. Schwerpunkte der Beratungen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat bildeten die organisatorische und strategische Entwicklung und Ausrichtung des Konzerns, dabei wurde insbesondere die Erweiterung der strategischen Beteiligungen im In- und Ausland intensiv begleitet. Weitere Themen waren auch die Positionierung der Baader Bank AG, ihre finanzielle Entwicklung und die ihrer Tochterunternehmen, wichtige Geschäftsereignisse sowie die aktuellen Veränderungen im Börsenumfeld. Der Aufsichtsrat wurde auch zwischen den Sitzungen über Vorhaben informiert, die von besonderer Bedeutung waren. Sofern erforderlich, wurden Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats hat sich darüber hinaus in regelmäßigen Gesprächen mit dem Vorstand über wichtige Entscheidungen und besondere Geschäftsvorfälle berichten lassen. Ihm wurden die Protokolle der Vorstandssitzungen zeitnah zur Verfügung gestellt.

Der Aufsichtsrat behandelte regelmäßig das Thema Corporate Governance. Der Aufsichtsrat hat die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex grundsätzlich anerkannt. Er hat in seiner Sitzung am 19.12.2008 gemeinsam mit dem Vorstand eine aktualisierte Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und die Abweichungen von den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex erläutert. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichung im Geschäftsbericht und auf der Internetseite der Baader Bank AG.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 19.12.2008 eine Effizienzprüfung seiner Tätigkeit mit positivem Ergebnis durchgeführt. Der Aufsichtsrat hat sich auch davon überzeugt, dass die Baader Bank AG im abgelaufenen Geschäftsjahr die Empfehlungen des Corporate Governance Kodex gemäß ihrer Entsprechenserklärung vom Dezember 2008 erfüllt hat. Interessenkonflikte von Mitgliedern des Aufsichtsrats sind im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht aufgetreten.

Die von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen, haben den Jahresabschluss und den Lagebericht der Baader Bank AG zum 31.12.2008 sowie den Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31.12.2008 nach HGB-Grundsätzen geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden gemäß § 315 a HGB auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt. Der Abschlussprüfer hat die Prüfung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen.

Allen Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden rechtzeitig die Jahresabschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers und der Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns übersandt. Der Aufsichtsrat hat in seiner heutigen Bilanzsitzung des Aufsichtsrats den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht der Baader Bank AG sowie den Konzernabschluss mit Konzernlagebericht und den Abhängigkeitsbericht unter Einbeziehung des Prüfungsberichts intensiv geprüft. Die Prüfungsberichte lagen allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vor und wurden in der heutigen Bilanzsitzung des Aufsichtsrats in Gegenwart des Abschlussprüfers, der über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtete, umfassend behandelt. In dieser Sitzung hat der Vorstand die Abschlüsse der Baader Bank AG und des Konzerns sowie das Risikomanagementsystem erläutert und Umfang und Schwerpunkte der Abschlussprüfung dargestellt. Der Aufsichtsrat hat das Prüfungsergeb-

nis zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung waren keine Einwendungen zu erheben.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Die Abschlussprüfer Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen, haben den Abhängigkeitsbericht des Vorstands entsprechend den gesetzlichen Vorschriften geprüft und folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt: „Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss 2008 in seiner heutigen Sitzung gebilligt. Der Jahresabschluss 2008 ist damit festgestellt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstands an, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von € 0,06 je dividendenberechtigter Stückaktie auszuschütten, € 5,5 Mio. in die an-

deren Gewinnrücklagen einzustellen und den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Hauptversammlung am 26.06.2008 hat die Aktionärsvertreter des Aufsichtsrats wiedergewählt. Frau Theresia Weber und Herr Jan Vrbsky wurden als Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat mit Wirkung ab Beendigung der Hauptversammlung am 26.06.2008 von den Arbeitnehmern des Konzerns neu gewählt. Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2008 entschieden, den Bereich „MiFIS“ aufzulösen und den am 31.12.2008 endenden Vorstandsvertrag von Herrn Christopher Schütz nicht zu verlängern.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeitern für die verantwortungsbewusste und erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Unterschleissheim, den 26.03.2009

Der Aufsichtsrat

Dr. Horst Schiessl
Vorsitzender

Trauer um Dr. Norbert Juchem

Groß war unsere Trauer, als Dr. Norbert Juchem am 15.01.2009 viel zu früh von uns gegangen ist. Seit 15.07.2003 hatte er als Mitglied des Aufsichtsrats mit seiner hervorragenden Fachkenntnis und seinem leidenschaftlichen Engagement tatkräftig dazu beigetragen, unser Unternehmen voranzubringen. Bei der Wahrnehmung seines Aufsichtsratsmandats haben wir Dr. Juchem stets als extrem kompetenten Mann erlebt, der es nicht nur verstanden hat, fachliche Fragestellungen sorgfältig abzuwägen, sondern auch mit seiner Intelligenz, seiner moralischen Integrität und seiner menschlichen Größe zu überzeugen.

Wir haben mit Dr. Juchem einen wertvollen Ratgeber, hoch geachteten Kollegen und lieben Menschen verloren. Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Aufsichtsrat

Der Vorstand

Die Belegschaft

der Baader Bank AG

Corporate-Governance-Bericht

Über die Corporate Governance im Baader-Konzern berichtet der Vorstand – zugleich für den Aufsichtsrat – gemäß Punkt 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex wie folgt:

Der Baader-Konzern legt grundsätzlich großen Wert auf eine offene und klare Unternehmenskommunikation. Er hat sich stets an Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung orientiert, um das Vertrauen seiner Anleger, der Finanzmärkte, Geschäftspartner und seiner Mitarbeiter zu bestätigen und auszubauen.

Entsprechenserklärung nach § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der Baader Bank AG erklären gemäß § 161 Aktiengesetz für das Jahr 2008, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers am 04.07.2003 bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 21.05.2003 und den geänderten Fassungen vom 02.06.2005, 12.06.2006, 14.06.2007 sowie 06.06.2008 mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde und wird:

1. In Punkt 3.8 Abs. 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist Folgendes festgelegt: „Schließt die Gesellschaft für Vorstand und Aufsichtsrat eine D&O-Versicherung ab, so soll ein angemessener Selbstbehalt vereinbart werden.“

Die Baader Bank AG hat im April 2004 eine angemessene D&O-Versicherung zugunsten von Organen und leitenden Angestellten des Unternehmens abgeschlossen, die im Jahr 2007 verlängert wurde. Eine Selbstbeteiligung wurde nicht vereinbart. Das Unternehmen ist nicht der Meinung, dass eine Selbstbeteiligung an der Versicherung die Verhaltensweise bzw. Arbeitsweise der betroffenen Versicherten beeinflusst.

2. In Punkt 4.2.3 Abs. 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist zur variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder Folgendes festgelegt: „Als variable Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter dienen insbesondere Aktien der Gesellschaft mit mehrjähriger Veräußerungssperre, Aktienoptionen und vergleichbare Gestaltungen (z. B. Phantom Stocks). Aktienoptionen und vergleichbare Gestaltungen sollen auf anspruchsvolle, relevante Vergleichsparameter bezogen sein. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter soll ausgeschlossen sein. Für außerordentliche, nicht vorgesehene Entwicklungen soll der Aufsichtsrat eine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) vereinbaren.“

In der Hauptversammlung am 19.07.2006 wurde ein Aktienoptionsplan für Vorstände und Mitarbeiter der Baader

Wertpapierhandelsbank AG genehmigt. Es handelt sich dabei um ein variables Vergütungssystem nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex mit einer Ausnahme:

Das Unternehmen lehnt eine Begrenzungsmöglichkeit bei Aktienoptionen hinsichtlich der Höhe der Erträge ab, da eine solche den Anreizzielen eines variablen Vergütungssystems nicht entspricht.

3. In Punkt 5.3.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist Folgendes festgelegt: „Der Aufsichtsrat soll einen Prüfungsausschuss (Audit Committee) einrichten, der sich insbesondere mit den Fragen der Rechnungslegung des Risikomanagements und der Compliance, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst.“

Der Aufsichtsrat hat nach der Hauptversammlung 2004 den im Dezember 2002 eingerichteten Prüfungsausschuss aufgelöst. Der Aufsichtsrat stellte fest, dass der Ausschuss erfolgreiche Arbeit geleistet hat, dass aber angesichts der Größe des Aufsichtsrats im Hinblick auf Kosten und Aufwand ein eigens eingerichteter Ausschuss nicht verhältnismäßig war.

4. In Punkt 5.3.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist Folgendes festgelegt: „Der Aufsichtsrat soll einen Nominierungsausschuss bilden, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt.“

Angesichts der Größe des Aufsichtsrats im Hinblick auf Kosten und Aufwand ist ein eigens eingerichteter Nominierungsausschuss nicht verhältnismäßig.

5. In Punkt 5.4.6 (letzter Absatz) des Deutschen Corporate Governance Kodex ist Folgendes festgelegt: „Die Vergütung der AR-Mitglieder soll im Corporate-Governance-Bericht individualisiert, aufgegliedert nach Bestandteilen ausgewiesen werden.“

Die Baader Bank AG weist die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder im Anhang ihres Jahresabschlusses und im Corporate-Governance-Bericht nach Fixum und erfolgsbezogenen Komponenten aus. Es ist nicht vorgesehen, sie individualisiert auszuweisen, da das Unternehmen keinen Nutzen in dieser Praxis erkennen kann.

6. In Punkt 7.1.2 Satz 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist Folgendes festgelegt: „Halbjahres- und etwaige Quartalsfinanzberichte sollen vom AR oder von seinem Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert werden.“

Der AR wird fortlaufend anhand von Monatsberichten über die Finanzlage des Unternehmens unterrichtet und in seinen regelmäßigen Sitzungen informiert. Die Halbjahres- bzw. die Quartalsfinanzberichte in zusätzlichen Sitzungen vor der jeweiligen Veröffentlichung zu erörtern, würde für das Unternehmen einen erheblichen Verwaltungsaufwand bedeuten, der in keiner Relation zum Ergebnis steht.

7. In Punkt 7.1.2 Satz 4 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist Folgendes festgelegt: „Der Konzernabschluss soll binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die Zwischenberichte sollen 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums öffentlich zugänglich sein.“

Die Aktien der Baader Bank AG sind an der Frankfurter Wertpapierbörse im regulierten Markt im Segment „Prime Standard“ notiert. Die Börsenordnung der Frankfurter Wertpapierbörse sieht für die Veröffentlichung des Konzernabschlusses eine Frist von vier Monaten und für die Veröffentlichung der Zwischenabschlüsse eine Frist von zwei Monaten vor. Diese Fristen werden eingehalten. Darüber hinaus frühere Fristen einzuhalten, würde einen unangemessenen Organisationsaufwand bedeuten.

Der Vorstand

Der Aufsichtsrat

Führungs- und Unternehmensstruktur; Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Baader-Konzern ist eine Institutsgruppe mit Sitz in Unterschleißheim bei München. Die Grundlagen für die Unternehmens- und Führungsstrukturen bilden insbesondere das deutsche Aktiengesetz, das Kapitalmarktrecht, die Satzung und der Deutsche Corporate Governance Kodex. Als deutsche Aktiengesellschaft verfügt die Gesellschaft über die nach Aktienrecht übliche zweigeteilte Leitungs- und Überwachungsstruktur. Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Der Aufsichtsrat bestellt, berät und überwacht den Vorstand. Die Geschäftsleitungen der einzelnen Konzernunternehmen haben eine eigene Geschäfts- und Ergebnisverantwortung. Sie berichten regelmäßig an den Vorstand der Baader Bank AG und werden zusätzlich von ihren Aufsichtsgremien überwacht, in denen auch Mitglieder des Vorstands der Baader Bank AG vertreten sind.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unterneh-

mens eng zusammen; ihr gemeinsames Ziel ist die Steigerung des Unternehmenswertes. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte und die Lage des Konzerns einschließlich Risikolage. Für bedeutende Fälle legt die Geschäftsordnung des Vorstands Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats fest (siehe auch Bericht des Aufsichtsrats).

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O-Versicherung zugunsten der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bzw. Aufsichtsrats bei Ausübung ihrer Führungs- bzw. Überwachungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Es wurde kein Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex vereinbart (siehe auch Entsprechenserklärung).

Transparenz

Anleger, Investoren, Analysten und Öffentlichkeit werden gleichberechtigt und zeitnah informiert. Finanzkalender, Geschäfts- und Zwischenberichte, Ad-hoc-Mitteilungen und alle weiteren relevanten Informationen sind auf der Internetseite in Deutsch und Englisch verfügbar. Im Bereich Compliance wird das Insiderverzeichnis geführt, in das sämtliche Personen mit Zugang zu Insiderinformationen eingetragen werden. Wir haben in Ergänzung zu den Insiderregelungen interne Weisungen erlassen, die den Handel mit Wertpapieren des Unternehmens für alle Mitarbeiter regeln. Danach sind Geschäfte in diesen Papieren nur während eines Zeitfensters von zwei Wochen nach der Veröffentlichung von Unternehmenszahlen mit Genehmigung des Compliance-Beauftragten erlaubt. Diese Zeiten werden im Baader-Intranet jeweils angekündigt.

Directors' Dealings

Nach § 15a WpHG müssen alle Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats sowie bestimmte Mitarbeiter mit Führungsaufgaben und die mit ihnen in enger Beziehung stehenden Personen den Erwerb und die Veräußerung von Baader-Aktien und sich darauf beziehende Finanzinstrumente offenlegen. Alle mitgeteilten Geschäfte sind auf unserer Website im jährlichen Dokument aufgeführt. Bis zum 31.12.2008 sind keine Meldungen eingegangen.

Der Vorstandsvorsitzende hält 66,95% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien (Punkt 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex). Die von den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern gehaltene Anzahl der Aktien ist im Lagebericht aufgeführt.

Hauptversammlung

Organisation und Durchführung der Hauptversammlung erfolgen seit Jahren mit der Maßgabe, sämtliche Aktionäre vor und während der Hauptversammlung umfassend und effizient zu informieren und ihnen die Ausübung ihrer Rechte zu erleichtern. So wurde das Anmelde- und Legitimationsverfahren zur Hauptversammlung bereits 2006 auf das so genannte „Record Date“ umgestellt. Aktionäre, die nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen, können ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten, z. B. durch ein Kreditinstitut oder eine Vereinigung von Aktionären, ausüben lassen. Wir bieten unseren Aktionären an, einen von der Gesellschaft benannten weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter bereits vor der Hauptversammlung zu bevollmächtigen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wurde in der Hauptversammlung 2008 neu gewählt. Im Berichtsjahr haben sich keine Veränderungen im Aufsichtsrat ergeben. Im Januar 2009 ist das Aufsichtsratsmitglied Herr Dr. Norbert Juchem verstorben. Der Hauptversammlung 2009 wird ein Kandidat zur Wahl für die restliche Laufzeit als Nachfolger von Herrn Dr. Juchem vorgeschlagen. Der Aufsichtsrat hatte im Jahr 2002 einen Beteiligungsausschuss aufgelöst, nachdem die Gesellschaft entschieden hatte, das Beteiligungsgeschäft aufzugeben. Ein im Jahr 2002 gegründeter Prüfungsausschuss, der sich insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, der Erteilung des Prüfungsauftrages an den Abschlussprüfer, dessen erforderliche Unabhängigkeit, dessen Honorarvereinbarung und den Prüfungsschwerpunkten befassen sollte, wurde im Jahr 2004 wieder aufgelöst. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass der Ausschuss erfolgreiche Arbeit geleistet hat, dass aber angesichts der Größe des Aufsichtsrats im Hinblick auf Kosten und Aufwand ein eigens eingerichteter Ausschuss nicht verhältnismäßig war. Die Tätigkeit des Ausschusses hat wieder der Gesamtaufwandsrat übernommen.

Vergütungsbericht gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 4 HGB

Dieser Vergütungsbericht erläutert die Grundlagen für die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Baader Bank AG sowie ihre Höhe und Struktur. Darüber hinaus werden Angaben zu den von Aufsichtsratsmitgliedern und Vorstandsmitgliedern gehaltenen Aktien und Aktienoptionen und zu Transaktionen mit Aktien der Baader Bank AG gemacht.

Die Hauptversammlung der Baader Bank AG hat am 19.07.2006 wie folgt beschlossen: „Eine Offenlegung der Bezüge und sonstigen empfangenen Leistungen jedes einzelnen Vorstandsmitglieds (§ 285 S. 1 Nr. 9 lit. A S. 5 bis 9 HGB und § 314 I Nr. 6 lit. a S. 5 bis 9 HGB) erfolgt für die Geschäftsjahre 2006 bis 2010 weder im Jahres- noch im Konzernabschluss.“ Damit ist auch auf gesetzlicher Grundlage eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge nicht mehr möglich. Daneben weisen Vorstand und Aufsichtsrat auch

noch in der jährlichen Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG darauf hin, dass eine Abweichung von der Empfehlung zur individuellen Offenlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands gemäß Punkt 4.2.4 des Deutschen Corporate Governance Kodex in Zukunft nicht mehr erklärt werden muss.

Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung der Vorstandsvergütung ist der Aufsichtsrat zuständig. Die Festlegung der Vergütung orientiert sich an der Größe und Tätigkeit des Unternehmens, seiner finanziellen und wirtschaftlichen Lage sowie an der Höhe und Struktur der Vorstandsvergütung bei vergleichbaren Unternehmen. Zusätzlich werden die Aufgaben und der Beitrag des jeweiligen Vorstandsmitglieds berücksichtigt.

Die Vergütung des Vorstands ist leistungsorientiert; sie setzt sich im Geschäftsjahr 2008 aus vier Komponenten zusammen: einer festen erfolgsunabhängigen Vergütung (Gehalt), einer erfolgsbezogenen Vergütung (Tantieme), einer Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Aktienoptionen) sowie einer Versorgungszusage (für zwei Vorstandsmitglieder).

Die erfolgsunabhängige Vergütung wird monatlich als Gehalt ausbezahlt.

Die Höhe der Tantieme orientiert sich am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Mitglieder des Vorstands zwischen 0,4% und 1,2% des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Die Auszahlung erfolgt nach der Genehmigung des Jahresergebnisses durch die Hauptversammlung. Neben der Tantieme besteht die Möglichkeit, einzelnen Vorstandsmitgliedern für besondere Leistungen einen Sonderbonus zu gewähren.

Die aktienbasierte Vergütung erfolgt durch Ausgabe von Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne.

Für zwei Vorstandsmitglieder bestehen Versorgungszusagen, bei denen die Höhe der Versorgungsleistung in Abhängigkeit von Alter, Betriebszugehörigkeit und Gehalt festgelegt ist. Die Altersrente wird gezahlt, wenn das Vorstandsmitglied nach Erreichung der Altersgrenze ausscheidet. Sie ist begrenzt auf höchstens 60% des Festgehaltes, das das jeweilige Vorstandsmitglied für das letzte Kalenderjahr vor seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft erhalten hat.

Für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses enthalten die Vorstandsverträge keine ausdrückliche Abfindungszusage. Eine Abfindung kann sich aber aus einer individuell getroffenen Aufhebungsvereinbarung ergeben.

Für den Fall eines „Change of Control“ besteht kein Recht auf Kündigung des Anstellungsvertrages durch das einzelne Vorstandsmitglied und entsprechend auch kein Abfindungsanspruch.

Für das Geschäftsjahr 2008 ergaben sich für die Mitglieder des Vorstands folgende Gesamtbezüge:

					2008	2007
Erfolgsunabhängige Vergütung		Dotierung Pensionsrückstellung	Erfolgsbezogene Vergütung	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung		
Gehalt	Sonstiges ¹	Versorgungszusage ²	Tantieme	Aktienoptionen ³	Gesamt	Gesamt
€	€	€	€	€	€	€
1.749.260,00	138.200,00	1.243.114,00	614.400,00	74.799,85	3.819.773,85	4.998.329,46

Die erfolgsbezogene Vergütung wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 2008 durch die Hauptversammlung der Baader Bank AG ausgezahlt.

An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2008 insgesamt 64.250 Stück Aktienoptionen ausgegeben. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Vorstandsmitglieder für die Geschäftsjahre 2001 bis 2007.

Für das Geschäftsjahr*	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	Gesamt
Gewährte Optionen	64.250	63.750	75.000	75.000	103.000	170.000	172.000	723.000
Ausübungspreis in €	3,75	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	-
Verwirkte Optionen	12.850	3.750	0	0	0	19.000	58.000	93.600
Ausgeübte Optionen	0	0	0	37.500	103.000	151.000	114.000	405.500
Ausstehende Optionen	51.400	60.000	75.000	37.500	0	0	0	223.900
Ausübbar Optionen	0	0	75.000	37.500	0	0	0	112.500
Restlaufzeit in Monaten	76	65	53	41	28	16	4	-

* Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem dem Geschäftsjahr folgenden Jahr.

Nach § 15a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Vorstands mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden weder Käufe noch Verkäufe gemeldet.

Die Baader Bank AG steht im Mehrheitsbesitz der Baader Beteiligungs GmbH, München. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es zu keinen Geschäften zwischen den beiden Gesellschaften. Die Anteile von Herrn Uto Baader an der Baader Bank AG werden über die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG (2.492.788 Stück) und die Baader Beteiligungs GmbH (28.104.000 Stück) gehalten. Darüber hinaus hält Herr Uto Baader 137.512 Stück Aktien im Privatbesitz. Insgesamt entsprechen die Anteile von Herrn Uto Baader 66,95% des gezeichneten Kapitals der Baader Bank AG. Darüber hinaus be-

sitzt kein Vorstandsmitglied am 31.12.2008 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Bank AG. Zum 31.12.2008 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt 31.007.468 Stück Aktien der Baader Bank AG.

Zur Aufnahme von Nebentätigkeiten einschließlich der Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten in Konzerngesellschaften benötigen die Mitglieder des Vorstands die Zustimmung des Aufsichtsrates. So ist sichergestellt, dass weder der zeitliche Aufwand noch die dafür gewährte Vergütung zu einem Konflikt mit den Aufgaben für das Unternehmen führt.

Soweit es sich bei den Nebentätigkeiten um Aufsichtsratsmandate oder Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien handelt, sind diese im Anhang aufgeführt und im Internet veröffentlicht.

1 In der Spalte „Sonstiges“ aufgeführte Vergütungsbestandteile umfassen grundsätzlich geldwerte Vorteile aus der Bereitstellung von Dienstwagen, Beiträge zu Versicherungen sowie die Einnahme von subventionierten Mittagessen im Betriebsrestaurant.
2 Die Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IAS/IFRS für aktive Vorstandsmitglieder belaufen sich auf € 8.490.204,00 (Vorjahr T€ 9.735).
3 Der Geldwert der Aktienoptionen wurde nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt € 1,1642 pro Aktie (Vorjahr € 1,4001 pro Aktie).

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung der Baader Bank AG geregelt. Entsprechend dieser Bestimmung erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung, die aus einem festen und einem variablen Anteil besteht. Dabei ist die Höhe der variablen Vergütung abhängig vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zwischen 0,09% und 0,18%. Im Einzelnen darf die Vergütung des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds das Dreifache der Grundvergütung nicht überschreiten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Aufsichtsrats-tätigkeit keine Aktienoptionen oder anderen aktienbasierten Vergütungen. Sofern Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat Aktienoptionen nach den Bedingungen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne erhalten, resultieren diese Leistungen aus ihrer Stellung als Arbeitnehmer der Baader Bank AG und sind von ihrer Aufsichtsrats-tätigkeit unabhängig.

Für das Geschäftsjahr 2008 ergaben sich für die Mitglieder des Aufsichtsrats folgende Gesamtbezüge:

		2008	2007
Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil	Gesamt	Gesamt
€ 150.000,00	€ 84.771,98	€ 234.771,98	€ 389.737,72

Der variable Vergütungsbestandteil wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 2008 durch die Hauptversammlung der Baader Bank AG ausgezahlt.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhielten als Arbeitnehmer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2008 insgesamt 2.550 Stück Aktienoptionen¹. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 2001 bis 2007.

Für das Geschäftsjahr*	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	Gesamt
Gewährte Optionen	2.550	2.760	2.400	2.640	5.000	9.600	4.800	29.750
Ausübungspreis	3,75	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausgeübte Optionen	0	0	0	1.320	5.000	9.600	4.800	20.720
Ausstehende Optionen	2.550	2.760	2.400	1.320	0	0	0	9.030
Ausübbar Optionen	0	0	2.400	1.320	0	0	0	3.720
Restlaufzeit in Monaten	76	64	53	41	29	16	4	

* Die Zuteilung erfolgt bedingungsgemäß erst in dem dem Geschäftsjahr folgenden Jahr.

Nach § 15 a WpHG sind Käufe und Verkäufe in Baader-Aktien durch Mitglieder des Aufsichtsrates mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden weder Käufe noch Verkäufe gemeldet.

Kein Aufsichtsratsmitglied besitzt am 31.12.2008 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Bank AG. Zum 31.12.2008 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt 10.589 Stück Aktien der Baader Bank AG.

Risikomanagement

Das Erzielen von Erträgen im Bankgeschäft ist in der Regel nicht ohne das Eingehen von Risiken möglich. Dabei beinhaltet der Begriff Risiko die Möglichkeit, dass sich die künftige wirtschaftliche Lage der Bank negativ entwickelt. Insofern sind der bewusste Umgang, das aktive Management und die laufende Identifikation und Überwachung von Risiken Kernelemente der erfolgsorientierten Geschäftssteuerung des Baader-Konzerns. Als übergeordnetes Institut trägt die Baader Bank AG die Verantwortung für die konzernweite Einrichtung eines Risikomanagementsystems gemäß den seit

¹ Der Geldwert der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die für 2007 Aktienoptionen als Arbeitnehmer der Gesellschaft erhalten haben, beträgt € 2.968,71 (Vorjahr € 5.600,40). Der Geldwert wurde dabei nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt € 1,1642 pro Aktie (Vorjahr € 1,4001 pro Aktie).

20.12.2005 geltenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. In diesem Zusammenhang wird bei der Gesellschaft permanent Sorge getragen, dass die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital unterlegt sind.

Abschlussprüfer

Der Konzernabschluss wird nach den International Accounting Standards/International Financial Reporting Standards (IAS/IFRS) aufgestellt und vom Abschlussprüfer unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) geprüft. Der gesetzlich vorgeschriebene und für die Besteuerung und die Dividendenzahlung maßgebliche Einzelabschluss der Baader Bank AG wird nach den Vorschriften des HGB erstellt. Der Aufsichtsrat hat die vorgelegte Unabhängigkeitserklärung zur Kenntnis genommen.

Der von der Hauptversammlung gewählte Abschlussprüfer wurde vom Aufsichtsrat verpflichtet, ihn über während der Prüfung auftretende und nicht unverzüglich zu beseitigende mögliche Ausschluss- und Befangenheitsgründe zu unterrichten. Der Abschlussprüfer soll außerdem auch über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Abschlussprüfung ergeben, unverzüglich berichten. Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat zu informieren bzw. im Prüfungsbericht zu vermerken, wenn im Zuge der Abschlussprüfung Tatsachen festgestellt werden, die mit der vom Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 AktG abgegebenen Entsprechenserklärung nicht vereinbar sind.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Die Abschlussprüfer Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen, haben den Abhängigkeitsbericht des Vorstands entsprechend den gesetzlichen Vorschriften geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Konzern-Jahresabschluss 2008

Inhaltsübersicht

Konzernbilanz.....	38	<i>Wesentliche Unterschiede bei der Rechnungslegung nach IAS/IFRS und deutschem Handelsrecht</i>	
Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung.....	39	Risikovorsorge für das Kreditgeschäft.....	63
Eigenkapitalveränderungsrechnung.....	40	Wertpapiere.....	63
Kapitalflussrechnung.....	42	Hedge Accounting.....	63
Anhang (Notes).....	44	Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte und Geschäfts- oder Firmenwert.....	63
<i>Angaben zum Unternehmen</i>	44	Eigene Aktien und Anteile.....	64
<i>Grundlagen der Konzernrechnungslegung</i>	44	Treuhandgeschäfte.....	64
<i>Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden</i>		Pensionsverpflichtungen.....	64
(1) Grundsätze.....	45	Andere Rückstellungen.....	64
(2) Angewandte Vorschriften.....	46	Latente Steuern.....	64
(3) Konsolidierungskreis.....	46	Eigenkapital.....	64
(4) Unternehmenszusammenschlüsse nach dem Bilanzstichtag.....	50	Ansätze aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften.....	64
(5) Konsolidierungsgrundsätze.....	51	<i>Angaben zur Bilanz des Konzerns</i>	
(6) Änderungen in der Bilanzierung.....	51	(27) Barreserve.....	65
(7) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39).....	52	(28) Forderungen an Kreditinstitute.....	65
(8) Währungsumrechnung.....	54	(29) Forderungen an Kunden.....	65
(9) Barreserve.....	55	(30) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft.....	66
(10) Forderungen.....	55	(31) Handelsaktiva.....	67
(11) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft.....	55	(32) Available-for-Sale-Bestände.....	68
(12) Wertpapierleihengeschäfte.....	55	(33) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.....	69
(13) Handelsaktiva.....	55	(34) Sachanlagen.....	70
(14) Available-for-Sale-Bestände.....	56	(35) Immaterielle Anlagewerte.....	70
(15) Sachanlagen.....	56	(36) Geschäfts- und Firmenwerte.....	71
(16) Immaterielle Anlagewerte.....	56	(37) Ertragsteueransprüche.....	72
(17) Geschäftswerte.....	57	(38) Sonstige Aktiva.....	72
(18) Leasinggeschäft.....	57	(39) Aktive latente Steuern.....	73
(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden.....	57	(40) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.....	74
(20) Handelspassiva.....	58	(41) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	74
(21) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.....	58	(42) Handelspassiva.....	75
(22) Andere Rückstellungen.....	59	(43) Rückstellungen.....	75
(23) Ertragsteuern.....	59	(44) Ertragsteuerverpflichtungen.....	77
(24) Treuhandgeschäfte.....	59	(45) Sonstige Passiva.....	77
(25) Eigene Aktien.....	60	(46) Passive latente Steuern.....	77
(26) Aktienorientiertes Vergütungssystem für Vorstände und Mitarbeiter.....	60	(47) Eigenkapital.....	78
		(48) Bedingtes Kapital.....	80
		(49) Genehmigtes Kapital.....	81
		(50) Fremdwährungsvolumina.....	81

Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

(51) Zinsüberschuss.....	82
(52) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft.....	82
(53) Provisionsüberschuss.....	83
(54) Handelsergebnis.....	83
(55) Ergebnis aus Available-for-Sale-Beständen.....	84
(56) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen.....	84
(57) Verwaltungsaufwand.....	85
(58) Sonstiges Ergebnis.....	85
(59) Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit.....	86
(60) Ergebnis je Aktie.....	87
(61) Segmentberichterstattung.....	87

Angaben zu Finanzinstrumenten

(62) Risikoberichterstattung.....	92
(63) Derivative Geschäfte.....	92
(64) Sicherheiten.....	92
(65) Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten.....	93
(66) Angaben zu finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten.....	94

Sonstige Angaben

(67) Restlaufzeitengliederung.....	96
(68) Fremdkapitalkosten.....	98
(69) Außerbilanzielle Verpflichtungen.....	98
(70) Wertpapierleihegeschäfte.....	98
(71) Treuhandgeschäfte.....	98
(72) Sonstige finanzielle Verpflichtungen.....	98
(73) Angaben zum Kapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennziffern.....	99
(74) Honorar des Abschlussprüfers.....	100
(75) Mitarbeiter.....	100
(76) Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.....	100
(77) Patronatserklärung.....	103
(78) Corporate Governance Kodex.....	103
(79) Organe der Baader Bank AG.....	104
(80) Anteilsbesitz des Konzerns.....	106

Konzernbilanz

zum 31.12.2008

Aktiva	Notes	31.12.2008 €	31.12.2007 T€
1. Barreserve	(9, 27)	1.220.607,91	3.273
2. Forderungen an Kreditinstitute	(7, 10, 28)	166.015.631,53	75.338
3. Forderungen an Kunden	(7, 10, 29)	23.661.258,50	2.521
4. Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	(11, 30)	- 3.094.611,06	- 62
5. Handelsaktiva	(7, 13, 31, 66)	42.291.693,08	47.627
6. Available-for-Sale-Bestände	(7, 14, 32, 66)	12.879.448,56	9.304
7. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(33, 66)	16.633.782,02	38.216
8. Sachanlagen	(15, 34)	19.980.082,61	20.846
9. Immaterielle Anlagewerte	(16, 35)	20.833.682,57	12.513
10. Geschäftswerte	(17, 36, 66)	24.785.055,44	4.600
11. Ertragsteueransprüche	(23, 37)	11.805.635,33	12.071
12. Sonstige Aktiva	(6, 7, 38, 66)	6.965.668,07	9.189
13. Aktive latente Steuern	(6, 23, 39)	21.021.267,22	23.977
Summe Aktiva		364.999.201,78	259.413

Passiva	Notes	31.12.2008 €	31.12.2007 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(19, 40)	31.834.084,09	19.751
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(19, 41)	98.111.131,58	41.430
3. Handelspassiva	(20, 42)	38.889.725,82	0
4. Rückstellungen	(21, 22, 43)	11.435.860,28	17.314
5. Ertragsteuerverpflichtungen	(23, 44)	1.286.996,10	2.560
6. Sonstige Passiva	(45)	18.997.079,63	12.723
7. Passive latente Steuern	(23, 46)	4.227.637,81	1.733
8. Eigenkapital	(25, 26, 47, 48, 49)	160.216.686,47	163.902
a) Gezeichnetes Kapital	(47)	45.435.187,00	45.503
b) Kapitalrücklage	(47)	60.837.559,54	60.904
c) Gewinnrücklagen	(6, 47)	43.495.565,10	22.496
d) Neubewertungsrücklage	(14, 47)	359.436,41	1.227
e) Rücklage aus Währungsumrechnung	(47)	52.776,13	-10
f) Konzerngewinn	(47)	8.601.347,03	32.374
Gesamt vor Fremdbesitz		158.781.871,21	162.494
g) Anteile im Fremdbesitz		1.434.815,26	1.408
Summe Passiva		364.999.201,78	259.413

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

für den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.12.2008

GuV	Notes	€	2008 €	2007 T€
1. Zinserträge	(51)	3.909.033,63		2.833
2. Zinsaufwendungen	(51)	- 2.862.509,71		- 1.147
3. Zinsergebnis	(51)		1.046.523,92	1.686
4. Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	(11, 52)		- 3.068.784,94	0
5. Zinsergebnis nach Risikovorsorge			- 2.022.261,02	1.686
6. Provisionserträge	(53)	56.309.150,55		62.848
7. Provisionsaufwendungen	(53)	- 17.339.259,66		- 16.311
8. Provisionsergebnis	(53)		38.969.890,89	46.537
9. Handelsergebnis	(7, 54)		59.278.873,21	52.019
10. Ergebnis aus Available-for-Sale-Beständen	(7, 55)		- 3.352.238,82	3.887
11. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(56)		- 907.787,17	3.790
12. Verwaltungsaufwand	(6, 26, 57)		- 87.728.687,50	- 75.823
13. Betriebsergebnis			4.237.789,59	32.096
14. Sonstige betriebliche Erträge	(6, 58)		11.014.982,92	3.950
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(58)		- 3.605.186,89	- 1.136
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			11.647.585,62	34.910
17. Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit	(6, 23, 59)		- 2.888.181,99	- 6.325
18. Jahresüberschuss vor konzernfremden Gesellschaftern			8.759.403,63	28.585
19. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn			- 151.637,62	57
20. Jahresüberschuss			8.607.766,01	28.642
21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			- 6.418,98	3.732
22. Konzerngewinn			8.601.347,03	32.374

		2008 €	2007 €
Unverwässertes/Verwässertes Ergebnis je Aktie	(6, 60)	0,19	0,63

Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklage	Neubewertungs- rücklage
	€	€	€	€
Eigenkapital 31.12.2006	45.493.404,00	60.977.655,15	8.000.000,00	6.125.477,95
Berichtigungen nach IAS 8			- 1.074.434,90	
Eigenkapital 01.01.2007	45.493.404,00	60.977.655,15	6.925.565,10	6.125.477,95
Berichtigungen nach IAS 8				
Konzernjahresergebnis				
Einstellung in die Gewinnrücklagen			15.570.000,00	
Gewinne/Verluste				
Netto-Veränderungen der Neubewertungsrücklage				- 4.898.197,26
Netto-Veränderungen der Währungsrücklage				
Umfassendes Periodenergebnis 2007			14.495.565,10	- 4.898.197,26
Kapitalerhöhungen		301.187,56		
Veränderung eigener Aktien	9.334,00	- 133.207,51		
Dividendenzahlung				
Veränderungen im Konsolidierungskreis/ sonstige Veränderungen		- 241.679,79		
Eigenkapital 31.12.2007	45.502.738,00	60.903.955,41	22.495.565,10	1.227.280,69
Konzernjahresergebnis				
Einstellung in die Gewinnrücklagen			21.000.000,00	
Gewinne/Verluste				
Netto-Veränderungen der Neubewertungsrücklage				- 867.844,28
Netto-Veränderungen der Währungsrücklage				
Umfassendes Periodenergebnis 2008			21.000.000,00	- 867.844,28
Veränderung eigener Aktien	- 67.551,00	424.205,92		
Dividendenzahlung				
Veränderungen im Konsolidierungskreis/ sonstige Veränderungen		- 490.601,79		
Eigenkapital 31.12.2008	45.435.187,00	60.837.559,54	43.495.565,10	359.436,41

Zum 31.12.2008 betrug das gezeichnete Kapital der Baader Bank AG gemäß Satzung € 45.908.682,00 und war in 45.908.682 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Nach Abzug der zum 31.12.2008 im Bestand befindlichen Aktien von 473.495 Stück betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 45.435.187,00. Von der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 26.06.2008 zum Erwerb eigener Aktien für Zwecke des

Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG wurde im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht. Von dem Hauptversammlungsbeschluss vom 26.06.2008 zur Ermächtigung des Erwerbs eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel wurde im Geschäftsjahr 2008 Gebrauch gemacht.

Rücklage aus Währungs- umrechnung €	Konzerngewinn €	Gesamt vor Fremdanteilen €	Anteile im Fremdbesitz €	Eigenkapital €
- 736,70	30.667.902,22	151.263.702,62	1.362.441,73	152.626.144,35
				- 1.074.434,90
- 736,70	30.667.902,22	151.263.702,62	1.362.441,73	151.551.709,45
	- 387.557,89	- 387.557,89		- 387.557,89
	29.029.567,11	29.029.567,11		29.029.567,11
	- 15.570.000,00	0,00		0,00
			- 56.764,54	- 56.764,54
		- 4.898.197,26		- 4.898.197,26
- 8.933,06		- 8.933,06		- 8.933,06
- 8.933,06	13.072.009,22	22.660.444,00	- 56.764,54	22.603.679,46
		301.187,56	370.874,94	672.062,50
		- 123.873,51		- 123.873,51
	- 11.365.565,80	- 11.365.565,80		- 11.365.565,80
		- 241.679,79	- 268.351,28	- 510.031,07
- 9.669,76	32.374.345,64	162.494.215,08	1.408.200,85	163.902.415,93
	8.607.766,01	8.607.766,01		8.607.766,01
	- 21.000.000,00	0,00		0,00
			151.637,62	151.637,62
		- 867.844,28		- 867.844,28
62.445,89		62.445,89		62.445,89
62.445,89	- 12.392.233,99	7.802.367,62	151.637,62	7.954.005,24
		356.654,92		356.654,92
	- 11.380.764,62	- 11.380.764,62		- 11.380.764,62
		- 490.601,79	- 125.023,21	- 615.625,00
52.776,13	8.601.347,03	158.781.871,21	1.434.815,26	160.216.686,47

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zusammensetzung und die Entwicklung des Zahlungsmittelbestandes im Geschäftsjahr. Sie ist aufgeteilt in die Abschnitte Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Cashflow aus der Investitionstätigkeit und Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit. Durch diese Aufteilung soll gezeigt werden, wie im Konzern liquide Mittel generiert und im Geschäftsjahr verwendet wurden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erfasst alle Transaktionen, die nicht unmittelbar der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind. Die hier abgebildeten Vorgänge ergeben sich insbesondere aus dem operativen Geschäft des Konzerns. Hier werden Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Wertpapieren des Handelsbestands und anderen Aktiva ausgewiesen. Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und andere Passiva gehören ebenfalls zur operativen Geschäftstätigkeit. Auch alle Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt die Mittelverwendung im Konzern. Er soll Informationen liefern, wie die liquiden Mittel für die Erzielung künftiger Erfolge und künftiger Einnahmeüberschüsse verwendet wurden. Die hier abgebildeten Geschäftsvorfälle betreffen Zahlungsvorgänge für Wert-

papiere des Anlagevermögens und Beteiligungen sowie für Sachanlagen und Auszahlungen für den Erwerb von Tochterunternehmen.

Im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit werden alle Zahlungsvorgänge im Zusammenhang mit dem Eigenkapital und mit den Anteilseignern dargestellt. Auch ausgeschüttete Dividenden werden hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelfonds besteht ausschließlich aus der Barreserve, die sich aus Kassenbeständen und Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zusammensetzt (vgl. Note 27). Nicht einbezogen werden täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für die Bank weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

	2008 T€	2007 T€
1. Periodenergebnis (inkl. konzernfremden Gesellschaftern zustehender Ergebnisanteil)	8.759	28.585
2. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sachanlagen und Wertpapiere des Anlagevermögens	13.279	5.248
3. Veränderung der Rückstellungen	- 6.536	- 2.143
4. Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	1.432	- 249
5. Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen und Wertpapieren des Anlagevermögens	57	- 4.848
6. Sonstige Anpassungen (Saldo)	- 517	- 140
7. = Zwischensumme	16.474	26.453
8. Forderungen		
Forderungen an Kreditinstitute	- 77.626	- 11.899
Forderungen an Kunden	- 19.577	10.487
9. Wertpapiere (soweit nicht Anlagevermögen)	58.144	- 14.339
10. Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	6.307	- 2.676
11. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.083	- 6.693
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	56.681	9.431
12. Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	- 259	- 13
13. Erhaltene Zinsen und Dividenden	5.324	5.521
14. Gezahlte Zinsen	- 2.722	- 961
15. Ertragsteuerzahlungen	- 1.997	- 4.363
16. = Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	52.832	10.948
17. Einzahlungen aus Abgängen		
Abgänge von Wertpapieren aus dem Anlagevermögen	0	9.518
Abgänge aus dem Sachanlagevermögen	0	15
18. Auszahlungen für Investitionen		
Auszahlungen für Wertpapiere des Anlagevermögens	- 1.297	- 4.063
Auszahlungen in das Sachanlagevermögen	- 191	- 585
Auszahlungen in das immaterielle Anlagevermögen	- 2.156	- 898
19. Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	- 39.810	- 700
20. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 43.454	3.287
21. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	1.025
22. Dividendenzahlungen	- 11.381	- 12.472
23. Sonstige Auszahlungen	- 112	0
24. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 11.493	- 11.447
25. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe 16, 20, 24)	- 2.115	2.788
26. Wechselkurs- und konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	63	0
27. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.273	485
28. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.221	3.273
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds zum 31.12.		
Barreserve	1.221	3.273

ANHANG (NOTES)

Angaben zum Unternehmen

Baader Bank AG
Weihenstephaner Straße 4
85716 Unterschleissheim
Deutschland

Tel. +49 89/5150-0
Fax +49 89/5150-1111
www.baaderbank.de
info@baaderbank.de

Die Gesellschaft ist im Registergericht München mit der Geschäftsnummer HRB 121537 eingetragen.

Unternehmensgegenstand der berichtenden Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen, insbesondere

- die Annahme fremder Gelder als Einlagen oder anderer unbedingt rückzahlbarer Gelder des Publikums, sofern der Rückzahlungsanspruch nicht in Inhaber- oder Orderschuldverschreibungen verbrieft wird, ohne Rücksicht darauf, ob Zinsen vergütet werden (Einlagengeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG),
- die Gewährung von Gelddarlehen und Akzeptkrediten (Kreditgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 KWG)
- die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im eigenen Namen für fremde Rechnung (Finanzkommissionsgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG),
- die Verwahrung und die Verwaltung von Wertpapieren für andere (Depotgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 KWG),
- die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen für andere (Garantiegeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KWG),
- die Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Abrechnungsverkehrs (Girogeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 KWG),
- die Übernahme von Finanzinstrumenten für eigenes Risiko zur Platzierung oder die Übernahme gleichwertiger Garantien (Emissionsgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 KWG),
- die Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten oder deren Nachweis (Anlagevermittlung gemäß § 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 KWG),
- die Abgabe von persönlichen Empfehlungen an Kunden oder deren Vertreter, die sich auf Geschäfte mit bestimmten Finanzinstrumenten beziehen, sofern die Empfehlung auf eine Prüfung der persönlichen Umstände des Anlegers gestützt oder als für ihn geeignet dargestellt wird und nicht ausschließlich über Informationsverbreitungs Kanäle oder

für die Öffentlichkeit bekannt gegeben wird (Anlageberatung gemäß § 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 a KWG),

- das Platzieren von Finanzinstrumenten ohne feste Übernahmeverpflichtung (Platzierungsgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 c KWG),
- die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im fremden Namen für fremde Rechnung (Abschlussvermittlung gemäß § 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 2 KWG),
- die Verwaltung einzelner in Finanzinstrumenten angelegter Vermögen für andere mit Entscheidungsspielraum (Finanzportfolioverwaltung gemäß § 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 3 KWG),
- die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten für eigene Rechnung als Dienstleistung für andere (Eigenhandel gemäß § 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 4 KWG)

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Hierzu gehören auch die Errichtung von Zweigniederlassungen und anderen Unternehmen sowie die Beteiligung an solchen im In- und Ausland. Die Baader Bank AG steht im Mehrheitsbesitz der Baader Beteiligungs GmbH, München. Diese ist die oberste Muttergesellschaft der Baader-Gruppe.

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der Baader Bank AG zum 31.12.2008 wurde im Einklang mit den Richtlinien 83/349/EWG (Konzernbilanzrichtlinie) und 86/635/EWG (Bankbilanzrichtlinie), auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) bzw. International Accounting Standards (IAS), und deren Auslegungen durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) bzw. Standing Interpretations Committee (SIC) aufgestellt.

Gemäß § 315 a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.07.2002 sind die IAS/IFRS seit dem 01.01.2005 für alle kapitalmarktorientierten Unternehmen in der Europäischen Union verbindlich anzuwenden. Eine Übersicht über die angewendeten Regelungen befindet sich auf den folgenden Seiten.

Dem erforderlichen Einklang mit der Bankbilanzrichtlinie wurde durch entsprechende Aufgliederung der Posten in Bilanz, Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie im Anhang genügt. Der Konzernabschluss orientiert sich auch an den vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Standards, insbesondere solchen, die Spezialregelungen für Kreditinstitute enthalten. Eine Übersicht über die angewendeten Regelungen befindet sich ebenfalls auf den folgenden Seiten.

Neben der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung beinhaltet der Konzernabschluss als weitere Komponenten eine Eigenkapitalveränderungsrechnung, eine Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs.

Der Konzernlagebericht erfüllt die Anforderungen gemäß § 315 HGB. Er enthält gemäß § 315 HGB auch einen Risikobericht, einen Vergütungsbericht und einen Kapitalbericht.

Im vorliegenden Abschluss sind alle Beträge, sofern nicht gesondert darauf eine andere Währung hingewiesen wird, in Euro dargestellt.

Der Bilanzstichtag ist der 31.12.2008. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundsätze

Der zum Stichtag 31.12.2008 aufgestellte Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Erträge und Aufwendungen werden zeitan- teilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die Rechnungslegung erfolgt im Geschäftsjahr 2008 – wie schon in den Vorjahren – unter Anwendung von IAS 39 und der durch diese Vorschrift festgelegten unterschiedlichen Klassifizierungs- und Bewertungsprinzipien. Um den unterschiedlichen Regeln dieses Standards gerecht zu werden, wurden dabei finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten in folgende Kategorien eingeteilt:

1. Kredite und Forderungen
2. Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte
3. Handelsaktiva (zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte)
4. Available-for-Sale-Bestände (zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)
5. Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

Für derivative Sicherungsinstrumente finden die detaillierten Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen Anwendung (zur weiter gehenden Erläuterung vgl. Note 7). Um den erweiterten Angaben des IFRS 7 für Finanzinstrumente gerecht zu werden, wurde eine weitere Kategorisierung der Finanzinstrumente vorgenommen:

1. Finanzinstrumente, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten
2. Finanzinstrumente, bewertet zum beizulegenden Zeitwert, erfolgswirksam
3. Finanzinstrumente, bewertet zum beizulegenden Zeitwert, erfolgsneutral
4. Finanzinstrumente, die nicht unter IFRS 7 fallen

Die Rechnungslegung im Baader-Konzern erfolgt gemäß IAS 27 unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Alle vollkonsolidierten Unternehmen haben ihre Einzelabschlüsse zum Stichtag 31.12.2008 aufgestellt.

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, so wurden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse.

Grundsätzlich wurden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Vergleich zum Konzernabschluss zum 31.12.2007 beibehalten. Bei der Bilanzierung und Bewertung von Rückdeckungswerten für Pensionsverpflichtungen wurde eine Änderung der Bilanzierung aufgrund eines Bilanzierungsfehlers in Vorjahren im Rahmen von IAS 8 vorgenommen. Der Fehler wurde gemäß IAS 8.42 rückwirkend korrigiert. Die Vergleichszahlen in den Notes für den 31.12.2007 wurden entsprechend angepasst (vgl. Note 6).

(2) Angewandte Vorschriften

Der Baader-Konzern verwendet bei seiner Rechnungslegung alle zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages gültigen Standards. Standardänderungen, die erst ab dem Geschäftsjahr 2009 gültig sind, wurden in dem vorliegenden Abschluss noch nicht beachtet. Dies sind im Besonderen die geänderten Fassungen der Standards IAS 1, IAS 27, IFRS 3 und IFRS 8.

Der Konzernabschluss zum 31.12.2008 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept und auf folgenden relevanten IAS/IFRS:

Die nicht berücksichtigten Standards sind für den Konzernabschluss entweder nicht einschlägig oder nicht anzuwenden.

IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Rechnungslegungsmethoden, Änderungen von rechnungslegungsbezogenen Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 14	Segmentberichterstattung
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Umsatzerlöse
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Wechselkursänderungen
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und Einzelabschlüsse
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung
IAS 33	Ergebnis je Aktie
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IFRS 2	Anteilsbasierte Vergütung
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben

Im Geschäftsjahr 2008 war mit Ausnahme von IFRIC 10 (Zwischenberichterstattung und Wertminderung) keine der gültigen Interpretationen des SIC bzw. IRFIC einschlägig und daher zu berücksichtigen.

Mit der Verabschiedung des DRÄS 3 durch den Deutschen Standardisierungsrat (DSR) und seiner Bekanntmachung im Bundesanzeiger am 31.08.2005 wurden die Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) dahingehend geändert, dass diese grundsätzlich nicht anzuwenden sind, wenn der Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards im Sinne von § 315a HGB aufgestellt wird. Ausgenommen von dieser Regelung sind der DRS 15 (Lageberichterstattung) und der ergänzende DRS 5 (Risikoberichterstattung) bzw. 5-10 (Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten), die im Konzernabschluss berücksichtigt wurden.

Darüber hinaus wurden im Konzern folgende vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet, da sie weiter gehende Vorschriften für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute enthalten:

DRS 2-10	Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten
DRS 3-10	Segmentberichterstattung von Kreditinstituten
DRS 15 a	Übernahmerechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht
DRS 17	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31.12.2008 einbezogen sind neben der Baader Bank AG als Mutterunternehmen sechs Tochterunternehmen (Vorjahr sechs Tochterunternehmen), an denen die Baader Bank AG direkt oder indirekt mehr als 50% der Anteile hält oder einen beherrschenden Einfluss ausübt.

Von diesen Unternehmen haben fünf ihren Sitz im Inland und eines hat seinen Sitz im Ausland. Tochterunternehmen oder assoziierte Unternehmen mit untergeordneter Bedeutung für den Einblick in Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bestehen grundsätzlich nicht.

In dem Konzernabschluss werden als vollkonsolidierte Unternehmen abgebildet:

Gesellschaft	Sitz		Anteile am Kapital %	Grund- kapital	Eigen- kapital	Bilanz- summe	Jahres- ergebnis	Erstkonsolidierung
Baader Management AG	Unterschleissheim	T€	100,0	50	48	49	- 1	31.12.2003
Baader Service Bank GmbH	Unterschleissheim	T€	100,0	16.000	18.069	99.969	- 2.694	30.09.2004
Baader Heins & Seitz Capital Management AG	Unterschleissheim	T€	75,0	50	856	2.105	488	01.01.2005
Conservative Concept Portfolio Management AG	Bad Homburg	T€	59,82	140	1.846	2.430	57	01.10.2006
direct AG	Bad Homburg	T€	100,0 ¹⁾	266	1.491	1.621	- 372	01.10.2006
Conservative Concept AG	Zug, Schweiz	T€	100,0 ¹⁾	63	1.057	1.668	442	01.10.2006

Die Unternehmensangaben basieren auf den entsprechenden IFRS-Einzelabschlüssen.

Die DBM Deutsche Börsenmakler GmbH, Frankfurt a. M., an der sich die Baader Bank AG im Februar 2008 rückwirkend zum 01.01.2008 zu 100% beteiligt hatte, wurde mit dem Handelsregistereintrag (HRB 121537) zum 16.06.2008 rückwirkend zum 01.01.2008 rechtswirksam auf die Baader Bank AG verschmolzen. Baader ist damit die führende Skontroführergesellschaft im börslichen Handel mit aktiv verwalteten Fonds. Darüber hinaus war die DBM Skontroführer für verbriefte Derivate und Aktien an der Frankfurter Wertpapierbörse und Skontroführer für Renten und verbriefte Derivate an der Börse Düsseldorf. Des Weiteren war die DBM im Vermittlungsgeschäft von Aktien mit nationalen und internationalen Banken tätig und war führender Anbieter von Finanzportalen für Renten und Fonds. Auch diese Geschäftsbereiche wurden im Rahmen der Verschmelzung übernommen und in die Baader Bank AG integriert. Der Kaufpreis für diesen Anteilserwerb betrug T€ 39.194 und wurde in bar beglichen.

Im Rahmen der Erstkonsolidierung der DBM waren für Zwecke der Verteilung des Gesamtkaufpreises von T€ 39.194 die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen, identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden zum Erwerbszeitpunkt zu ermitteln (Neubewertungsmethode). Außerdem waren bei der DBM bislang nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte zu identifizieren und zu bewerten, sofern sie die Ansatzkriterien erfüllte.

Bei der Neubewertung der bereits bilanzierten Vermögenswerte und Schulden wurden stille Reserven und Lasten in Höhe von T€ 778 abzüglich aktiver und passiver latenter Steuern

von T€ 143 aufgedeckt. Es ergab sich somit ein neu bewertetes Eigenkapital von T€ 9.829.

Für den Erwerb der Anteile an der DBM wurde neben dem Eigenkapital ein Agio bezahlt, das wesentlich auf bislang nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte der Gesellschaft entfällt. Als ansatzfähige immaterielle Vermögensgegenstände wurden die von der Gesellschaft betreuten Fonds-, Aktien- und Derivatekonten identifiziert. In Anlehnung an die derzeit gültige Bilanzierungspraxis für Skontren und den Planungszeitraum der langfristigen Unternehmensplanung des Baader-Konzerns wurden als Nutzungsdauer für die Skontren 10 Jahre angesetzt.

Die Wertermittlung der Skontren erfolgte unter Anwendung eines anerkannten Bewertungsverfahrens, der Discounted-Cash-Flow-Methode, durch Diskontierung der für die Skontren direkt zurechenbaren und erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse nach Steuern mithilfe eines risikoadäquaten und fristenkongruenten Kapitalisierungszinssatzes.

Der Gesamtwert der im Rahmen des Erwerbs und der Verschmelzung erstmals zu bilanzierenden Skontren beläuft sich zum Erwerbszeitpunkt 01.01.2008 auf einen beizulegenden Zeitwert von T€ 11.589, darauf entfallen passive latente Steuern von T€ 3.372 bei einem Steuersatz von 29,10%. Bei Anschaffungskosten von T€ 39.194 und einem neu bewerteten Eigenkapital von T€ 9.829 ergab sich somit ein Geschäfts- und Firmenwert in Höhe von T€ 21.148.

1) Die Anteile an der direct AG, Bad Homburg, werden unmittelbar zu 75% von der Baader Bank AG gehalten. Die restlichen 25% hält die CCPM AG. Die Anteile an der Conservative Concept AG, Zug, Schweiz, werden mittelbar über die Beteiligung an der CCPM AG gehalten. Die Zahlen der CC AG wurden umgerechnet (€/CHF 1,485).

Die erworbenen Vermögenswerte und Schulden der DBM stellen sich zum Erstkonsolidierungszeitpunkt 01.01.2008 wie folgt dar:

	Buchwert T€	Anpassungen T€	Zeitwert T€
Vermögenswerte			
Barreserve	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	15.825	0	15.825
Finanzaktiva	14.714	0	14.714
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	297	11.589	11.886
Geschäftswert	0	21.148	21.148
Ertragsteueransprüche und aktive latente Steuern	193	0	193
Sonstige Aktiva	329	0	329
Schulden			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	16.463	0	16.463
Ertragsteuerverpflichtungen und passive latente Steuern	485	3.372	3.857
Rückstellungen und sonstige Passiva	4.581	0	4.581
Eigenkapital	9.829	29.365	39.194

Aufgrund der Verschmelzung der DBM auf die Baader Bank AG mit Wirkung zum 01.01.2008 wird die DBM im Baader-Konzern nicht mehr als eigenständige Geschäftseinheit geführt. Eine Angabe des auf die DBM entfallenden Ergebnisses für das Geschäftsjahr 2008 nach IFRS 3.67(i) ist deshalb nicht möglich.

Die Baader Bank AG hat bei der bisher zu 100% über die CCPM gehaltenen mittelbaren Tochtergesellschaft direct AG unter Ausschluss des Bezugsrechts eine Kapitalerhöhung in Höhe von T€ 1.397 gezeichnet und damit 75% der Anteile an der direct AG erworben. Die Eintragung der Kapitalerhöhung erfolgte im Januar 2008. Aus Konzernsicht haben sich jedoch keine Änderungen der Konsolidierung ergeben.

Die Baader Bank AG hat ihre Beteiligung an dem Tochterunternehmen Conservative Concept Portfolio Management AG (CCPM), Bad Homburg, im Juni 2008 um 4,46% auf 59,82% erhöht. Der Kaufpreis für die Anteilserhöhung von 4,46% betrug T€ 296. Damit liegen die kumulierten Anschaffungskosten der Beteiligung bei T€ 3.665. Dieser nicht unter IFRS 3 fallende Erwerb wurde als Transaktion mit den Minderheitsanteilseignern dargestellt. Die Aufwendungen wurden erfolgsneutral im Eigenkapital verrechnet.

Bei der Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH wurde im August des laufenden Geschäftsjahres eine ordentliche Kapitalerhöhung in Höhe von € 10,0 Mio. durchgeführt. Damit

wurde die infolge des erhöhten Wertberichtigungsbedarfs auf Kundenforderungen (T€ -2.980) geschmälernte Eigenkapitalbasis gestärkt. Aufgrund des negativen Ergebnisbeitrags und der zu dem Zeitpunkt bestehenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Wertberichtigung von Kundenforderungen wurde der bei der Erstkonsolidierung entstandene Geschäftswert von T€ 962 bereits zum Zwischenabschluss 30.09.2008 vollständig wertberichtigt und gemäß IFRIC 10.8 zum 31.12.2008 nicht wertaufgeholt.

Mit Kaufvertrag vom 10.12.2008 hat die Baader Bank AG weitere 5% der Anteile an der Baader Heins & Seitz Capital Management AG erworben. Damit steigt die Beteiligungsquote auf insgesamt 75%. Der Kaufpreis für die Anteilserhöhung betrug T€ 320. Dieser nicht unter IFRS 3 fallende Erwerb wurde als Transaktion mit den Minderheitsanteilseignern dargestellt. Die Aufwendungen wurden erfolgsneutral im Eigenkapital verrechnet.

Insgesamt wurden vier Unternehmen (Vorjahr drei Unternehmen) und Anteile an zwei Sondervermögen (Vorjahr fünf) nach dem Investmentgesetz im Geschäftsjahr 2008 als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen und gemäß IAS 28 nach der Equity-Methode bewertet:

Gesellschaft	Sitz	Anteile am Kapital %	Buchwert der Anteile T€	Vermögen T€	Eigenkapital T€	Schulden T€	Jahres- ergebnis T€	Zeitwert der Anteile T€
SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG	Darmstadt	39,81	141	4.681 ¹⁾	4.255 ¹⁾	426 ¹⁾	1.412 ¹⁾	1.527
BAM Berlin Asset Management GmbH	Berlin	30,00	98	572 ²⁾	331 ²⁾	241 ²⁾	89 ²⁾	6)
Parsoli Corporation Ltd.	Mumbai, Indien	21,93	1.152	10.575 ³⁾	5.788 ³⁾	4.787 ³⁾	- 167 ³⁾	2.207
Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C.	Muscat, Oman	24,90	5.008	23.635 ⁴⁾	17.520 ⁴⁾	6.115 ⁴⁾	- 654 ⁴⁾	6)
Herald Europe Fonds	Frankfurt	45,59	9.754	21.396	-	-	5)	9.754
Conservative Concept Hedge Fonds	Cayman Islands	41,53	481	860	-	-	5)	481

Es handelt sich bis auf die SPAG um Sondervermögen bzw. Finanzdienstleistungsunternehmen, die keine Umsatzerlöse erzielen. Die SPAG weist keine Umsatzerlöse aus.

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 09.07.2008 der SPAG wurde eine Kapitalherabsetzung im Verhältnis 4 : 1 beschlossen. Der aus der Kapitalherabsetzung gewonnene Betrag in Höhe von € 3.900.000,00 soll zur Auszahlung an die Aktionäre verwendet werden.

Nach Eintragung der Kapitalherabsetzung bei dem assoziierten Unternehmen SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG im September 2008 wurde die bisherige (einheitliche) Bilanzierung des Aktienbestandes SPAG in zwei Vermögenswerte aufgeteilt:

- Bilanzierung einer (von der Aktie abgespaltenen) Forderung an die SPAG auf Auszahlung der Kapitalherabsetzung in Höhe von € 1.552.560,00 (€ 60,00 je Aktie) unter den Forderungen an Kunden.
- Bilanzierung der SPAG-Aktien (nach Kapitalherabsetzung) als at Equity bewertetes Unternehmen, das auf Basis des anteiligen Eigenkapitals zum Bilanzstichtag 31.12.2007 abzüglich der Höhe der abgespaltenen Forderung (€ 65,46 bis € 60,00 je Aktie) bewertet wurde.
- Der Börsenkurs für die SPAG-Aktie zum 31.12.2008 beträgt € 59,00. Der Zeitwert der Anteile beläuft sich somit auf T€ 1.527. Hierbei wurde die Abspaltung der Forderung noch nicht berücksichtigt.

Aufgrund der Abspaltung einer derzeit als werthaltig zu qualifizierenden Forderung an die SPAG entstand im Berichtsjahr ein Bewertungsgewinn in Form einer Zuschreibung von T€ 33 zum at Equity Buchwert.

Durch die Verschmelzung der DBM ist die Baader Bank AG unmittelbar an der BAM Berlin Asset Management GmbH zu 30% beteiligt. Die Berlin Asset Management GmbH wird als at Equity bewertetes Unternehmen in den Konzernabschluss mit einbezogen. Die Beteiligung wurde im Rahmen der Kaufpreisallokation neu bewertet. Die Neubewertung entspricht dem anteiligen Eigenkapital und belief sich auf T€ 159. Ein Geschäftswert besteht somit nicht. Die Berlin Asset Management GmbH ist in den Bereichen Full-Service-Asset-Management-Consulting für Institutionen und Vermögensstrukturberatung sowie allokatonsorientierte Finanzportfolioverwaltung für vermögende Privatkunden tätig.

Die Ende März 2007 in Höhe von T€ 4.959 gezeichnete Wandelschuldverschreibung der Parsoli Corporation Ltd., die verpflichtend nach einem Jahr in Eigenkapital umgewandelt werden sollte, ist bis zum Bilanzstichtag noch nicht gewandelt worden. Es ist derzeit auch nicht abzusehen, zu welchem Zeitpunkt die Wandlung vollzogen wird. Nach Umwandlung wird sich der Anteil auf über 40% erhöhen. Bis dahin wird diese Wandelschuldverschreibung als Vermögensgegenstand unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen und in Anlehnung an den aktuellen Börsenkurs bewertet.

1) Zahlen basieren auf geprüfem Jahresabschluss zum 31.12.2007.

2) Zahlen basieren auf dem ungeprüften Jahresabschluss zum 31.12.2008.

3) Zahlen basieren auf ungeprüfem Zwischenabschluss zum 31.12.2008 (Wirtschaftsjahr: 01.04.2008-31.03.2009); Eigenkapital, Vermögen, Schulden und Jahresergebnis wurden um Prüfungsfeststellungen zum Jahresabschluss 31.03.2008 bereinigt und umgerechnet (€/INR 67,9615).

4) Zahlen basieren auf ungeprüfem Jahresabschluss zum 31.12.2008; Eigenkapital, Vermögen, Schulden und Jahresergebnis wurden umgerechnet (€/OMR 0,53815).

5) Der Anteil am Ergebnis des Herald Europe Fonds beträgt T€ 837. Der Anteil am Ergebnis des CC Hedge Fonds beträgt T€ - 24.

6) Kein öffentlicher Marktpreis vorhanden.

Die Baader Bank AG hat im Juni 2008 eine Kapitalerhöhung der Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C., Oman, in Höhe von T€ 1.297 gezeichnet. Die Beteiligungsquote bleibt unverändert bei 24,90%. Die Anschaffungskosten der Beteiligung erhöhten sich dadurch von T€ 3.589 auf T€ 4.886.

Für die oben genannten Investmentfonds liegt die Beteiligungsquote über 20%, jedoch unter 50%. Somit liegt die widerlegbare Vermutung des maßgeblichen Einflusses vor. Da es im Sinne des Investmentgesetzes keine Stimmrechte für Son-

dervermögen gibt, ist bei der Untersuchung des maßgeblichen Einflusses nicht nur auf die Beteiligungsquote abzustellen. Entsprechend sind die in IAS 28.7 aufgeführten Kriterien für das Vorliegen von maßgeblichem Einfluss auf Sondervermögen anzuwenden. Daraus ergibt sich, dass kein maßgeblicher Einfluss vorliegt, wenn der Anleger weder beratend noch verwaltend oder verwahrend tätig wird. Dies ist im Konzern der Baader Bank AG nicht gegeben und somit liegt ohne die Möglichkeit eines beherrschenden Einflusses ein maßgeblicher Einfluss vor.

(4) Unternehmenszusammenschlüsse nach dem Bilanzstichtag

Mit Wirkung zum 01.01.2009 hat sich die Baader Bank AG zu 100% an der N. M. Fleischhacker AG (NMF) beteiligt. Mit diesem Erwerb baut die Baader Bank AG ihre führende Stellung als Spezialist im Wertpapierhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse weiter aus. Das Spektrum der von Fleischhacker betreuten Wertpapiere reicht von in- und ausländischen Aktien im regulierten sowie unregulierten Markt über Anleihen bis hin zu aktiv gemanagten Fonds.

Der Kaufpreis setzt sich zusammen aus dem zum 31.12.2008 im Rahmen des Jahresabschlusses der NMF ermittelten und testierten Eigenkapital und einem Agio in Höhe von T€ 2.000. Der vertraglich vereinbarte Teststermin ist der 17.04.2009. Damit kann der endgültige Kaufpreis zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht verlässlich bestimmt werden. Auf Basis des vorläufigen, ungeprüften Jahresabschlusses der NMF wäre ein Kaufpreis von T€ 7.818 fällig.

Für Zwecke der Verteilung des Agios von T€ 2.000 sind die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen, identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden zum Erwerbszeitpunkt zu ermitteln (Neubewertungsmethode). Außerdem sind bei NMF bislang nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte zu identifizieren und zu bewerten, sofern sie die Ansatzkriterien erfüllen.

Stille Reserven und Lasten in bereits bilanzierten Vermögenswerten und Schulden sind nicht zu erkennen. Das gezahlte Agio entfällt somit ausschließlich auf bislang nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte der Gesellschaft. Als ansatzfähige immaterielle Vermögensgegenstände wurden die von der Gesellschaft betreuten Aktien-, Renten- und Rohstoffskontren identifiziert. In Anlehnung an die derzeit gültige Bilanzierungspraxis für Skontren und den Planungszeitraum der langfristigen Unternehmensplanung des Baader-Konzerns werden als Nutzungsdauer für die Skontren zehn Jahre angesetzt.

Die Wertermittlung der Skontren erfolgte unter Anwendung eines anerkannten Bewertungsverfahrens, der Discounted-Cashflow-Methode, durch Diskontierung der für die Skontren direkt zurechenbaren und erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse nach Steuern mithilfe eines risikoadäquaten und fristenkongruenten Kapitalisierungszinssatzes.

Der Gesamtwert der im Rahmen des Erwerbs und der Verschmelzung erstmals zu bilanzierenden Skontren beläuft sich zum Erwerbszeitpunkt 01.01.2009 auf einen beizulegenden Zeitwert von T€ 4.500, darauf entfallen passive latente Steuern von T€ 1.318 bei einem Steuersatz von 29,28%. Damit ergibt sich ein negativer Geschäfts- und Firmenwert in Höhe von T€ 1.182, der im Jahr 2009 erfolgswirksam in der Position sonstige betriebliche Erträge erfasst werden wird. Es ist davon auszugehen, dass sich durch die Integration der NMF in den Baader-Konzern ein Rückstellungsbedarf für langlaufende vertragliche Verpflichtungen und Abfindungen ergeben wird, der der Höhe nach den negativen Firmenwert übersteigen wird.

Derzeit ist für die NMF noch kein IFRS-Jahresabschluss zum 31.12.2008 verfügbar. Der nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellte Jahresabschluss befindet sich noch in Prüfung. Vor diesem Hintergrund ist die Angabe der IFRS-Buchwerte sowie der Beträge, die für jede Klasse von Vermögenswerten und Schulden der NMF im Rahmen der Erstkonsolidierung angesetzt werden, zum gegenwärtigen Zeitpunkt praktisch undurchführbar.

(5) Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß der in IFRS 3 beschriebenen Erwerbsmethode. Zum Erwerbszeitpunkt werden die Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses auf die identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden des erworbenen Unternehmens verteilt und mit ihrem zum Erwerbszeitpunkt gültigen beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den neu bewerteten Vermögenswerten und Schulden stellt den Geschäfts- oder Firmenwert dar. Der erworbene Geschäfts- oder Firmenwert stellt eine Zahlung dar, die der Erwerber in der Erwartung künftigen wirtschaftlichen Nutzens aus Vermögenswerten, die nicht einzeln identifiziert oder getrennt angesetzt werden können, geleistet hat. Ein Geschäfts- oder Firmenwert aus einem Unternehmenszusammenschluss darf nicht abgeschrieben werden. Stattdessen ist gemäß IAS 36 ein jährlicher Wertminderungstest durchzuführen (Impairment-only Approach). Passivische Unterschiedsbeträge werden sofort erfolgswirksam erfasst.

Die Tochtergesellschaften werden ab dem Erwerbszeitpunkt in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Die Anwendung der Erwerbsmethode beginnt zum Erwerbszeitpunkt, d. h. zu dem Zeitpunkt an dem der Erwerber tatsächlich die Beherrschung über das erworbene Unternehmen erlangt. Geschieht dies durch sukzessiven Erwerb von Anteilen, werden zu jedem einzelnen Transaktionszeitpunkt die Anschaffungskosten und die Informationen zu den beizulegenden Zeitwerten der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden benutzt, um den Betrag des Geschäfts- oder Firmenwertes für jede einzelne Transaktion zu ermitteln.

Wird im Berichtsjahr bei einem voll zu konsolidierenden Unternehmen die Erstkonsolidierung auf den Bilanzstichtag durchgeführt, werden die Posten der Gewinn-und-Verlust-

Rechnung für das gesamte Geschäftsjahr übernommen, wird die Erstkonsolidierung nicht auf den Bilanzstichtag durchgeführt, werden die GuV-Daten anteilig ab dem Stichtag der Erstkonsolidierung im Konzernabschluss berücksichtigt.

Anteile an Tochterunternehmen, die wegen Geringfügigkeit nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, sind nach IAS 27.37 grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder nach den Vorschriften des IAS 39 zu bewerten.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen, die auf Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen basieren, die in den Konzernabschluss einbezogen sind, werden im Rahmen der Schuldenkonsolidierung bzw. der Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert; im Konzern angefallene Zwischenergebnisse werden herausgerechnet, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert und unter der Bilanzposition Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen separat ausgewiesen. Zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss wird dem Wertansatz der entsprechenden Beteiligung das zum Marktwert (Fair Value) bewertete anteilige Eigenkapital des assoziierten Unternehmens gegenübergestellt. Ein sich ergebender Unterschiedsbetrag (Geschäfts- oder Firmenwert) wird in den Notes angegeben und nach IFRS 3 gemäß dem Impairment-only Approach behandelt. Der Wertansatz der Beteiligung wird in den Folgeperioden fortgeschrieben. Die erfolgswirksame und erfolgsneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwertes basiert auf den aufgestellten Abschlüssen der assoziierten Unternehmen.

(6) Änderungen in der Bilanzierung

Im Geschäftsjahr 2008 wurde die Bilanzierung von Rückdeckungswerten für Pensionsverpflichtungen, die die Anforderungen berücksichtigungsfähigen Planvermögens erfüllen, aufgrund eines Fehlers in den Vorjahren berichtigt. Die Berichtigungen erfolgten gemäß den Vorgaben von IAS 8.42 retrospektiv durch Anpassung der Werte der Vorjahre.

In den vergangenen Geschäftsjahren wurden die mit den Pensionsverpflichtungen (DBO) gemäß versicherungsmathematischen Gutachten saldierten Planvermögen weiterhin als Vermögensgegenstände unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen. Die Pensionsrückstellungen (DBL), die sich aus den Gutachten ergaben, wurden jedoch in korrekter Höhe ausgewiesen. In Höhe der bilanzierungsseitig nicht berücksichtigten Planver-

mögen wurde in der Folge ein zu geringer Pensionsaufwand gebucht.

Zum 31.12.2006/01.01.2007 wurde die auf frühere Perioden entfallende Berichtigung mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Der auf das Geschäftsjahr 2007 entfallende zu berichtigende Aufwand und die entsprechenden latenten Steuern wurden zulasten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung 2007 korrigiert.

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung der vorgenommenen Korrekturen auf die entsprechenden Abschlusspositionen.

	Berichtigungen			
	31.12.2007 vor Berichtigungen €	31.12.2006/ 01.01.2007 €	31.12.2007 €	31.12.2007 nach Berichtigungen €
Sonstige Aktiva	11.251.594,58	- 1.747.901,26	- 314.147,81	9.189.545,51
Aktive latente Steuern	23.376.535,52	673.466,36	- 73.410,08	23.976.591,80
Aktiva		- 1.074.434,90	- 387.557,89	
Gewinnrücklagen	23.570.000,00	- 1.074.434,90	0,00	22.495.565,10
Passiva		- 1.074.434,90	0,00	
Verwaltungsaufwand	- 75.626.945,51	0,00	- 196.370,16	- 75.823.315,67
Sonstige betriebliche Erträge	4.067.328,67	0,00	- 117.777,65	3.949.551,02
Ertragsteuern	- 6.251.559,59	0,00	- 73.410,08	- 6.324.969,67
GuV		0,00	- 387.557,89	

Das Ergebnis je Aktie hat sich infolge der Berichtigungen um € 0,01 von € 0,64 auf € 0,63 vermindert.

Im Folgenden wurden sämtliche betroffenen Vorjahresangaben (Notes 38, 39, 47, 57, 58, 59, 60, 61 und 67) entsprechend den Korrekturen angepasst. Ebenfalls angepasst wurden die Vergleichswerte zum 31.12.2007 in der Konzernbilanz, Kon-

zern-Gewinn- und -Verlust-Rechnung, Kapitalflussrechnung und im Konzernlagebericht. Die Änderungen im Konzerneigenkapitalspiegel wurden gemäß IAS 1.96(d) entsprechend kenntlich gemacht. Alle Vergleichswerte spiegeln nun den Stand nach der retrospektiven Fehleranpassung wider.

(7) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, zu denen auch derivative Finanzinstrumente zählen, grundsätzlich in der Bilanz zu dokumentieren. Dabei ist der gesamte Bestand in verschiedene Gruppen aufzuteilen und in Abhängigkeit von der jeweiligen Klassifikation zu bewerten.

Die nachstehenden Erläuterungen geben eine Übersicht darüber, wie die Regelungen des Standards im Konzern der Baader Bank AG umgesetzt wurden:

a) Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

aa) Finanzinstrumente, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten:

- Kredite und Forderungen

Dieser Kategorie werden finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungsansprüchen zugeordnet, für die kein aktiver Markt besteht. Ein aktiver Markt ist dann gegeben, wenn notierte Preise regelmäßig, z.B. von einer Börse oder einem Broker, zur Verfügung gestellt werden und diese Preise repräsentativ für aktuelle Transaktionen zwischen fremden Dritten sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

- Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte

Dieser Kategorie (Held-to-Maturity) dürfen nichtderivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen sowie festgelegter Laufzeit dann zugeordnet werden, wenn für sie ein aktiver Markt existiert und wenn die Absicht sowie die Fähigkeit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Der Baader-Konzern verwendet diese Kategorie auch im Geschäftsjahr 2008 nicht.

- Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

Dazu zählen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

ab) Finanzinstrumente, bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert), erfolgswirksam

- Handelsaktiva und Handelspassiva

Den Handelsaktiva werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die zu Handelszwecken gehalten werden. Zu den Handelsaktiva zählen originäre Finanzinstrumente (insbesondere verzinsliche Wertpapiere und Aktien) und derivative Finanzinstrumente mit positivem Marktwert.

Den Handelspassiva werden entsprechend alle finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken gehalten werden. Hierzu zählen insbesondere derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Marktwert sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen.

Derivative Finanzinstrumente werden nach IAS 39 grundsätzlich als Handelsaktiva bzw. Handelspassiva klassifiziert, sofern sie sich nicht als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting qualifizieren.

Handelsaktiva und Handelspassiva werden erstmals sowie zu jedem Bilanzstichtag zum Marktwert (Fair Value) bilanziert. Gewinne und Verluste aus der Bewertung werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

ac) Finanzinstrumente, bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert), erfolgsneutral

- Available-for-Sale-Bestände

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind alle nichtderivativen finanziellen Vermögenswerte, die in keiner der vorgenannten Klassen erfasst wurden. Dabei handelt es sich insbesondere um verzinsliche Wertpapiere, Aktien und Beteiligungen. Sowohl die erstmalige als auch die Folgebewertung wird zum Marktwert (Fair Value) vorgenommen. Das Ergebnis aus der Bewertung wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – grundsätzlich erfolgsneutral in einer gesonderten Rücklage im Eigenkapital (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei der Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung ist die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag zu reduzieren und dieser in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen. Eigenkapitalinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren Marktwert nicht verlässlich ermittelbar ist, sind mit den Anschaffungskosten zu bewerten.

ad) Finanzinstrumente, für die IFRS 7 nicht gilt

- Anteile an Tochterunternehmen nach IAS 27
- Beteiligungen nach IAS 28
- Anteilsbasierte Vergütungen nach IFRS 2

b) Eingebettete Derivate (Embedded Derivatives)

Finanzinstrumente, bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert), erfolgswirksam

IAS 39 regelt auch die bilanzielle Behandlung von eingebetteten Derivaten. Dabei handelt es sich um Derivate, die Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden sind. Solche Finanzinstrumente werden nach IAS 39 auch als Hybrid Financial Instruments bezeichnet. Hybrid Financial Instruments sind z.B. Aktienanleihen (Anleihen mit Rückzahlungsrecht in Aktien) oder Wandelanleihen. Gemäß IAS 39 ist das eingebettete Derivat unter bestimmten Bedingungen vom originären Basisgeschäft zu trennen und separat wie ein freistehendes Derivat zum Marktwert (Fair Value) zu bilanzieren und zu bewerten.

Eine solche bilanzielle Trennungspflicht ist dann gegeben, wenn die Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit denen des originären Trägerinstruments verbunden sind. In diesem Fall ist das eingebettete Derivat als Teil des Handelsbestands anzusehen und zum Marktwert (Fair Value) zu bilanzieren. Bewertungsänderungen sind erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu erfassen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrags folgt hingegen den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments.

Sind die Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats jedoch eng mit denen des originären Trägerinstruments verbunden, wird das eingebettete Derivat nicht getrennt bilanziert und das hybride Finanzinstrument insgesamt nach den allgemeinen Vorschriften der Kategorie bewertet, der das Finanzinstrument zugeordnet wurde.

Wenn ein Unternehmen nach Maßgabe von IAS 39 verpflichtet ist, das eingebettete Derivat getrennt von seinem Basisvertrag zu erfassen, eine gesonderte Bewertung des eingebetteten Derivats aber weder bei Erwerb noch an den folgenden Abschlussstichtagen möglich ist, dann ist der gesamte zusammengesetzte Vertrag wie ein zu Handelszwecken gehaltener Vermögenswert zu behandeln.

c) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Finanzinstrumente, bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert), erfolgswirksam

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, die die oben erläuterten allgemeinen Bilanzierungsregeln für Derivate sowie gesicherte originäre Geschäfte überlagern. Nach den allgemeinen Regelungen werden Derivate als Handelsgeschäfte (Handelsaktiva bzw. Handelspassiva) klassifiziert und zum Marktwert (Fair Value) bewertet. Das

Bewertungsergebnis wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfolgswirksam im Handelsergebnis ausgewiesen.

Werden Derivate zur Absicherung von Risiken aus Nicht-handelsgeschäften eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Bedingungen die Anwendung besonderer Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu. Dabei werden vorwiegend die zwei Formen Fair Value Hedge Accounting und Cash Flow Hedge Accounting unterschieden. Im Baader-Konzern wird in einem Fall das Cash Flow Hedge Accounting angewendet.

Für Derivate, die der Absicherung künftiger Zahlungsströme dienen (Cash Flow Hedges), sieht IAS 39 die Anwendung des Cash Flow Hedge Accounting vor. Ein Risiko hinsichtlich der Höhe künftiger Cash Flows besteht insbesondere für variabel verzinsliche Kredite, Wertpapiere und Verbindlichkeiten sowie erwartete Transaktionen. Daneben sieht IAS 39 die Anwendung der Regelungen des Cash Flow Hedge Accounting auch für die Absicherung künftiger Cash Flows aus schwebenden Geschäften vor.

d) Änderungen an IAS 39 und IFRS 7

Der IASB hat am 13.10.2008 Änderungen an IAS 39 (Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung) und IFRS 7 (Fi-

nanzinstrumente: Angaben) beschlossen, die Unternehmen nunmehr erlauben, bestimmte Finanzinstrumente umzuklassifizieren aus der Kategorie der ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente in andere Kategorien, bei denen die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten nebst Wertminderungstest erfolgt. Die Änderung tritt rückwirkend zum 01.07.2008 in Kraft. Die Europäische Union hat diesbezüglich im Amtsblatt vom 16.10.2008 die Verordnung (EG) Nr. 1004/2008 der Kommission vom 15.10.2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1725/2003 betreffend die Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates veröffentlicht. Durch die Verordnung werden Änderungen an IAS 39 (Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung) und IFRS 7 (Finanzinstrumente: Angaben) übernommen.

Die Baader Bank AG hat im Rahmen des Konzernabschlusses zum 31.12.2008 von diesen Änderungen keinen Gebrauch gemacht.

(8) Währungsumrechnung

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, werden zum Kassakurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Aufwendungen und Erträge werden mit marktgerechten Kursen umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Beteiligungen werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Die aus der Umrechnung von Bilanzposten resultierenden Aufwendungen und Erträge werden erfolgswirksam erfasst und im Handelsergebnis ausgewiesen.

Im Konzernabschluss wird der Jahresabschluss des ausländischen Tochterunternehmens CC AG (Schweiz) gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung in Euro umgerechnet. Die funktionale Währung dieser Gesellschaft ist der Schweizer Franken. Bei der Umrechnung der Eigenkapitalfortschreibung von ausländischen Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, wird ebenfalls nach dem Konzept der funktionalen Währung vorgegangen. Die Umrechnung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt zum Mittelkurs am Bilanzstichtag, während die GuV mit Durchschnittskursen des Geschäftsjahres und das übrige Eigenkapital mit ursprünglichen Kursen umgerechnet wird.

Umrechnungsdifferenzen werden erfolgsneutral im Eigenkapital verrechnet.

Für die im Baader-Konzern wichtigsten Währungen gelten die nachstehenden Umrechnungskurse (Betrag in Währung für € 1):

	2008	2007
USD	1,3917	1,4721
CHF	1,4850	1,6547
INR	67,9615	57,484
OMR	0,53815	0,56165

(9) Barreserve

Die Bestände der Barreserve – diese umfassen den Kassenbestand und Guthaben bei der Deutschen Bundesbank – sind gemäß IAS 39 zum Nennwert bilanziert.

(10) Forderungen

Ausgereichte Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, werden grundsätzlich mit ihrem Nennbetrag angesetzt. In den Forde-

rungen gegenüber Kreditinstituten werden nur bankgeschäftliche Forderungen abgebildet. Nichtbankgeschäftliche Forderungen gegenüber Kreditinstituten werden unter den Sonstigen Aktiva erfasst.

(11) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Die offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzte Vorsorge für Risiken aus bilanziellen Forderungen umfasst sämtliche Wertberichtigungen und andere Vorsorge-maßnahmen, die erkennbaren Kredit- und Länderrisiken unterliegen.

nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen vertragsmäßig geleistet werden können.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Die Wertberichtigung eines Kredits ist angezeigt, wenn es aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass

(12) Wertpapierleihegeschäfte

Die im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehenen Wertpapiere verbleiben weiterhin im Wertpapierbestand und werden nach den Regeln des IAS 39 bewertet. Entliehene Wertpapiere, soweit noch im Bestand befindlich, werden nicht

bilanziert und auch nicht bewertet. Durch den Konzern gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihegeschäfte werden als Forderungen ausgewiesen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten.

(13) Handelsaktiva

Handelszwecken dienende Wertpapiere werden in der Bilanz gemäß IAS 39 zu Marktwerten (Fair Value) am Bilanzstichtag bewertet. Ebenfalls zum Marktwert hier ausgewiesen sind alle derivativen Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accounting eingesetzt werden und einen positiven Marktwert besitzen. Bei börsennotierten Produkten werden Börsenkurse verwendet; für nicht börsennotierte Produkte wird die Bewertung anhand geeigneter Bewertungsmodelle vorgenommen. Alle realisierten Gewinne und Verluste sowie nicht realisierte Bewertungsergebnisse

sind Teil des Handelsergebnisses in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Ebenfalls im Handelsergebnis ausgewiesen werden Zins- und Dividendenerträge aus Handelsbeständen. Die Erfassung der Wertpapiergeschäfte in Bilanz und GuV erfolgt gemäß dem Trade Date Accounting. Das heißt, die Wertpapiere werden mit den Marktwerten des Tages des Geschäftsabschlusses in der Bilanz abgebildet. Die tatsächliche Buchung des Wertpapierbestandes erfolgt grundsätzlich in der Nacht nach Geschäftsabschluss.

(14) Available-for-Sale-Bestände

Unter der Bilanzposition Available-for-Sale-Bestände werden alle nicht Handelszwecken dienenden Anleihen und Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, nicht konsolidierte Tochterunternehmen und sonstiger Anteilsbesitz ausgewiesen. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt grundsätzlich zum Marktwert (Fair Value). Für börsennotierte Wertpapiere gilt der Schlusskurs des Bilanzstichtages als Marktwert (Fair Value). Eigenkapitalinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren Marktwert nicht verlässlich ermittelbar ist, werden mit den Anschaffungskosten bewertet. Nicht konsolidierte verbundene Unternehmen werden grundsätzlich mit Anschaffungskosten bilanziert.

Bewertungsergebnisse werden, nach Berücksichtigung latenter Steuern, innerhalb des Eigenkapitals in die Neubewertungsrücklage eingestellt. Eine erfolgswirksame Realisierung

von Gewinnen und Verlusten findet erst bei Verkauf statt. Bei dauerhaften Wertminderungen wird der erzielbare Betrag in der Bilanz ausgewiesen. Die erforderliche Abschreibung erfolgt zulasten der Gewinn- und Verlust-Rechnung. Ergebniswirksame Wertaufholungen bei Available-for-Sale-Beständen dürfen nicht vorgenommen werden.

Änderungen des Fair Value in Folgeperioden werden bei börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten in der Neubewertungsrücklage erfasst. Dies bedeutet, dass sich nur bei Wertminderungen und bei Veräußerungen ergebniswirksame Effekte ergeben. Bei Wegfall der Gründe für eine Wertminderung von Fremdkapitalinstrumenten ist eine Wertaufholung erfolgswirksam bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen. Der über die fortgeführten Anschaffungskosten hinausgehende Betrag ist in der Neubewertungsrücklage zu bilanzieren.

(15) Sachanlagen

Die hierunter ausgewiesenen Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Dabei wird soweit erforderlich der Komponentenansatz nach IAS 16.13 entsprechend berücksichtigt. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Grundstücke werden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Bestimmung der Nutzungsdauer wird unter Beachtung der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen vorgenommen. Alle Sachanlagen werden linear über folgende Zeiträume abgeschrieben.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen werden unter dem Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Gegenständen des Sachanlagevermögens werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern des Sachanlagevermögens im Wert von unter € 150,00 wird aus Wesentlichkeitsgründen im Berichtsjahr ergebniswirksam im Verwaltungsaufwand erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen € 150,00 und € 1.000,00 werden, den deutschen steuerrechtlichen Regelungen folgend, vereinfachend in einen Sammelposten eingestellt, der in jedem Jahr zu einem Fünftel abgeschrieben wird

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren
EDV/Telekommunikation	3– 8
Fahrzeuge	6
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5– 13
Gebäude	25
Gebäudebestandteile	5– 19

(16) Immaterielle Anlagewerte

Unter den Immateriellen Anlagewerten sind ausschließlich aus Konzernsicht entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte zusammengefasst. Diese setzen sich hauptsächlich aus erworbenen Softwarelizenzen, erworbenen Skontren und er-

worbenen Handelsstrategien zusammen. Sie werden mit Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von

immateriellen Anlagewerten werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst. Immaterielle Anlagewerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer werden nicht ausgewiesen.

	Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer in Jahren
Erworbene Nutzungsrechte	5– 10
Erworbene Skontren	10 ^{*)}
Handelsstrategien	10 ^{*)}
Software	3– 5

^{*)} Die Ermittlung der Nutzungsdauer erfolgte auf Basis der langfristigen (zehnjährigen) Unternehmensplanung.

Die Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

(17) Geschäftswerte

Geschäfts- oder Firmenwerte werden an jedem Bilanzstichtag auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen überprüft (Impairment-Test). Sofern Voraussetzungen vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, wird auf Basis der langfristigen Unternehmensplanung der zugehörigen

Konzerngesellschaften eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2008 wurde aufgrund dessen der für die Baader Service Bank GmbH zuvor bestehende Geschäftswert unterjährig in voller Höhe außerplanmäßig abgeschrieben. Die Abschreibung wurde gemäß IFRIC 10.8 zum 31.12.2008 beibehalten.

(18) Leasinggeschäft

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es nicht im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Demgegenüber gelten als Finanzierungsleasing solche Vertragsverhältnisse, die im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen.

Der Baader-Konzern tritt ausschließlich als Leasingnehmer auf. Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasing-Verhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Der Aufwand wird wie eine Mietzahlung auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2008 besteht außerdem eine vertragliche Vereinbarung, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren ist, die jedoch aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung ist.

IFRIC 4 enthält Vorschriften und Anwendungsbeispiele zur Ermittlung, ob Vereinbarungen oder Verträge in einem Unternehmen als Leasingverträge zu klassifizieren und nach IAS 17 zu bilanzieren sind. Durch die Regelungen des IFRIC 4 werden Vereinbarungen als Leasingvereinbarung aufgenommen, die originär nicht als Leasingverhältnisse einzustufen waren. Für die Klassifizierung vorhandener Vereinbarungen als Leasingverträge müssen die zwei folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein (IFRIC 4.6):

- Die Erfüllung der geschlossenen Vereinbarung muss von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswertes oder mehrerer Vermögenswerte abhängen, und
- durch die Vereinbarung werden dem Käufer die Rechte für die Nutzung des Vermögenswertes bzw. der Vermögenswerte übertragen.

Die Baader Bank AG hat keine zusätzlichen Leasingverträge nach IAS 17 aufgrund IFRIC 4 bilanziert.

(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

(20) Handelspassiva

Derivative Finanzinstrumente, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sind als Handelspassiva ausgewiesen. Die Bewertung der Handelspassiva erfolgt zum Marktwert (Fair Value).

(21) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Viele Mitarbeiter der Baader Bank AG und ihrer Tochtergesellschaften erwerben betriebliche Versorgungsansprüche aus unterschiedlichen Durchführungswegen der betrieblichen Altersversorgung.

Zum einen können alle Mitarbeiter eine mittelbare (beitragsorientierte) Zusage (Defined Contribution Plan) erhalten, für die die Unternehmen des Konzerns unter Beteiligung der Mitarbeiter einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Unterstützungskasse) zahlen. Die Höhe der künftigen Pensionsleistungen wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – den daraus aufgelaufenen Vermögenserträgen bestimmt. Die Klassifizierung dieser Vorsorge als mittelbare Verpflichtung führt dazu, dass die Beiträge an den Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Rückstellungen zu bilden sind.

Zum anderen erhält eine geringe Anzahl von Personen (Vorstände und übernommene Verträge aus Unternehmensverschmelzungen der vergangenen Jahre) eine unmittelbare (leistungsorientierte) Versorgungszusage, bei der die Höhe der Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren wie Alter, Gehalt und Betriebszugehörigkeit abhängt (Defined Benefit Plan).

Für Pensionszusagen werden die zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung erforderlichen Vermögenswerte zum größten Teil unternehmensintern angesammelt und eine entsprechende Rückstellung wird passiviert. Der andere Teil des Vermögens ergibt sich aus abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen. Diese Rückdeckungsversicherungen sind mit wenigen Ausnahmen qualifizierte Versicherungspolice (und damit Planvermögen), die nur verwendet werden können, um Leistungen an Arbeitnehmer aus einem leistungsorientierten Versorgungsplan zu zahlen und die nicht den Gläubigern des berichtenden Unternehmens zur Verfügung stehen (auch nicht im Insolvenzfall) und nicht an das berichtende Unternehmen gezahlt werden können.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand für die Direktzusagen teilt sich in mehrere Komponenten auf. Zunächst ist der Dienstzeitaufwand (Service Cost) zu berücksichtigen. Hinzu kommen Zinsaufwendungen (Interest Cost)

auf den Barwert der Verpflichtung, da der Zeitpunkt der Erfüllung eine Periode vorangeschritten ist. Die aus dem Planvermögen erwirtschafteten Nettoerträge werden von den oben genannten Aufwendungen abgezogen. Ergeben sich aus der 10%igen Korridorregelung Tilgungsbeträge für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, erhöht oder vermindert sich der Personalaufwand.

Die Höhe der Rückstellung wird zunächst vom Barwert der Sollverpflichtung bestimmt. Der Teil, der durch das Planvermögen abgedeckt ist, ist mit der Verpflichtung zu saldieren. Aufgrund der Korridorregelung ergibt sich der Rückstellungsbetrag zum Jahresende wie folgt:

Barwert der Sollverpflichtung für Direktzusagen (Defined Benefit Obligation)

abzüglich Planvermögen

abzüglich/zuzüglich nicht erfasster versicherungsmathematischer Gewinne oder Verluste

= Höhe der Pensionsrückstellung

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtung erfolgt jährlich durch unabhängige Versicherungsmathematik-Dienstleister nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Dabei werden neben biometrischen Annahmen insbesondere ein aktueller Marktzins für langfristige Anleihen höchster Bonität sowie künftig zu erwartende Gehalts- oder Rentensteigerungsraten für die Berechnung zugrunde gelegt. Ergeben sich versicherungsmathematische Mehr- oder Minderverpflichtungen, werden diese nur berücksichtigt, wenn sie außerhalb eines Korridors von 10% des versicherungsmathematischen Sollwertes der Verpflichtung liegen. In diesem Geschäftsjahr wurde der 10%ige Korridor überschritten. Nach IAS 19 wird der außerhalb des Korridors liegende Betrag über eine durchschnittliche künftige Aktivitätszeit von zehn Jahren aufwandswirksam verteilt.

Als Annahmen sind in die versicherungsmathematischen Berechnungen eingeflossen:

	31.12.2008	31.12.2007
Rechnungszinsfuß	6,2%	4,5%
Ertrag aus Planvermögen	4,2% bzw. 4,5%	4,2% bzw. 4,5%
Gehaltsentwicklung	2,0% bzw. 3,0%	2,0% bzw. 3,0%
Renten Anpassung	2,0%	2,0%

Der erwartete Ertrag aus dem Planvermögen orientiert sich an den in der Vergangenheit beobachteten Kapitalmarktentwicklungen und damit an dem nach HGB verwendeten Rechnungszins.

(22) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahmen

gebildet. Rückstellungen für Aufwendungen, die sich nicht auf eine Außenverpflichtung beziehen, dürfen nach IAS/IFRS nicht angesetzt werden.

(23) Ertragsteuern

Laufende Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wurden mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe die Erstattung von den bzw. Zahlung an die jeweiligen Steuerbehörden geleistet wird.

Latente Steueransprüche (Aktive latente Steuern) und -verpflichtungen (Passive latente Steuern) errechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen eines bilanzierten Vermögenswerts oder einer Verpflichtung und dem jeweiligen steuerlichen Wertansatz. Hieraus resultieren in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte (temporäre Unterschiede). Sie wurden mit den landesspezifischen Ertragsteuersätzen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen bewertet, deren Gültigkeit für die entsprechende Periode ihrer Realisierung zu erwarten ist. Aktive latente Steuern auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorräte werden nur bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Gewinne in der gleichen Steuereinheit anfallen. Unsicherheiten der zukünftigen Nutzung des steuerlichen Vorteils wird gegebenenfalls durch Si-

cherheitsabschläge Rechnung getragen. Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen werden unsaldiert ausgewiesen. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgt – in Abhängigkeit von der Behandlung der zugrunde liegenden Sachverhalte – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Der dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zuzurechnende Ertragsteueraufwand bzw. -ertrag ist in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung des Konzerns als Ertragsteuern auf das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ausgewiesen und in den Erläuterungen in laufende und latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Geschäftsjahres aufgeteilt. Sonstige Steuern, die nicht ertragsabhängig sind, werden im Sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt. In der Bilanz werden laufende und latente Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen als Aktiv- bzw. Passivposten gesondert ausgewiesen.

(24) Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten für fremde Rechnung zur Basis haben, wer-

den in der Bilanz nicht ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung im Provisionsergebnis enthalten.

(25) Eigene Aktien

Die im Konzern zum Bilanzstichtag gehaltenen eigenen Aktien werden zu Anschaffungskosten vom Eigenkapital abgesetzt. Der Teil der Anschaffungskosten, der auf den Nennbetrag entfällt, wird vom gezeichneten Kapital abgezogen, das

Agio wird mit den Kapitalrücklagen verrechnet. Aus eigenen Aktien resultierende Gewinne und Verluste sind ergebnisneutral verrechnet worden.

(26) Aktienorientiertes Vergütungssystem für Vorstände und Mitarbeiter

Die Baader Bank AG gewährt Vorständen und Mitarbeitern des Konzerns eine erfolgsabhängige Vergütung in Form von Aktienoptionen.

a) Aktienoptionsplan 2000

Im Rahmen des Aktienoptionsplans 2000 wurden an die Berechtigten insgesamt 1.789.782 Stück Aktienoptionen ausgegeben. Die Laufzeit des Aktienoptionsplans 2000 betrug fünf Jahre und endete am 17.06.2004. Die letzte Tranche wurde am 02.06.2004 zugeteilt.

Die Wartefrist von zwei Jahren ist für alle aus diesem Optionsplan gewährten Aktienoptionen ausgelaufen, d.h., sämtliche Optionen aus diesem Plan können bereits ausgeübt werden. Die in der ersten Tranche zu € 5,30 begebenen, noch nicht ausgeübten Aktienoptionen sind im Geschäftsjahr 2008 verfallen.

Der Ausübungspreis entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Baader Bank AG im Präsenzhandel der Bayerischen Börse während der fünf Handelstage, die dem Ausgabebetrag der Aktienoptionen vorausgehen, mindestens aber dem auf eine Aktie der Baader Bank AG entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals. Die Optionsrechte können nur ausgeübt werden, wenn die Kursentwicklung der Aktie der Baader Bank AG seit dem Ausgabebetrag des Optionsrechtes an fünf aufeinander folgenden Handelstagen die entsprechende Entwicklung des Prime All Share um mindestens 15% übertrifft. Dieser Prozentsatz gilt für das erste Jahr des Ausübungszeitraumes und steigt im zweiten und den folgenden Jahren des Ausübungszeitraumes jeweils um einen halben Prozentpunkt. Als Kurs der Aktie der Baader Bank AG gilt der Schlusskurs im Präsenzhandel der Bayerischen Börse.

b) Aktienoptionsplan 2004

Im Rahmen des Aktienoptionsplans 2004 wurden an die Berechtigten insgesamt 599.080 Stück Aktienoptionen ausgegeben. Die Laufzeit des Aktienoptionsplans 2004 betrug zwei Jahre und endete am 13.07.2006. Die letzte Tranche wurde am 26.05.2006 zugeteilt.

Die Wartefrist von zwei Jahren ist für alle aus diesem Optionsplan gewährten Aktienoptionen ausgelaufen, d.h., sämtliche Optionen aus diesem Plan können bereits ausgeübt wer-

den. Die Ausübung erfolgt über einen Zeitraum von fünf Jahren unter Berücksichtigung bestimmter Sperrzeiträume, und zwar jeweils nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft (Ausübungsfenster). Nach Beendigung der Laufzeit (max. sieben Jahre nach Ausgabebetrag) verfallen die jeweiligen Optionen ersatzlos.

Die Optionen können nur ausgeübt werden, wenn (a) der Schlusskurs der Aktie der Baader Bank AG im Präsenzhandel der Börse München (Börsenschlusskurs) um mehr als 30% über dem Ausgabepreis liegt (absolute Hürde) und (b) an den letzten fünf Börsenhandelstagen vor Ausübung der Optionen die kumulierte prozentuale Performance der Aktie der Baader Bank AG seit der Ausgabe der Option um mindestens 10% höher ist als die prozentuale Steigerung des Prime All Share Index (relative Hürde) – die kumulierte Performance berücksichtigt sowohl die Kursentwicklung als auch den Wert von Bardividenden, Bezugsrechten aus Kapitalerhöhungen und sonstigen Sonderrechten zwischen der Ausgabe der Option und dem Zeitpunkt der Ausübung der Option - und (c) sie nicht vor Abgabe der Ausübungserklärung aufgrund einer Regelung der Optionsbedingungen durch Verfall erloschen sind. Als Kurs der Aktie der Gesellschaft gilt der Schlusskurs im Präsenzhandel der Börse München (Erfolgsziele). Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele ist ausgeschlossen.

Jede Aktienoption berechtigt – je nach Entscheidung des Vorstands – zum Erwerb einer Aktie oder zum Barausgleich in Höhe der Differenz zwischen dem Ausübungspreis und dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Baader Bank AG an der Börse München an den letzten fünf Börsenhandelstagen vor dem Tag des Zugangs der Ausübungserklärung des Optionsberechtigten bei der Gesellschaft.

c) Aktienoptionsplan 2006

Der Vorstand ist mit Zustimmung der Hauptversammlung vom 19.07.2006 ermächtigt, beginnend mit dem Ablauf des Geschäftsjahres 2006 bis zum Ablauf des 18.07.2010 bis zu insgesamt maximal 1.600.000 Aktienoptionen auszugeben und Optionsberechtigten Optionen auf insgesamt bis zu 1.600.000 Stückaktien zu gewähren.

Die Laufzeit des Aktienoptionsplans beträgt maximal vier Jahre, so dass eine Ausgabe von Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan der Gesellschaft nach dem 18.07.2010 nicht mehr möglich ist. Die Aktienoptionen können jeweils nur ein-

mal jährlich, und zwar während eines Zeitraumes von sechs Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Vorstand, an die Optionsberechtigten ausgegeben werden.

Jede Aktienoption berechtigt den Inhaber zum Bezug einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie der Gesellschaft mit einem auf sie entfallenden Anteil am Grundkapital der Gesellschaft von je € 1,00 gegen Zahlung des Ausübungspreises. Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres gewinnbezugsberechtigt, in dem sie ausgegeben werden. Die Bezugs- und Erwerbsbedingungen können vorsehen, dass die Gesellschaft dem Optionsberechtigten anstelle von neuen Aktien unter Inanspruchnahme des Bedingten Kapitals ganz oder teilweise auch eigene Aktien oder eine Ausgleichszahlung gewähren kann.

Der Ausübungspreis einer Aktienoption entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Gesellschaft im Präsenzhandel der Börse München während der zehn Handelstage, die dem zweiten Tag vor Beginn der Ausgabeperiode für die in Frage stehenden Aktienoptionen vorausgehen, mindestens aber dem auf eine Aktie der Gesellschaft entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals. Beginn der Ausgabeperiode ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten erstmals über das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen informiert werden.

Die Optionen können nur ausgeübt werden, wenn a) der Schlusskurs der Aktie der Baader Bank AG im Präsenzhandel der Börse München (Börsenschlusskurs) um mehr als 30% über dem Ausübungspreis liegt (absolute Hürde) und b) an den letzten zehn Börsenhandelstagen vor Ausübung der Optionen die kumulierte prozentuale Performance der Aktie der Baader Bank AG seit der Ausgabe der Option um mindestens 10% höher ist als die prozentuale Steigerung des Prime All Share Index (relative Hürde) – die kumulierte Performance berücksichtigt sowohl die Kursentwicklung als auch den Wert von Bardividenden, Bezugsrechten aus Kapitalerhöhungen und

sonstigen Sonderrechten zwischen der Ausgabe der Option und dem Zeitpunkt der Ausübung der Option – und c) sie nicht vor Abgabe der Ausübungserklärung aufgrund einer Regelung der Optionsbedingungen durch Verfall erloschen sind. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele ist ausgeschlossen.

Die Optionen dürfen erst nach Ablauf einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabetag ausgeübt werden. Ausgabetag ist der Tag, an dem die Optionsberechtigten das konkrete Angebot zum Erwerb von Aktienoptionen spätestens annehmen können.

Die Aktienoptionen können in den folgenden fünf Jahren nach Ablauf der Wartefrist vorbehaltlich nachstehender Gründe ausgeübt werden, jeweils vier Wochen nach Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft (Q 1, Q 2 und Q 3) und – sofern die Gesellschaft vorläufige Zahlen für das abgeschlossene Geschäftsjahr veröffentlicht – vier Wochen nach Veröffentlichung solcher Zahlen (Ausübungsfenster). Nach Beendigung der Laufzeit (maximal sieben Jahre nach Ausgabetag) verfallen die jeweiligen Optionen ersatzlos.

Die Einzelheiten für die Gewährung der Aktienoptionen und die weiteren Ausübungsbedingungen werden durch den Aufsichtsrat festgesetzt, soweit die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft betroffen sind. Im Übrigen liegt die Zuständigkeit für die Festlegung dieser Einzelheiten beim Vorstand der Gesellschaft. Zu den Einzelheiten gehören insbesondere die Auswahl einzelner Optionsberechtigter aus der jeweiligen Gruppe der Berechtigten, die Gewährung von Optionen an einzelne Berechtigte, die Bestimmung der Durchführung und des Verfahrens der Abwicklung der Ausübung der Optionen und der Ausgabe der Aktien, sowie Regelungen über die Behandlung von Optionen in Sonderfällen.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht über alle gewährten, verwirkten und ausgeübten Optionen.

	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	Gesamt
Gewährte Optionen	418.224	374.600	299.480	299.600	323.000	468.600	517.800	2.701.304
Ausübungspreis in €)	3,75	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	-
Verwirkte Optionen	55.085	48.859	33.920	23.000	19.000	70.000	164.400	414.264
Ausgeübte Optionen	0	0	0	97.480	193.100	363.600	306.600	960.780
Ausstehende Optionen	363.139	325.741	265.560	179.120	110.900	35.000	46.800	1.326.260
Ausübbarere Optionen	0	0	265.560	179.120	110.900	35.000	46.800	637.380
Restlaufzeit (in Monaten)	76	64	53	41	29	16	4	-

Die Aktienoptionen für das Geschäftsjahr 2000 zum Ausübungspreis von € 5,30 sind im Geschäftsjahr 2008 verfallen.

Im Geschäftsjahr 2008 hat sich der Bestand an Aktienoptionen wie folgt entwickelt:

2008	Anzahl Optionen	Durchschnittlicher Ausübungspreis in €
Stand 01.01.2008	1.106.152	4,14
Zusage (Gewährte Optionen)	418.224	3,75
Verwirkte Optionen	77.978	4,09
Ausgeübte Optionen	22.120	2,60
Verfallene Optionen	98.018	5,30
Stand 31.12.2008	1.326.260	4,21
Ausübbar Optionen zum Jahresende	637.380	3,90

Durch die Ausübung der Optionen ist insgesamt ein Aufwand in Höhe von € 13.344,74 entstanden, der erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet wurde. Die Aktienoptionen wur-

den in fünf Zeiträumen von jeweils einem Monat ausgeübt. Der Durchschnittsaktienkurs in den fünf Zeiträumen betrug wie folgt:

1. Zeitraum:	20.02.2008 – 18.03.2008	Kurs: € 4,13	Aktienoptionsplan: 2004
2. Zeitraum:	06.05.2008 – 02.06.2008	Kurs: € 4,07	Aktienoptionsplan: 2000
3. Zeitraum:	22.04.2008 – 19.05.2008	Kurs: € 3,92	Aktienoptionsplan: 2004
4. Zeitraum:	16.07.2008 – 12.08.2008	Kurs: € 3,19	Aktienoptionsplan: 2004
5. Zeitraum:	05.08.2008 – 01.09.2008	Kurs: € 3,16	Aktienoptionsplan: 2000

Die gewährten Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan 2004 und allen nachfolgenden Aktienoptionsplänen werden nach den Regelungen des IFRS 2 (Anteilsbasierte Vergütungen) bilanziert und bewertet. Bei den Optionsplänen handelt es sich um eine anteilsbasierte Vergütung von zusätzlichen Leistungen von Mitarbeitern, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen wird. Der Wert der erhaltenen Arbeitsleis-

tungen ist unter Erhöhung des Eigenkapitals mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen. Da dieser Wert jedoch nicht verlässlich geschätzt werden kann, sind er und die entsprechende Erhöhung des Eigenkapitals indirekt unter Bezugnahme auf den beizulegenden Zeitwert der gewährten Eigenkapitalinstrumente zu ermitteln.

	2007	2006	2005	Gesamt
Gewährte Optionen	381.620	374.600	282.420	1.038.640
Optionspreis in €	1,1642	1,4001	0,9975	-
Personalaufwand gesamt in €	444.282,00	524.477,46	281.713,95	1.250.473,41
Personalaufwand im Geschäftsjahr 2008 in €	148.094,00	262.238,72	58.690,41	469.023,14

Der Personalaufwand wird über den Erdienungszeitraum von zwei Jahren verteilt. Für die Aktienoptionen aus 2005 wurde anteiliger Aufwand für fünf Monate, für die Aktienoptionen aus 2006 für zwölf Monate und für die Aktienoptionen aus 2007 für acht Monate erfasst.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der Eigenkapitalinstrumente wurde wie folgt vorgegangen:

Für die Bewertung der Optionen können die beiden Ausübungshürden (absolute und relative Hürde) ausschließlich näherungsweise berücksichtigt werden. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass diese Hürden erfüllt sein werden.

Grundsätzlich handelt es sich um Call-Optionen, da die Mitarbeiter das Recht haben, Aktien der Baader Bank AG zu beziehen. Die Optionen werden aus Sicht der Gesellschaft als Short-Position betrachtet. Die Baader Bank AG hat die Optionen den Mitarbeitern gewährt und tritt damit als Stillhalter bzw. Verkäufer der Optionen auf. Somit wird die Anzahl der gewährten Optionen als Short Call einer exotischen Option mit sieben Jahren Laufzeit eingebucht. Um die zwei Jahre Wartezeit und die Ausübungsfenster nach der Veröffentlichung der Quartalsberichte darzustellen, werden diese exotischen Optionen als „Bermudan Style“ mit den einzelnen Ausübungsfenstern abgebildet. Die Bewertung der Mitarbeiteroptionen ergibt sich aus dem ermittelten theoretischen Preis für die exotische Option.

Folgende Eingangsparameter wurden zur Bewertung der Optionen gewählt:

1. Der Basispreis der zu bewertenden neu ausgegebenen Optionen aus dem Aktionsoptionsplan 2007 lag bei € 3,75.
2. Es wurden erwartete Dividendenausschüttungen der Baader Bank AG unterstellt.
3. die implizite Volatilität für Optionen auf den DAX mit einem Spread von 21,87%. Unterstellt man den Spread zwischen der impliziten Volatilität ATM („at the money“) und der impliziten Volatilität ITM („in the money“) des DAX, so geht man von einer Volatilität in Höhe von 45,14% aus. Der Spread zur Vola Surface des DAX wurde so bestimmt, dass die unterstellte implizite Volatilität der hypothetischen Optionen auf die Baader-Aktie erreicht wird.
4. Zinssatz der Euro-Swapkurve mit 4,4870% (Par Curve = Zero Bond).
5. Als Bewertungskurs der Baader-Aktie wurden am Bewertungsstichtag (16.05.2008) € 4,05 zugrunde gelegt.
6. Die Bewertung wurde am Tag der Gewährung der Optionen (16.05.2008) vorgenommen.
7. Als Bewertungsmodell für europäische Optionen wurde die Black-&-Scholes-Formel angewendet und dabei die Methode „Best of Approximated“ als Bewertungsmodell für Bermudan-Optionen mit Dividendenausschüttung gewählt.
8. Die Gesamtzahl der zum Stichtag angenommenen Optionen betrug 381.620 Stück (davon 418.224 ausgegebene und 36.604 zurückgegebene Optionen).
9. Die Bewertung der exotischen Optionen ergab einen Preis von € 1,1642 je Option.
10. Durch Einbuchung von 381.620 Optionsrechten ergibt sich ein Aufwand der Baader Bank AG in Höhe von € 444.282,00 für die Mitarbeiteroptionen.

Wesentliche Unterschiede bei der Rechnungslegung nach IAS/IFRS und deutschem Handelsrecht

Zielsetzung von Abschlüssen nach IAS/IFRS ist es, entscheidungsrelevante Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowie deren Veränderungen im Zeitablauf zu vermitteln. Ein Jahresabschluss nach HGB ist demgegenüber vorrangig am Gläubigerschutz orientiert und wird zudem aufgrund der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz durch steuerrechtliche Regelungen beeinflusst. Aus dieser unterschiedlichen Zielsetzung ergeben sich folgende wesentliche Unterschiede in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zwischen IAS/IFRS und deutschem Handelsrecht:

Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft wird offen auf der Aktivseite der Bilanz als eigenständige Position nach den Forderungen ausgewiesen. Dadurch wird der Einblick in die Risikopolitik des Konzerns verbessert.

Wertpapiere

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva und Handelspassiva) sowie nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente (Sicherungsderivate) sind nach IAS 39 grundsätzlich mit dem Marktwert (Fair Value) zu bewerten. Gewinne und Verluste werden unabhängig von ihrer Realisierung erfolgswirksam oder erfolgsneutral erfasst. Nach deutschem Handelsrecht ist eine Vereinnahmung von unrealisierten Erträgen jedoch nicht gestattet. Auch die Wertpapiere der Kategorie Available-for-Sale-Bestände werden gemäß IAS 39 mit ihrem Marktwert (Fair Value) bewertet. Nur wenn dieser nicht verlässlich bestimmt werden kann, erfolgt eine Bilanzierung zu Anschaf-

fungskosten. Die Bewertung wird erfolgsneutral in das Eigenkapital eingestellt. Nach den deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen gehören Beteiligungen zum Anlagevermögen und werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung ist eine Abschreibung vorzunehmen. Die anderen Wertpapiere der Available-for-Sale-Kategorie sind ihrem Charakter nach Bestände der Liquiditätsreserve im Sinne des HGB und somit als Umlaufvermögen zu beurteilen. Für die Bewertung dieser Wertpapiere gilt nach HGB das strenge Niederstwertprinzip.

Hedge Accounting

Nach IAS 39 können zum Zweck des Hedge Accounting Sicherungsbeziehungen zwischen einem Grundgeschäft und einem derivativen Finanzinstrument etabliert werden. Grundgeschäfte können finanzielle Vermögenswerte (z. B. Forderungen oder Wertpapiere) und finanzielle Verbindlichkeiten sein. Sowohl für Fair Value Hedges als auch für Cash Flow Hedges bestehen detaillierte Regelungen, die einen Bruttoausweis des Marktwertes eines derivativen Sicherungsinstruments verlangen. Nach den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung werden Sicherungsgeschäfte hingegen im Rahmen eines saldierten Niederstwertprinzips bei der Bewertung der gesicherten Posten berücksichtigt.

Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte und Geschäfts- oder Firmenwert

Die Bilanzierung von Sachanlagen und die damit verbundenen Abschreibungen orientieren sich nach IAS/IFRS an der tatsächlichen betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer. Steuerliche Wertansätze finden im Gegensatz zum HGB keine Berücksichtigung. Für selbsterstellte immaterielle Anlagewerte besteht nach IAS/IFRS eine Aktivierungspflicht, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Auch das steht im Ge-

gensatz zum generellen Ansatzverbot gemäß HGB. Geschäfts- oder Firmenwerte, die aus der Vollkonsolidierung von Tochtergesellschaften resultieren und im Konzernabschluss nach den Vorschriften des HGB direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet werden können, müssen nach IAS/IFRS als Vermögenswerte aktiviert werden. Sie werden nur noch außerplanmäßig nach erfolgtem Wertminderungstest abgeschrieben.

Eigene Aktien und Anteile

Das HGB schreibt die Aktivierung der eigenen Aktien bei gleichzeitiger Bildung einer Rücklage für eigene Aktien oder Anteile vor. Nach IAS/IFRS werden die im Konzern gehaltenen eigenen Anteile offen vom Eigenkapital abgesetzt; eine Bewertung wird im Gegensatz zum HGB nicht durchgeführt. Aus dem Handel mit eigenen Anteilen resultierende Gewinne und Verluste werden ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst. Im HGB-Abschluss werden die Gewinne und Verluste aus dem Handel mit eigenen Aktien ergebniswirksam im Handelsergebnis gezeigt.

Treuhandgeschäfte

Nach IAS/IFRS werden Treuhandgeschäfte im Gegensatz zum HGB-Abschluss nicht in der Bilanz (gemäß § 6 RechKredV) ausgewiesen.

Pensionsverpflichtungen

Die Pensionsverpflichtungen werden entsprechend den IAS/IFRS nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Die Berechnung berücksichtigt die künftigen Verpflichtungen unter Einbezug zukünftiger Gehalts- und Rentensteigerungen sowie der Inflationsrate. Der Abzinsungsfaktor orientiert sich nach den IAS/IFRS am Kapitalmarktzins. Die Bilanzierung nach HGB orientiert sich demgegenüber regelmäßig an den jeweils geltenden steuerlichen Regelungen, insbesondere dem Teilwertverfahren.

Andere Rückstellungen

Rückstellungen dürfen nach IAS/IFRS nur dann gebildet werden, wenn sie sich auf eine Außenverpflichtung beziehen. Nach HGB zulässige Aufwandsrückstellungen mit dem Zweck, künftige Ausgaben als Aufwand des abgelaufenen Geschäftsjahres zu berücksichtigen, sind nach IAS/IFRS nicht erlaubt. An die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen werden nach IAS/IFRS höhere Konkretisierungsanforderungen als nach HGB gestellt.

Latente Steuern

Die Bildung Aktiver und Passiver latenter Steuern erfolgt nach IAS/IFRS nach dem bilanzbezogenen Temporary-Konzept. Dabei werden die bilanziellen Wertansätze der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit den der Besteuerung zugrunde liegenden Werten verglichen. Abweichungen führen zu temporären Wertunterschieden, die unabhängig vom Zeitpunkt der Auflösung dieser Wertunterschiede latente

Steuererstattungsansprüche bzw. latente Steuerverbindlichkeiten begründen. Die zur Bewertung der Wertunterschiede herangezogenen Ertragsteuersätze sind zukunftsorientiert. Eine Saldierung wird nicht vorgenommen. Für aktive und passive latente Steuern nach IAS/IFRS besteht eine Ansatzpflicht, mit der Einschränkung, dass aktive latente Steuern nur anzusetzen sind, wenn es wahrscheinlich ist, dass der zukünftige steuerliche Vorteil auch genutzt werden kann. Dies gilt vor allem für die Bildung latenter Steuererstattungsansprüche aus bestehenden steuerlichen Verlustvorträgen.

Das HGB verfolgt dagegen eine GuV-orientierte Ermittlung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen unter Heranziehung aktuell gültiger Steuersätze. Die unterschiedlichen Abgrenzungskonzepte führen tendenziell zur größeren Bedeutung latenter Steuern im Abschluss nach IAS/IFRS.

Eigenkapital

Basierend auf den Regeln des IAS 39 sind Bewertungsveränderungen aus den Available-for-Sale-Beständen sowie effektive Teile des Bewertungsergebnisses aus Cash Flow Hedges erfolgsneutral im Eigenkapital zu erfassen. Die deutsche Rechnungslegung kennt diese Art der erfolgsneutralen Bilanzierung nicht.

Am Bilanzstichtag im Besitz befindliche eigene Aktien werden nach IAS-/IFRS vom Eigenkapital gekürzt; Gewinne und Verluste aus eigenen Aktien werden erfolgsneutral mit den Rücklagen verrechnet. Nach den Vorschriften des HGB ist in Höhe der auf der Aktivseite ausgewiesenen eigenen Aktien ein Rücklage für eigene Anteile zu bilden, während Handlungsergebnisse erfolgswirksam erfasst werden.

Ansätze aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften

Nach dem so genannten umgekehrten Maßgeblichkeitsprinzip werden im HGB-Abschluss zum Teil Wertansätze in Übereinstimmung mit steuerrechtlichen Vorschriften vorgenommen. In einem IAS/IFRS-Abschluss dürfen steuerlich zulässige Sonderabschreibungen und Wertansätze, soweit sie von den nach IAS/IFRS gebotenen Bewertungen abweichen, nicht enthalten sein. Dieses Verbot der steuerrechtlichen Wertansätze gilt seit dem Geschäftsjahr 2003 aufgrund der durch das Transparenz- und Publizitätsgesetz erfolgten Gesetzesänderungen auch für den Konzernabschluss nach HGB.

Angaben zur Bilanz des Konzerns

(27) Barreserve

Die Barreserve setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2008	31.12.2007
Kassenbestand	319,61	519,49
Guthaben Deutsche Bundesbank	1.220.288,30	3.272.253,36
Insgesamt	1.220.607,91	3.272.772,85

(28) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2008 Inland	31.12.2008 Ausland	31.12.2007 Inland	31.12.2007 Ausland
Täglich fällig	131.853.424,91	30.786.985,76	35.486.001,38	20.832.142,33
Sonstige Forderungen	2.294.361,91	1.080.858,95	18.392.038,69	627.561,71
Forderungen an Kreditinstitute	134.147.786,82	31.867.844,71	53.878.040,07	21.459.704,04
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	- 40.690,79	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	134.107.096,03	31.867.844,71	53.878.040,07	21.459.704,04

Die Forderungen an Kreditinstitute haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Forderungen an Kreditinstitute enthalten Zinsabgrenzungen in Höhe von € 56.756,04. Die Restlaufzeiten der Forderungen an Kreditinstitute werden in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 67) dargestellt.

und Abwicklung von Kundenaufträgen bei der Baader Service Bank GmbH zurückzuführen. Daneben weist die Baader Bank AG stichtagsbedingt einen hohen Saldo an Forderungen gegenüber Kreditinstituten aus, der auf das Wertpapiergeschäft zurückgeht.

Der Anstieg des Saldos der Forderungen an Kreditinstitute ist u. a. auf das Anwachsen von Guthaben für die Durchführung

(29) Forderungen an Kunden

	31.12.2008	31.12.2007
Inländische Kunden	5.119.151,70	1.508.166,73
- Unternehmen	2.339.950,18	336.096,91
- Privatpersonen	2.709.087,35	1.157.662,59
- Sonstige	70.114,17	14.407,23
Ausländische Kunden	18.542.106,80	1.013.455,27
- Unternehmen	7.340.480,98	478.392,72
- Privatpersonen	11.182.407,32	528.735,01
- Sonstige	19.218,51	6.327,54
Forderungen an Kunden	23.661.258,50	2.521.622,00
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	- 3.053.920,27	- 61.982,99
Insgesamt	20.607.338,23	2.459.639,01

Aufgrund der Entwicklungen im Geschäft der Baader Service Bank GmbH mit den Finanzdienstleistern IFI AG und AIF AG sind die Forderungen an Kunden im Vorjahresvergleich signifikant angestiegen.

Die Forderungen an Kunden sind täglich fällig. Sie enthalten Zinsabgrenzungen in Höhe von € 70.114,17. Die Restlaufzeiten der Forderungen an Kunden werden in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 67) gezeigt.

Gegenüber assoziierten Unternehmen der Baader Bank AG bestehen folgende Forderungen:

Assoziierte Unternehmen	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kunden	1.576.360,00	20.471,49
Insgesamt	1.576.360,00	20.471,49

Die Forderungen an Kunden im Jahr 2008 enthalten hauptsächlich eine Forderung gegenüber der SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungen AG in Höhe von € 1.552.560,00. Die Forderung stellte einen Eigenkapitalrückzahlungsanspruch gegen die Gesellschaft dar.

Die Forderungen gegenüber Kunden enthalten Forderungen in Höhe von T€ 7.759, für die keine Zinsen gezahlt werden.

Die unter den Forderungen an Kunden ausgewiesenen Beträge abzüglich der Risikovorsorge entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der ausgereichten Kredite und Forderungen.

(30) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Der Bestand an Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

	Forderungen KI		Forderungen KD		Insgesamt	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Stand 01.01.	0,00	- 22.000,83	- 61.982,99	- 87.656,21	- 61.982,99	- 109.657,04
Zugänge	- 40.690,79	0,00	- 3.012.408,77	0,00	- 3.053.099,56	0,00
Abgänge						
- Inanspruchnahme	0,00	22.000,83	20.471,49	25.673,22	20.471,49	47.674,05
- Auflösung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Direktabschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Stand 31.12.	- 40.690,79	0,00	- 3.053.920,27	- 61.982,99	- 3.094.611,06	- 61.982,99

Es handelt sich ausschließlich um Risikovorsorge für Bonitätsrisiken.

Die Zuführung zur Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2008 resultiert vor allem aus Wertberichtigungen auf Kundenforderungen der Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH.

(31) Handelsaktiva

Die Handelsaktiva setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2008	31.12.2007
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.564.673,23	7.468.167,93
Darunter:		
börsenfähige Wertpapiere	12.564.673,23	7.468.167,93
börsennotierte Wertpapiere	12.564.673,23	7.468.167,93
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	29.718.814,65	40.148.486,98
Darunter:		
börsenfähige Wertpapiere	29.701.546,69	40.138.486,98
börsennotierte Wertpapiere	29.581.546,69	40.138.486,98
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.205,20	10.130,50
Insgesamt	42.291.693,08	47.626.785,41

In den Handelsaktiva sind Anteile einer Wandelanleihe in Höhe von T€ 620 enthalten, die gemäß IAS 39.12 als zu Handelszwecken gehaltener finanzieller Vermögenswert klassifiziert

werden, da eine gesonderte Bewertung des eingebetteten Derivates weder bei Erwerb noch am Abschlussstichtag möglich war.

(32) Available-for-Sale-Bestände

In der Position Available-for-Sale-Bestände sind Beteiligungen und sonstige Aktien und Anleihen, die nicht den Handelsaktiva zugeordnet werden, zusammengefasst ausgewiesen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung und die Entwicklung der Position Available-for-Sale-Bestände:

	Beteiligungen	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Anleihen und Schuldverschreibungen
Anschaffungskosten			
- Stand 01.01.2008	3.109.867,80	32.725.028,86	412.153,31
- Zugänge	146.940,00	0,00	392.956,31
- Umbuchungen	0,00	8.016.277,84	0,00
- Abgänge	- 0,51	- 2.266.893,32	- 412.153,31
- Stand 31.12.2008	3.256.807,29	38.474.413,38	392.956,31
Neubewertungsrücklage			
- Stand 01.01.2008	275.704,94	795.574,17	0,00
- Zugänge	- 16.920,00	157.402,35	48.229,05
- Umbuchungen	0,00	8.398,95	0,00
- Abgänge	- 248.657,20	- 753.405,17	0,00
- Stand 31.12.2008	10.127,74	207.970,30	48.229,05
Abschreibungen			
- Stand 01.01.2008	182.734,04	27.797.515,53	34.476,15
- Laufende Abschreibungen	1.944.225,90	1.853.472,37	0,00
- Umbuchungen	0,00	0,00	0,00
- Abgänge	0,00	- 2.266.892,32	- 34.476,15
- Stand 31.12.2008	2.126.959,94	27.384.095,58	0,00
Beizulegende Zeitwerte			
- Stand 31.12.2007	3.202.838,70	5.723.087,51	377.677,16
- Stand 31.12.2008	1.139.975,09	11.298.288,10	441.185,36
Davon:			
börsenfähige Wertpapiere	1.137.293,47	2.180.782,97	441.185,36
börsennotierte Wertpapiere	1.089.188,58	723.062,96	441.185,36

Die Available-for-Sale-Bestände enthalten Zinsabgrenzungen in Höhe von € 9.262,68.

(33) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In dieser Bilanzposition sind alle Anteile an assoziierten Unternehmen und Vermögenswerte ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	
Anschaffungs-/Herstellungskosten Stand 01.01.2008	37.842.592,87
- Anpassung Vorjahre	915.888,62
- Zugänge	1.455.701,43
- Umbuchungen	- 15.092.779,05
- Abgänge	- 7.356.028,00
- Stand 31.12.2008	17.765.375,87
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung at Equity	107.924,89
Abschreibungen - Stand 01.01.2008	542.831,98
- Anpassung Vorjahre	0,00
- Laufende Abschreibungen	729.374,42
- Abgänge	0,00
- Zuschreibungen	32.687,66
- Stand 31.12.2008	1.239.518,74
Buchwerte	
- Stand 31.12.2007	38.215.649,51
- Stand 31.12.2008	16.633.782,02
Davon:	
börsenfähige Wertpapiere	16.054.977,14
börsennotierte Wertpapiere	1.292.996,47

Die anteiligen Ergebnisse des Vorjahres erhöhen die Anschaffungs- und Herstellungskosten um € 915.888,62.

Die Zuschreibungen betreffen ausschließlich die Anteile an der SPAG (vgl. Note 3).

Die SPAG wurde auf Basis des letzten verfügbaren Jahresabschlusses zum 31.12.2007 in den Konzernabschluss einbezogen. Aufgrund der vorläufig beschlossenen Auflösung der Gesellschaft haben sich wesentliche Geschäftsvorfälle im Geschäftsjahr 2008 nicht ereignet.

(34) Sachanlagen

Die Sachanlagen entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Bauten
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
- Stand 01.01.2008	5.421.316,79	23.755.869,31
- Zugänge	188.585,56	2.735,17
- Zugänge aus Unternehmenserwerb DBM	270.032,00	0,00
- Abgänge	234.656,08	0,00
- Stand 31.12.2008	5.645.278,27	23.758.604,48
Zuschreibungen im Berichtsjahr	0,00	0,00
Abschreibungen		
- Stand 01.01.2008	3.897.033,68	4.434.103,25
- Laufende Abschreibungen	451.835,78	855.756,17
- Abgänge	214.928,74	0,00
- Stand 31.12.2008	4.133.940,72	5.289.859,42
Buchwerte		
- Stand 31.12.2007	1.524.283,11	19.321.766,06
- Stand 31.12.2008	1.511.337,55	18.468.745,06

Gründe für außerplanmäßige Abschreibungen sind nicht aufgetreten. Im Berichtsjahr wurden keine Zuschreibungen aufgrund früherer Wertminderungen vorgenommen.

Das in den Sachanlagen enthaltene Grundstück der Baader Bank AG in Unterschleissheim ist mit einer Grundschuld in Höhe von T€ 15.000 zugunsten der Kreissparkasse München-Starnberg belastet.

(35) Immaterielle Anlagewerte

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der immateriellen Anlagewerte:

	Software	Skontren	Handelsstrategien
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
- Stand 01.01.2008	19.486.803,26	15.946.666,00	2.286.287,79
- Zugänge	2.179.218,89	0,00	0,00
- Zugänge aus Unternehmenserwerb DBM	26.564,00	11.589.314,70	0,00
- Abgänge	8.674.773,85	0,00	0,0
- Stand 31.12.2008	13.017.812,30	27.535.980,70	2.286.287,79
Abschreibungen			
- Stand 01.01.2008	15.417.785,63	9.487.917,00	300.827,33
- Laufende Abschreibungen	1.558.644,93	3.615.305,70	240.661,88
- Abgänge	8.614.744,25	0,00	0,00
- Stand 31.12.2008	8.361.686,31	13.103.222,70	541.489,21
Buchwerte			
- Stand 31.12.2007	4.069.017,63	6.458.749,00	1.985.460,46
- Stand 31.12.2008	4.656.125,99	14.432.758,00	1.744.798,58

Im Rahmen des Erwerbs der Beteiligung der Conservative Concept Portfolio Management AG wurden im Jahr 2006 zwei Handelsstrategien als immaterielle Vermögenswerte identifiziert, die als selbst geschaffene Vermögenswerte im Zuge des Unternehmenserwerbs gesondert vom Firmenwert anzusetzen waren.

Die Zugänge des Geschäftsjahres bei den Skontren betreffen in voller Höhe die im Rahmen der Erstkonsolidierung der DBM identifizierten Skontren.

(36) Geschäfts- und Firmenwerte

	Geschäfts- oder Firmenwerte
Anschaffungs-/Herstellungskosten	
- Stand 01.01.2008	4.600.345,06
- Zugänge	21.147.674,78
- Abgänge	0,00
- Umbuchungen	0,00
- Stand 31.12.2008	25.748.019,84
Zuschreibungen im Berichtsjahr	0,00
Abschreibungen	
- Stand 01.01.2008	0,00
- Zugänge	962.964,40
- Abgänge	0,00
- Stand 31.12.2008	962.964,40
Buchwerte	
- Stand 31.12.2007	4.600.345,06
- Stand 31.12.2008	24.785.055,44

Die Zugänge bei den Geschäfts- oder Firmenwerten entfallen ausschließlich auf den Erwerb der Anteile an der DBM Deutsche Börsenmakler GmbH. Vgl. hierzu die weiteren Erläuterungen zu Note 3.

Zum Bilanzstichtag 2008 hat die Gesellschaft folgende Geschäfts- und Firmenwerte im IFRS-Konzernabschluss ausgewiesen:

Tochterunternehmen	Geschäfts-/Firmenwert T€	Erstmaliger Ansatz Geschäftsjahr
Baader Heins & Seitz Capital Management AG	1.618	2005
Conservative Concept Portfolio Management AG	2.019	2006
DBM Deutsche Börsenmakler GmbH (verschmolzen)	21.148	2008
Insgesamt	24.785	

Die für die Geschäfts- und Firmenwerte erforderlichen Impairment-Tests wurden jeweils unter Anwendung eines anerkannten Bewertungsverfahrens, der Discounted-Cash-Flow-Methode, durch Diskontierung der für die Tochtergesellschaften auf Basis der langfristigen Unternehmensplanung erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse nach Steuern mithilfe von risikoadäquaten und fristenkongruenten Kapitalisierungszinssätzen zwischen 8,59% und 13,58% (Vorjahr zwischen 11,94% und 12,53%) durchgeführt.

Anhand der vorliegenden Unternehmensplanungen für die Planungsphase 2008 bis 2010 wurde die nähere Phase (Detailplanungsphase) identifiziert. Auf Basis der Erkenntnisse aus der ersten Phase wurde für Zwecke der Kapitalisierung der ewigen Rente hinsichtlich des jährlichen Zahlungsmittelüberschusses ein Beharrungswert identifiziert. Als Kapitalisierungszinssatz wurden ein unter Berücksichtigung von Steuern ermittelter risikoloser Basiszinssatz und eine nach dem Tax-CAPM-Modell ermittelte Marktrisikoprämie angesetzt.

Die Werthaltigkeit des Geschäftswertes der verschmolzenen DBM Deutsche Börsenmakler GmbH leitet sich aus der Ertragsfähigkeit der erworbenen Geschäftsbereiche ab. Dafür wird auf Basis der tatsächlichen Bruttoerträge bzw. Deckungsbeitragsrechnungen des Geschäftsjahres 2008 für die einzelnen Bereiche (Gruppen von Skontren) eine Hochrechnung und Verteilung der Erträge über die erwartete Restlaufzeit der aktivierten Skontren vorgenommen. Ein zukünftiges Wachstum der Erträge wurde dabei nicht unterstellt. Die so ermittelten zukünftigen Zahlungsströme wurden mit einem Rechnungszinssatz von 9% abgezinst. Die Summe der die Restbuchwerte übersteigenden abgezinsten Erträge der Skontren (erzielbarer Betrag) abzüglich des fortentwickelten Eigenkapitals der DBM wird dem Geschäftswert gegenübergestellt.

Der Geschäftswert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Baader Service Bank GmbH in Höhe von T€ 963 wurde bereits in dem auf den 30.09.2008 aufgestellten Zwischenabschluss voll wertberichtigt. Die Wertberichtigung wurde aufwandswirksam in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst. Grund dafür waren die damalige Ertragssituation und die bestehenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Wertberichtigung von Kundenforderungen.

Die im Rahmen der Jahresabschlusserstellung durchgeführten Impairment-Tests ergaben keinen weiteren Wertminderungsbedarf, da der jeweils erzielbare Betrag deutlich über den ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerten lag.

(37) Ertragsteueransprüche

In den Ertragsteueransprüchen werden Forderungen des Konzerns gegenüber den Finanzbehörden aus tatsächlichen Steuerüberzahlungen in Höhe von € 11.805.635,33 abgebildet. Durch das Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung

weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) wurde das bisherige System der Körperschaftsteuerminderung durch eine ratiertliche Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens ersetzt. Dies führt zu einer Aktivierung des Barwertes der Körperschaftsteuerguthaben im Konzern in Höhe von T€ 11.693.

(38) Sonstige Aktiva

Die Sonstigen Aktiva setzen sich aus folgenden Größen zusammen:

	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige Vermögensgegenstände	6.301.671,32	8.897.534,21
Rechnungsabgrenzungsposten	663.996,75	292.011,30
Insgesamt	6.965.668,07	9.189.545,51

In den Sonstigen Aktiva ist eine geleistete Zahlung für Teile einer Wandelschuldverschreibung der Parsoli Corporation Ltd., Mumbai, Indien, mit T€ 3.321 enthalten. Die Eintragung der zugeteilten Stücke und die Einbuchung ins Depot stehen noch aus.

(39) Aktive latente Steuern

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IAS/IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften

der Konzernunternehmen ab. Sie werden angesetzt, soweit es wahrscheinlich ist, dass der zukünftige steuerliche Vorteil genutzt werden kann.

Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	31.12.2008	31.12.2007
Verlustvorträge	19.823.787,48	23.078.541,97
Pensionsrückstellungen/Aktivwerte	1.192.596,22	895.985,82
Wertpapiere	4.883,52	2.064,01
Insgesamt	21.021.267,22	23.976.591,80

Im Konzernabschluss der Baader Bank AG werden aktive latente Steuern auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge bilanziert. Nach Maßgabe von IAS 12 sind diese in dem Umfang zu bilanzieren, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein zukünftiges zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen

wird, gegen das die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste verwendet werden können.

Die aktiven latenten Steuern aus Verlustvorträgen ergeben sich wie folgt:

	Baader Bank AG	Baader Service Bank GmbH	direct AG	CCPM AG	Summe
Verlustvortrag 31.12.2007 in T€	83.075	1.587	0	0	84.662
– Verbrauch/Erhöhung Verlustvortrag 2008	– 15.980	4.034	544	16	– 17.007
= Verlustvortrag 31.12.2008 in T€	67.096	5.621	544	16	73.277
x Steuerquote in %	29,28 %	27,03 %	31,92 %	28,08 %	-
= Steueransprüche 31.12.2008 in T€	19.646	1.519	174	4	21.343
– Wertberichtigung in T€	0	– 1.519	0	0	– 1.519
= Aktive latente Steuern 31.12.2008 in T€	19.646	0	174	4	19.824
– Aktive latente Steuern 31.12.2007 in T€	– 22.778	– 301	0	0	– 23.079
Auflösung/Zuführung aktive latente Steuern/ Steueraufwand 2008 in T€	– 3.132	– 301	174	4	– 3.255

Gemäß IAS 12.48 sind tatsächliche und latente Steueransprüche und Steuerschulden im Regelfall anhand der aktuell geltenden Steuersätze und Steuervorschriften zu bewerten. In Steuergesetzgebungen, bei denen die Ankündigung von neuen Steuersätzen und Steuervorschriften durch die Regierung die materielle Wirkung einer tatsächlichen Inkraftsetzung hat, sind jedoch grundsätzlich bereits ab dem Zeitpunkt dieser Ankündigung die neuen Steuersätze und Steuervorschriften für die Bewertung der tatsächlichen und latenten Steueransprüche und Steuerschulden heranzuziehen.

Im Geschäftsjahr 2007 belaufen sich die voraussichtlich nutzbaren steuerlichen Verlustvorträge der Baader Bank AG auf T€ 83.075. Bisher war in den Verlustvorträgen ein Betrag von T€ 30.018 enthalten, der grundsätzlich eine Hinzurechnung zum steuerlichen Einkommen der Baader Bank AG darstellte und aus der Hinzurechnung zum Einkommen aufgrund einer in der Vergangenheit vorgenommenen Abschreibung auf Anteile an einer Tochtergesellschaft resultierte. Diese Hinzurechnungsvorschrift nach § 12 Abs. 2 des Umwandlungssteu-

ergesetzes in der jetzt gültigen Fassung wurde mit Urteil vom 15.01.2008 vom Bundesverfassungsgericht als gültig beurteilt, wenngleich ihr Zustandekommen verfassungswidrig war. Daher ergibt sich nunmehr abgabenrechtlich nicht mehr die Möglichkeit der Berücksichtigung der T€ 30.018 als Verlustvortrag für die Baader Bank AG.

Im Jahr 2007 wurde der Sicherheitsabschlag von vorher 50% auf dann 30% reduziert, um den verminderten, aber immer noch gegebenen Unwägbarkeiten der Steuergesetzgebung, aber auch der geringen Prognostizierbarkeit der Umsatz- und Kursverläufe sowie der Volatilität der Unternehmensgewinne Rechnung zu tragen. Mit Verschmelzung der Deutschen Börsenmakler GmbH auf die Baader Bank AG wurde die Ertragsbasis weiter gestärkt und die Unsicherheiten haben sich insofern reduziert, dass im Geschäftsjahr 2008 der Sicherheitsabschlag vollständig aufgelöst wurde.

Vor dem Hintergrund der geplanten Verschmelzung der Baader Service Bank GmbH auf die Baader Bank AG im Ge-

schäftsjahr 2009 und dem damit einhergehenden Verfall der ungenutzten Verlustvorträge der Baader Service Bank GmbH wurde das auf diese Tochtergesellschaft entfallende Tax Asset in voller Höhe über den Steueraufwand wertberichtigt.

Neu berücksichtigt wurden die im laufenden Geschäftsjahr entstandenen latenten Steuern auf Verlustvorträge der direct AG in Höhe von T€ 174. Die Unternehmensplanung geht im ersten operativen Geschäftsjahr von Verlusten aus, denen in den Folgejahren ausreichend zu versteuerndes Einkommen gegenübersteht. Außerdem wurde der im Geschäftsjahr 2008 entstandene Verlustvortrag der CCPM AG in Höhe von T€ 4 aktiviert, der bereits im Folgejahr durch entsprechende steuerliche Gewinne voll genutzt werden sollte.

Die Änderungen in der Neubewertung des Tax Asset wirken sich in der GuV mit einem Steuerertrag von T€ 1.145 aus. Dagegen steht ein Steueraufwand im Rahmen des Verbrauch des

verbleibenden Verlustvortrages durch das Ergebnis des Geschäftsjahres 2008 in Höhe von T€ 4.400, so dass die latenten Steuererstattungsansprüche aus Verlustvorträgen im Saldo um T€ 3.255 gegenüber dem Vorjahr sinken.

Nach den beschlossenen langfristigen Unternehmensplanungen sprechen mehr Gründe dafür als dagegen, dass in den nächsten fünf Jahren auch unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung ausreichend zu versteuerndes Einkommen erwirtschaftet wird, um die per 31.12.2008 bei der Bilanzierung der aktiven latenten Steuern berücksichtigten steuerlichen Verlustvorträge zu verwerten.

Die Veränderung der aktiven latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede der Pensionsrückstellungen und Aktivwerte sowie Wertpapiere wird erfolgswirksam als latenter Steuerertrag unter den Ertragsteuern ausgewiesen.

(40) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen ausschließlich gegenüber inländischen Kreditinstituten und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2008	31.12.2007
Täglich fällig	19.464.454,04	7.003.673,83
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	12.369.630,05	12.747.470,28
Insgesamt	31.834.084,09	19.751.144,10

In der Position mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist ist ein Darlehen zur Refinanzierung des Geschäftsgebäudes in Höhe von € 12.369.630,05 ausgewiesen. Die Restlaufzeiten der

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 67) gezeigt.

(41) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2008	31.12.2007
Inländische Kunden	36.345.992,01	15.200.400,69
- Unternehmen	29.785.703,61	8.045.408,18
- Privatpersonen	6.469.831,97	7.089.120,45
- Sonstige	90.456,43	65.872,06
Ausländische Kunden	61.765.139,57	26.229.335,82
- Unternehmen	56.857.217,67	17.974.558,87
- Privatpersonen	4.907.921,90	8.254.776,95
Insgesamt	98.111.131,58	41.429.736,51

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden resultieren hauptsächlich aus Einlagen bei der Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH. Darin enthalten ist aber auch ein von der Baader Bank AG im Jahr 2008 neu aufgenommenes Schuldscheindarlehen in Höhe von T€ 21.000.

In der Position Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Zinsabgrenzungen in Höhe von € 210.039,76 enthalten. Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden in der Restlaufzeitgliederung (vgl. Note 67) gezeigt.

(42) Handelspassiva

Die Handelspassiva enthalten Lieferverbindlichkeiten aus

Wertpapierleerverkäufen und derivative Finanzinstrumente mit negativen Marktwerten.

	31.12.2008	31.12.2007
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	38.336.927,34	0,00
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	552.798,48	0,00
Insgesamt	38.889.725,82	0,00

(43) Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich folgendermaßen zusammen:

	31.12.2008	31.12.2007
Pensionsrückstellungen	9.289.609,00	7.702.648,00
Andere Rückstellungen	2.146.251,28	9.610.846,29
Insgesamt	11.435.860,28	17.313.494,29

Bei den Rückstellungen für Pensionen handelt es sich ausschließlich um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter bestimmen sich nach einzelvertraglichen Pensionszusagen. Pensionen werden nach Versetzung in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. vorzeitig bei Invalidität und Tod gezahlt (vgl. Note 21).

schaftsbarwert der Pensionsverpflichtungen zum 31.12.2008 beträgt T€ 9.524 (Vorjahr T€ 9.824). Der Unterschied zu den Pensionsrückstellungen resultiert aus bislang nicht in der Bilanz angesetzten versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten in Höhe von T€ – 1.198 (Vorjahr T€ 1.020), nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand von T€ 0 (Vorjahr T€ 160) sowie aus dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens in Höhe von T€ 1.432 (Vorjahr T€ 942).

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich von unabhängigen Aktuaren nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Der Anwart-

Die Pensionsverpflichtungen haben sich wie folgt entwickelt:

	2008	2007
Pensionsverpflichtungen (DBO) zum 01.01.	9.824.478,00	8.625.434,00
Laufender Dienstzeitaufwand	873.607,00	821.241,00
Zinsaufwand	471.492,00	388.144,00
Planänderungen	74.020,00	42.692,00
Abgeltungen	- 239.326,00	0,00
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	- 2.118.660,00	- 53.033,00
Zugang durch Erwerb der DBM	638.149,00	0,00
Pensionsverpflichtungen (DBO) zum 31.12.	9.523.760,00	9.824.478,00

Alle Pensionsverpflichtungen sind teilweise durch Planvermögen finanziert. Das ausschließlich in Form von Rückdeckungsversicherungen zur Verfügung stehende Planvermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	2008	2007
Planvermögen zum 01.01.	942.027,00	806.033,00
Beiträge des Arbeitgebers	107.093,00	106.513,00
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	57.462,00	40.831,00
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	40.373,00	- 11.350,00
Zugang durch den Erwerb der DBM	285.194,00	0,00
Marktwert zum 31.12.	1.432.149,00	942.027,00

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen € 97.835,00 (Vorjahr € 33.059,00).

Planvermögens nach IAS 19 und ist somit nicht bei der Rückstellungsbildung als Planvermögen berücksichtigt.

Neben den Rückdeckungsversicherungen erfolgt außerdem eine interne Vermögensanlage in Form von Wertpapieren, die ausschließlich der Deckung der Pensionsverpflichtungen dient. Diese erfüllt jedoch nicht die Voraussetzungen des

Im Rahmen der Bilanzierung der Pensionsrückstellungen wurden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung die folgenden Beträge berücksichtigt:

	2008	2007
laufender Dienstzeitaufwand	873.607,00	856.385,00
Zinsaufwand	471.492,00	442.447,00
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	- 57.462,00	- 44.409,00
versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	240.928,00	7.314,00
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0,00	160.226,00
Abgeltungen	- 122.911,00	0,00
Gesamt	1.405.654,00	1.451.444,00

Der Pensionsaufwand ist in voller Höhe im Verwaltungsaufwand enthalten.

Die Entwicklung der Pensionsverpflichtungen im Fünf-Jahres-Vergleich ergibt sich wie folgt:

	2008	2007	2006	2005	2004
Pensionsverpflichtung (DBO)	9.523.760,00	9.824.478,00	8.625.434,00	7.687.243,00	4.576.212,00
Planvermögen	- 1.432.149,00	- 942.027,00	- 806.033,00	- 697.649,00	- 185.324,00
Plandefizit	8.091.611,00	8.882.451,00	7.819.401,00	6.989.774,00	4.390.888,00

Die Beiträge des Arbeitgebers, die erwartungsgemäß im Geschäftsjahr 2009 in den Plan eingezahlt werden, betragen nach bestmöglicher Schätzung ca. T€ 7.

Die anderen Rückstellungen entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	Stand 01.01.08 T€	Verbrauch T€	Auflösung T€	Zuführung T€	Stand 31.12.08 T€
Personal	0	0	0	985	985
Kostenumlagen	8.903	41	8.716	291	437
Übrige	708	468	36	520	724
Insgesamt	9.611	509	8.752	1.796	2.146

Bei den Rückstellungen für Personal handelt es sich im Wesentlichen um Abfindungen.

Die in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 in den anderen Rückstellungen enthaltene Rückstellung für den zu erwartenden Sonderbeitrag an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) im Zusammenhang mit dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsauf-

sicht (BaFin) festgestellten Schadensfall Phönix Kapitaldienst GmbH wurde im Geschäftsjahr 2008 in Höhe von T€ 8.650 vollständig aufgelöst. Mit Erhalt der Vollbanklizenz wurde die Baader Bank AG Mitglied in der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB) und schied damit aus der EdW aus. Im Übrigen enthalten die anderen Rückstellungen Kostenumlagen der Aufsichtsämter.

(44) Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von € 1.286.996,10 sind tatsächliche Steuerverpflichtungen der Konzernunternehmen, für die noch kein rechtskräftiger Steuerbescheid ergangen ist.

(45) Sonstige Passiva

In den Sonstigen Passiva in Höhe von € 18.997.079,63 (Vorjahr T€ 12.723) sind im Wesentlichen noch ausstehende Rechnungen und abgegrenzte Verbindlichkeiten (T€ 15.931) und noch abzuführende Gehaltsabzüge (T€ 1.671) erfasst.

(46) Passive latente Steuern

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögensgegenstände und Schulden in der Konzernbilanz nach IAS/IFRS und den Steuerbilanzwer-

ten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar.

Passive Steuerabgrenzungen wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	31.12.2008	31.12.2007
Wertpapiere	665.885,22	973.896,12
Immaterielle Anlagewerte	3.561.752,59	758.842,99
Insgesamt	4.227.637,81	1.732.739,11

Die Veränderung der passiven latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede bei Wertpapieren wird in Höhe von € 60.448,17 erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfasst. Alle anderen Veränderungen werden erfolgswirksam als Ertragsteueraufwand bzw. -ertrag im Periodenergebnis gezeigt.

Passive latente Steuern im Zusammenhang mit immateriellen Anlagewerten sind im Rahmen der Unternehmenserwerbe und der Kaufpreisallokationen der CCPM und DBM entstanden. Sie betreffen die als immaterielle Anlagewerte identifizierten Handelsstrategien bzw. Skontren und werden entsprechend der Nutzungsdauer der Vermögenswerte zugunsten der Ertragsteuern aufgelöst.

(47) Eigenkapital

	31.12.2008 €	31.12.2007 €
a) Gezeichnetes Kapital	45.435.187,00	45.502.738,00
b) Kapitalrücklage	60.837.559,54	60.903.955,41
c) Gewinnrücklagen	43.495.565,10	22.495.565,10
d) Neubewertungsrücklage	359.436,41	1.227.280,69
e) Rücklage aus Währungsumrechnung	52.776,13	-9.669,76
f) Konzerngewinn	8.601.347,03	32.374.345,64
Gesamt vor Fremdanteilen	158.781.871,21	162.494.215,08
Anteile im Fremdbesitz	1.434.815,26	1.408.200,85
Eigenkapital	160.216.686,47	163.902.415,93

a) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) bestand am 31.12.2008 in Höhe von € 45.908.682,00 aus 45.908.682 Stück Inhaber-Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien).

	Stückzahl
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien 01.01.2007	45.502.738
Zuzüglich eigener Aktien im Bestand am 31.12. des Vorjahres	405.944
Anzahl der ausgegebenen Aktien am 31.12.2007	45.908.682
Abzüglich eigener Aktien im Bestand am Bilanzstichtag	473.495
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien 31.12.2008	45.435.187

Vor Verrechnung der im Eigenbestand befindlichen eigenen Aktien beläuft sich das Gezeichnete Kapital auf € 45.908.682,00. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Baader Bank AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind

voll eingezahlt.

Der Wert der ausgegebenen, im Umlauf befindlichen und genehmigten Aktien ergibt sich wie folgt:

	31.12.2008		31.12.2007	
	T€	Stückzahl	T€	Stückzahl
Ausgegebene Aktien	45.909	45.908.682	45.909	45.908.682
./. eigene Aktien im Bestand	473	473.495	406	405.944
= im Umlauf befindliche Aktien (Gezeichnetes Kapital)	45.436	45.435.187	45.503	45.502.738
+ noch nicht ausgegebene Aktien aus genehmigtem Kapital	22.954	22.954.341	22.954	22.954.341
Gesamt	68.390	68.389.528	68.457	68.457.079

Im Geschäftsjahr 2008 wurden 89.671 Stück eigene Aktien erworben. Die Anschaffungskosten betragen € 169.929,02. Das entspricht einem durchschnittlichen Kurs von € 1,90.

Durch Beschluss der Hauptversammlung am 26.06.2008 wurden die Beschlüsse gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 und Nr. 8 AktG zum Erwerb eigener Aktien vom 26.06.2007 aufgehoben und die Ermächtigungen gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 und Nr. 8 AktG bis zum 25.11.2009 wie folgt erteilt:

- zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10% übersteigen oder unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen.

- Die Gesellschaft wird gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG dazu ermächtigt, Aktien der Gesellschaft zu erwerben, insbesondere um sie Dritten im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Unternehmensbeteiligungen oder Vermögensgegenständen – auch durch Aktientausch – sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen anbieten zu können.
- Aktien den Berechtigten aus den Aktienoptionsplänen 1999, 2004 und 2006 der Baader Bank AG gemäß den Ermächtigungen der Hauptversammlungen vom 18.06.1999, 14.07.2004 und 19.07.2006 zum Bezug anzubieten oder sie einzuziehen.

Die Ermächtigung ist auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu zehn vom Hundert beschränkt. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer der genannten Zwecke ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 25.11.2009. Der Erwerb erfolgt über die Börse. Der von der Baader Bank AG gezahlte Gegenwert je Aktie darf den Mittelwert der Schlusskurse für die Stückaktien der Baader Bank AG im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten fünf Handelstage vor dem Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) um nicht mehr als 5% überschreiten. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Baader Bank AG, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, Dritten beim Erwerb von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Unternehmensbeteiligungen oder Vermögensgegenständen – auch durch Aktientausch – sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen anzubieten. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben wurden, im Rahmen der von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionspläne 1999, 2004 und

2006 Inhabern von Optionen zum Erwerb anzubieten. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf diese eigenen Aktien wird insoweit ausgeschlossen, wie diese Aktien gemäß der vorstehend genannten Ermächtigungen verwandt werden. Der Vorstand wird weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Baader Bank AG einzuziehen, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Ermächtigung zur Einziehung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden.

b) Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage ist der Mehrerlös (Agio) enthalten, der bei der Ausgabe von Aktien erzielt wird. Bei einem Rückkauf von eigenen Aktien wird der Differenzbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Nennbetrag mit den Kapitalrücklagen verrechnet. Sind die Gewinnrücklagen aufgebraucht, nimmt die Kapitalrücklage sämtliche erfolgswirksamen Konsolidierungsmaßnahmen auf.

c) Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen bestehen aus anderen Gewinnrücklagen in Höhe von T€ 43.496 (Vorjahr: T€ 22.496). Die Zuführung beruht auf dem Hauptversammlungsbeschluss vom 26.06.2008.

d) Neubewertungsrücklage

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung von Available-for-Sale Beständen, die sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Instrumenten zusammensetzen, zum Marktwert (Fair Value) nach Berücksichtigung latenter Steuern eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne und Verluste erfolgt erst, wenn die Vermögenswerte veräußert bzw. abgeschrieben worden sind.

	2008 T€	2007 T€
Bewertung Available-for-Sale-Bestände	266	1.071
Latente Steuern aus Bewertung Available-for-Sale-Bestände	- 75	- 12
Kapitalkonsolidierung sukzessiver Erwerb	168	168
Insgesamt	359	1.227

Der Rückgang der Neubewertungsrücklage ist hinsichtlich der Available-for-Sale-Bestände vor allem in Kursrückgängen und der damit verbundenen Abwertung von Beständen begründet.

e) Rücklage für Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung

von ausländischen Tochterunternehmen, die nicht in der Berichtswährung bilanzieren.

f) Konzerngewinn

Der Konzerngewinn setzt sich zusammen aus dem Jahresüberschuss nach dem konzernfremden Gesellschaftern zustehenden Ergebnis und dem Gewinnvortrag aus vorangegangenen Geschäftsjahren. Ein Teil des Konzerngewinns soll auch für das Geschäftsjahr 2008 an die Aktionäre ausgeschüttet werden. Ausschüttungsbemessungsgrundlage

ist nach wie vor das Ergebnis nach Steuern des HGB-Einzelabschlusses der Baader Bank AG. Der Hauptversammlung am 03.07.2009 soll die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von € 0,06 je Aktie vorgeschlagen werden. Bei der derzeit im Umlauf befindlichen Anzahl von 45.435.187 Stück Aktien ergibt sich eine Ausschüttungssumme von

T€ 2.726. Im Vorjahr wurde eine Dividende in Höhe von € 0,25 je Aktie ausgeschüttet. Ein Betrag in Höhe von T€ 5.500 soll in die Gewinnrücklagen eingestellt werden. Der verbleibende Bilanzgewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen.

(48) Bedingtes Kapital

Das bedingte Kapital ist für die Ausgabe neuer Stückaktien zur Bedienung der Aktienoptionspläne und für die Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen oder Optionsscheinen aus Teilschuldverschreibungen vorgesehen.

Entwicklung des bedingten Kapitals:

	Bedingtes Kapital 01.01.2008 T€	Zugänge T€	Verfall/Verbrauch/ Korrektur T€	Bedingtes Kapital 31.12.2008 T€
Ausgabe von Stückaktien	3.400	0	0	3.400
Wandelschuldverschreibungen/ Optionsscheine aus Teilschuldverschreibungen	10.000	0	0	10.000
Insgesamt	13.400	0	0	13.400

In der Hauptversammlung vom 19.07.2006 war eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu nominal € 1.200.000,00 beschlossen worden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.200.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionsrechten, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 1999 der Baader Bank AG aufgrund der am 18.06.1999 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionsrechten Gebrauch machen (bedingtes Kapital 1999).

In der Hauptversammlung vom 19.07.2006 war eine weitere bedingte Kapitalerhöhung um bis zu € 600.000,00 beschlossen worden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2004 der Baader Bank AG aufgrund der am 14.07.2004 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (bedingtes Kapital 2004).

Das Grundkapital ist weiterhin durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26.06.2007 um bis zu nominal € 1.600.000,00 bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur durch Ausgabe von bis zu 1.600.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Ge-

schäftsjahres ihrer Ausgabe und nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionen, die im Rahmen des Aktienoptionsplans 2006 der Baader Bank AG aufgrund der am 19.07.2006 erteilten Ermächtigung ausgegeben werden, von ihren Optionen Gebrauch machen (bedingtes Kapital 2007).

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26.06.2007 wurde das Kapital der Gesellschaft auf bis zu € 10.000.000,00 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 10.000.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien (bedingtes Kapital 2005). Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen und/oder aus Optionsscheinen aus Teilschuldverschreibungen, die gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29.06.2005 und vom 26.06.2007 bis zum 25.06.2012 von der Baader Bank AG begeben werden oder durch eine Gesellschaft, an der die Baader Bank AG unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem jeweils festzulegenden Wandel- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandel- bzw. Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzusetzen.

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung des § 4 der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des bedingten Kapitals anzupassen.

(49) Genehmigtes Kapital

Datum der Beschlussfassung	Ursprünglicher Betrag	In Vorjahren für Kapitalerhöhungen verbraucht	2007 für Kapitalerhöhungen verbraucht	Befristung ausgelaufen	Verbleibender Betrag	Befristung
26.06.2007	22.954	0	0	0	22.954	25.06.2012
Gesamt	22.954	0	0	0	22.954	

Die Beschlüsse vom 10.07.2002 über das genehmigte Kapital I und das genehmigte Kapital II wurden von der Hauptversammlung am 26.06.2007 aufgehoben. Es wurde ein neues genehmigtes Kapital 2007 geschaffen. Danach wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 25.06.2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen um bis zu € 22.954.341,00 zu erhöhen. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Mit Zustimmung des Aufsichtsrats kann jedoch der Vorstand a) Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht ausnehmen, b) das Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen, um die

neuen Aktien gegen Bareinlagen zu einem Ausgabebetrag auszugeben, der den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (§ 186 Abs. 3 Satz 4 AktG), wobei der Bezugsrechtsausschluss nur Aktien erfassen darf, deren rechnerischer Wert 10% des Grundkapitals nicht übersteigt, c) das Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen, um die Aktien gegen Sacheinlagen zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Vermögensgegenständen – auch durch Aktientausch – sowie bei Unternehmenszusammenschlüssen auszugeben (Genehmigtes Kapital 2007).

(50) Fremdwährungsvolumina

Am Bilanzstichtag wurden im Konzern folgende Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in fremder Währung bilanziert:

	2008 T€	2007 T€
Forderungen an Kreditinstitute	13.545	10.803
Forderungen an Kunden	3.000	568
Handelsaktiva	0	0
Available-for-Sale-Bestände/at Equity bewertete Unternehmen	7.163	6.995
Andere Bilanzposten	3.373	4.990
Fremdwährungsaktiva	27.081	23.356
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	160	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15.238	6.389
Handelspassiva	0	0
Andere Bilanzposten	769	401
Fremdwährungspassiva	16.167	6.790

(51) Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2008	31.12.2007
Zinserträge aus	3.909.033,63	2.833.090,85
- Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.881.822,60	2.813.449,48
- festverzinslichen Wertpapieren	27.211,03	19.641,37
Zinsaufwendungen	- 2.862.509,71	- 1.147.102,10
Insgesamt	1.046.523,92	1.685.988,75

Die Zinsaufwendungen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Zinsaufwendungen für Kundengelder in Höhe von € 1.222.677,25, Zinsaufwendungen für kurzfristige Verbind-

lichkeiten in Höhe von € 1.015.276,05 und Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von € 527.590,76.

(52) Risikovorsorge für das Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft stellt sich in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns wie folgt dar:

	31.12.2008	31.12.2007
Zuführungen zur Risikovorsorge	3.053.099,56	0,00
Auflösungen	0,00	200,00
Direktabschreibungen	15.685,38	- 0,48
Insgesamt	3.068.784,94	199,52

(53) Provisionsüberschuss

	31.12.2008	31.12.2007
Provisionserträge	56.309.150,55	62.848.030,33
- Courtageerträge/Transaktionsentgelte	40.011.952,18	45.723.084,52
- Orderrouting	5.792.109,88	6.746.999,38
- Kapitalmarktdienstleistungen	432.668,22	3.024.095,63
- Vermittlung Schuldscheindarlehen	3.509.716,50	1.947.342,74
- Vermittlungsprovisionen	560.766,48	1.699.887,37
- Management- und Performance-Fee	5.801.645,38	3.591.834,56
- Sonstige Provisionserträge	200.291,91	114.786,13
Provisionsaufwendungen	- 17.339.259,66	- 16.310.905,56
- Courtageaufwendungen	- 2.055.640,10	- 1.983.016,36
- Orderrouting	- 1.467.412,40	- 1.934.566,50
- Kapitalmarktdienstleistungen	- 348,43	- 8.352,73
- Vermittlung Schuldscheindarlehen	- 199.414,40	- 75.630,31
- Vermittlungsprovisionen	- 1.379.516,84	- 498.785,31
- Management- und Performance-Fee	- 1.460.552,31	- 1.676.440,39
- Abwicklungsgebühren	- 8.712.476,17	- 9.216.635,83
- Sonstige Provisionsaufwendungen	- 2.063.899,01	- 917.478,13
Insgesamt	38.969.890,89	46.537.124,77

(54) Handelsergebnis

Das Handelsergebnis spiegelt das Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren und derivativen Finanzinstrumenten wider. Alle Finanzinstrumente des Handelsbestands werden mit dem Marktwert (Fair Value) bewertet. Zur Bewertung börsennotierter Produkte verwenden wir Börsenkurse, für nicht bör-

sengehandelte Handelsgeschäfte liegen der Bestimmung des Zeitwerts interne Preismodelle zugrunde. Im Handelsergebnis sind, neben den aus Handelsaktivitäten entstandenen realisierten und unrealisierten Ergebnissen, auch die auf diese Geschäfte entfallenden Zins- und Dividendenerträge sowie Refinanzierungskosten enthalten.

	31.12.2008	31.12.2007
Effektenhandel	59.497.693,31	52.108.836,09
- Zinsen und Dividenden	834.061,08	1.131.716,44
- Wertpapiere	34.360.108,11	31.677.179,72
- Optionen und Futures	3.533.993,36	- 38.216,10
- Kursdifferenzen	20.769.530,76	19.338.156,03
Devisen	- 218.820,10	- 89.685,67
- Umrechnungsdifferenzen aus Fremdwährungstransaktionen	292.645,68	- 16.162,29
- Sonstige	- 511.465,78	- 73.523,38
Insgesamt	59.278.873,21	52.019.150,42

(55) Ergebnis aus Available-for-Sale-Beständen

Im Ergebnis aus Available-for-Sale-Beständen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse sowie laufende Zins- und Dividendenerträge aus dem zur Veräußerung verfügbaren Wertpapierbestand und Beteiligungen ausgewiesen.

	31.12.2008	31.12.2007
Zins- und Dividendenerträge	439.459,32	1.427.106,84
- Festverzinsliche Wertpapiere	38.966,55	112.446,81
- Aktien/andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	400.161,39	125.631,47
- Beteiligungen	331,38	1.189.028,56
Gewinn/Verlust aus dem Verkauf von Available-for-Sale-Beständen	11.955,50	2.494.747,68
- Aktien/andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11.955,50	2.494.747,68
Wertberichtigungen	- 3.803.653,64	- 34.476,15
- Abschreibungen	- 3.803.653,64	- 34.476,15
Insgesamt	- 3.352.238,82	3.887.378,37

Die Wertberichtigungen enthalten insbesondere Abschreibungen auf die Beteiligungen der Baader Bank AG an der KST Beteiligungs AG (T€ 1.793) sowie an der U.C.A. AG (T€ 1.845),

die aufgrund einer nachhaltigen Wertminderung aufwandswirksam gebucht wurden.

(56) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

	31.12.2008	31.12.2007
Ergebnisanteil	- 178.412,75	3.789.928,36
Abschreibung Firmenwert	- 729.374,42	0,00
Insgesamt	- 907.787,17	3.789.928,36

Die Position Ergebnisanteil setzt sich zusammen aus vereinnahmten Dividenden und anteiligem Ergebnis der Unternehmen Parsoli Corporation (T€ - 421), Gulf Baader Capital Markets (T€ - 223) und Berlin Asset Management (T€ 27), aus der Zuschreibung auf den Wert des anteiligen Eigenkapitals der SPAG einschließlich des anteiligen Ergebnisses per 31.12.2007 (T€ 33) und dem anteiligen Gewinn aus den Sondervermögen (T€ 406).

Daneben wurde der im at Equity Buchwert der Parsoli Corporation Ltd. enthaltene Firmenwert in voller Höhe abgeschrieben (T€ - 729).

Im Segmentbericht wird das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Konsolidierungsspalte ausgewiesen.

(57) Verwaltungsaufwand

	31.12.2008	31.12.2007
Personalaufwand	- 49.378.296,41	- 44.853.062,64
- Löhne und Gehälter	- 43.561.898,54	- 40.263.940,75
- Soziale Abgaben	- 3.285.326,17	- 2.805.228,20
- Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	- 2.531.071,70	- 1.783.893,69
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 31.628.186,63	- 23.938.517,31
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	- 6.722.204,46	- 7.031.735,72
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	- 451.835,78	- 379.004,14
- Immobilien	- 855.756,17	- 855.647,81
- Immaterielle Anlagewerte	- 5.414.612,51	- 5.797.083,77
Insgesamt	- 87.728.687,50	- 75.823.315,67

In der Position Löhne und Gehälter sind variable Gehaltsbestandteile in Höhe von T€ 20.850 (Vorjahr: T€ 20.679) enthalten. Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Dotierung der Pensionsrückstellungen (T€ 1.406) sowie die Aufwendungen aus beitragsorientierten Zusagen (T€ 93) sind in den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung enthalten.

Im Verwaltungsaufwand sind Aufwendungen für Mindestleasingzahlungen aus Operating-Leasing-Verhältnissen in Höhe von T€ 3.314 enthalten.

(58) Sonstiges Ergebnis

	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige betriebliche Erträge	11.014.982,92	3.949.551,02
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 3.605.186,89	- 1.135.791,19
Insgesamt	7.409.796,03	2.813.759,83

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen Posten, die anderen Positionen der Gewinn-und-Verlust-Rechnung nicht zugeordnet werden können. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 8.752), aus der Verrechnung von geldwerten Vorteilen aus der privaten Nutzung von Firmenwagen und der Gewährung von Aktienoptionen (T€ 496), periodenfremde Erträge (T€ 862), Mieterträge (T€ 59) und Erträge aus Sponsoring (T€ 218). Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen bestimmen sich mehrheitlich durch die Auflösung der Rückstellung für die mögliche Inanspruchnahme durch die EdW in Höhe von T€ 8.650. Eine ausführliche Darstellung der Neubeurteilung des Sachverhalts zum 31.12.2008 findet sich in Note 43.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nehmen ebenfalls Posten auf, die anderen Positionen der Gewinn-und-Verlust-Rechnung nicht zugeordnet werden können. Sie betreffen vor allem die Abschreibung der Wandelanleihe der Parsoli Corporation Ltd. (T€ 1.638) und die Abschreibung des Geschäftswertes aus der Erstkonsolidierung der Baader Service Bank GmbH (T€ 963).

(59) Ertragsteuern auf das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit

Die Ertragsteuern teilten sich für das abgelaufene Geschäftsjahr wie folgt auf:

	31.12.2008	31.12.2007
Laufende Ertragsteuern	-2.254.922,63	-5.209.224,16
Erstattung Körperschaftsteuerguthaben	1.240.647,20	313.197,07
Latente Steuern	-1.873.906,56	-1.428.942,58
Insgesamt	-2.888.181,99	-6.324.969,67

In den latenten Steuern der aktiven Steuerabgrenzungen sind Steueraufwendungen aus der Auflösung von aktivierten Vorteilen aus steuerlichen Verlustvorträgen in Höhe von T€ 4.400 enthalten, die im Geschäftsjahr genutzt werden konnten (vgl. Note 39).

	31.12.2008	31.12.2007
Aktive latente Steuern	-2.964.804,28	-2.236.162,61
Passive latente Steuern	1.090.897,72	807.220,03
Insgesamt	-1.873.906,56	-1.428.942,58

Die latenten Steuern werden im Geschäftsjahr 2008 mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen berechnet.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sowie den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag im Geschäftsjahr. Der als Basis für die Überleitungs-

rechnung gewählte anzuwendende Konzernertragsteuersatz entspricht dem Ertragsteuersatz der Konzern-Mutter. Aufgrund der Absenkung des Körperschaftsteuersatzes und der Einführung der Nichtabzugsfähigkeit der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 liegt der Ertragsteuersatz der Baader Bank AG im Jahr 2008 deutlich unter dem Niveau von 2007.

	31.12.2008 T€	31.12.2007 T€
Jahresergebnis vor Ertragsteuern nach IAS/IFRS	11.647	34.910
Konzernertragsteuersatz (%)	29,28%	38,11%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	3.410	13.304
Auswirkungen nicht abziehbarer Betriebsausgaben und steuerfreier Erträge	3.586	-2.114
Auswirkungen latenter Steuern auf Verlustvorträge	-2.831	-4.712
Auswirkungen nicht angesetzter latenter Steuern	1.139	0
Aktivierung Körperschaftsteuerguthaben	-1.241	-313
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	-894	175
Auswirkungen abweichender Steuersätze bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	-281	-11
Sonstige Auswirkungen	0	-4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.888	6.325

(60) Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie ermittelt sich nach IAS 33, indem das Jahresergebnis nach Steuern, abzüglich des auf konzernfremde Gesellschafter entfallenden Ergebnisanteiles, (Zähler) durch die gewichtete Anzahl der während des Berichtsjahres durchschnittlich im Umlauf befindlichen Zahl der Stammaktien (Nenner) dividiert wird.

	2008	2007
Jahresergebnis	8.607.766,01	28.642.009,22
Gewichtete durchschnittliche Anzahl umlaufender Aktien	45.510.306	45.440.199
Ergebnis je Aktie	0,19	0,63

Das verwässerte Ergebnis je Aktie beträgt ebenfalls € 0,19 und wird grundsätzlich beeinflusst durch die ausübaren, „im Geld“ befindlichen Aktienoptionen (vgl. Note 26), die in die Berechnung der gewichteten durchschnittlichen Anzahl umlaufender Aktien des verwässerten Ergebnisses je Aktie einfließen.

Es bestehen genehmigte Kapitalien in Höhe von insgesamt € 22.954.341,00, für die das Bezugsrecht der Aktionäre gemäß § 203 Abs. 2 AktG ausgeschlossen werden kann (vgl. Note 49). Dieses genehmigte Kapital ist nicht in die Berechnung des verwässerten Ergebnisses eingegangen, da es keinen verwässernden Einfluss in der gegenwärtigen Periode hat.

Da für die Bedienung der Mitarbeiteroptionspläne nach Wahl der Gesellschaft eigene Aktien gewährt werden können, ergeben sich aus den bedingten Kapitalerhöhungen (vgl. Note 48) keine Verwässerungseffekte. Dies gilt auch für die bedingte Kapitalerhöhung durch Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen, da von der Ermächtigung noch kein Gebrauch gemacht wurde.

Das Jahresergebnis unterliegt keinem Verwässerungseffekt.

(61) Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung des Konzernabschlusses zum 31.12.2008 der Baader Bank AG wird nach Geschäftsbereichen (Business-Segments) dargestellt. Als primäre Geschäftsbereiche des Konzerns lassen sich vier unterschiedliche Teilaktivitäten voneinander abgrenzen: Skontroführung und Eigenhandel, Vermittlungsgeschäft, Kapitalmarktdienstleistungen und Finanzportfolioverwaltung. In der Spalte „Sonstiges/Konsolidierung“ werden neben Bewegungen, die keinen direkten Bezug zu den vier primären Segmenten haben bzw. nicht auf deren operative Geschäftstätigkeit entfallen, auch konsolidierungspflichtige Erträge und Aufwendungen des Konzerns ausgewiesen.

Der Geschäftsbereich Skontroführung und Eigenhandel stellt sich folgendermaßen dar: Der Konzern betreut zum Bilanzstichtag 31.12.2008 als Skontroführer 13.667 Aktienskonten, 16.567 Skonten in Renten und Genussscheinen, 269.680 Skonten für Optionsscheine, Zertifikate und ETFs sowie 8.287 Skonten für Fonds. Aufgabe des Skontroführers ist es, für das betreute Wertpapier Börsenpreise festzustellen und gegebenenfalls durch Selbsteintritt (Eigenhandel) für zusätzliche Liquidität zu sorgen.

Im Bereich Vermittlungsgeschäft tritt der Konzern als Makler zwischen in- und ausländischen Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten für alle an einer deutschen Börse notierten Wertpapiere auf. Des Weiteren wird über die Baader Service Bank GmbH institutionellen und privaten Anlegern auch über elektronische Systeme der Zugang zu in- und ausländischen Börsenplätzen ermöglicht. Schwerpunkt ist hier der Handel von börsengehandelten Derivaten. Die Baader Heins & Seitz Capital Management AG vermittelt Schuldscheindarlehen zwischen institutionellen Investoren. Für ihre Vermittlungstätigkeit bzw. Dienstleistung erhält die jeweilige Gesellschaft Provisionen. Die Geschäftsabwicklung erfolgt ausschließlich über Kreditinstitute.

Im Rahmen der Kapitalmarktdienstleistungen platziert der Konzern im eigenen Namen und für eigene Rechnung Wertpapiere an Kreditinstitute, teilweise unter Einschaltung eines Übernahmekonsortiums. Zusätzlich bietet die Baader Bank AG Unternehmen Dienstleistungen und Beratung in allen Bereichen des Kapitalmarkts sowie bei der Durchführung von Kapitalmaßnahmen an. Das früher aktiv betriebene Beteiligungsgeschäft wird im Baader-Konzern nicht mehr verfolgt. Noch bestehende Engagements in börslichen und außerbörslichen Kapitalgesellschaften aus dem In- und Ausland werden

im Segment Kapitalmarktdienstleistungen bis zur Veräußerung wertsteigernd betreut.

Die Finanzportfolioverwaltung umfasst die Verwaltung einzelner in Finanzinstrumenten angelegter Vermögen für andere mit Entscheidungsspielraum. Die Baader Service Bank GmbH bietet Dienstleistungen in Funktion eines Investment-Managers für Alternative Investments an. Ebenso in diesem Geschäftsfeld enthalten ist die Geschäftstätigkeit der Conservative Concept Portfolio Management AG und der Conservative Concept AG, deren Schwerpunkt auf der Konzeption und Umsetzung von alternativen Anlagestrategien liegt und die

auf den Einsatz von Futures und Optionen in Form von Single Hedgefonds, Managed Accounts und Zertifikaten spezialisiert sind.

Auf eine Segmentberichterstattung nach geographischen Segmenten wurde verzichtet, weil die Ergebnisse und Vermögenswerte der ausländischen Tochtergesellschaften jeweils 10% des Gesamtergebnisses bzw. 10% der Vermögenswerte unterschreiten.

Aufgliederung nach Unternehmensbereichen

Geschäftsjahr 2008 in T€	Skontroführung und Eigenhandel	Vermittlungs- geschäft
Zinsergebnis	- 682	1.668
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	0	- 3.026
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	- 682	- 1.358
Provisionsergebnis	28.560	5.619
Handelsergebnis	40.248	19.481
Ergebnis aus Available-for-Sale-Beständen	- 35	0
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0
Ergebnis aus Finanzgeschäft	40.213	19.481
Direkt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	- 34.187	- 14.236
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9.166	63
Ergebnis nach direkt zuordenbaren Erträgen/Aufwendungen	43.070	9.569
Indirekt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	- 20.261	- 10.370
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22.809	- 801
Segmentvermögen in T€	182.772	103.651
Segmentverbindlichkeiten in T€	76.420	116.755
Risikoaktiva in T€	397.691	66.461
Allokiertes Kapital in T€	89.472	48.782
Rentabilität des allokierten Kapitals, bezogen auf Gewinn vor Steuern	25,5%	- 1,6%
Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte in der Berichtsperiode in T€	27.153	6.992
Impairmentaufwand in T€	1.638	3.026
Planmäßige Abschreibungen auf das Segmentvermögen in T€	4.838	1.375
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	113	56

Kapitalmarkt- dienstleistungen	Finanzportfolio- verwaltung	Sonstiges/ Konsolidierung	Konzern
7	54	0	1.047
-32	-11	0	-3.069
-25	43	0	-2.022
432	4.421	-62	38.970
-40	0	-410	59.279
-4.089	3	769	-3.352
0	0	-908	-908
-4.129	3	-549	55.019
-1.167	-3.481	-630	-52.441
19	-66	-1.772	7.410
-4.870	920	-1.753	46.936
-1.406	-3.251	0	-35.288
-6.276	-2.331	-1.753	11.648
18.877	26.872		332.172
3.465	2.628		199.268
7.502	10.977		482.631
7.345	14.618		160.217
-85,5%	-15,9%		7,3%
1.234	26		35.405
3.769	78	1.692	10.203
191	318		6.722
9	24	122	324

Aufgliederung nach Unternehmensbereichen (Vorjahr)

Geschäftsjahr 2007 in T€	Skontroführung und Eigenhandel	Vermittlungs- geschäft
Zinsergebnis	420	1.152
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	0	0
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	420	1.152
Provisionsergebnis	33.115	6.871
Handelsergebnis	43.943	8.500
Ergebnis aus Available-for-Sale-Beständen	4.962	0
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0
Ergebnis aus Finanzgeschäft	48.905	8.500
Direkt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	-32.178	-10.533
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3.470	112
Ergebnis nach direkt zuordenbaren Erträgen/Aufwendungen	53.732	6.102
Indirekt zuordenbarer Verwaltungsaufwand	-17.549	-8.118
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	36.183	-2.016
Segmentvermögen in T€	123.168	54.351
Segmentverbindlichkeiten in T€	30.635	55.746
Risikoaktiva in T€	157.955	70.590
Allokiertes Kapital in T€	92.414	51.366
Rentabilität des allokierten Kapitals, bezogen auf Gewinn vor Steuern	39,2%	-3,9%
Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte in der Berichtsperiode in T€	788	543
Impairmentaufwand in T€	34	0
Planmäßige Abschreibungen auf das Segmentvermögen in T€	5.358	1.209
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	93	55

Das im Segmentbericht ausgewiesene allokierte Kapital entspricht dem bilanziellen Konzerneigenkapital.

Kapitalmarkt- dienstleistungen	Finanzportfolio- verwaltung	Sonstiges/ Konsolidierung	Konzern
60	54	0	1.686
0	0	0	0
60	54	0	1.686
3.029	3.583	-61	46.537
63	0	-488	52.018
1.620	0	-2.694	3.888
0	0	3.790	3.790
1.683	0	608	59.696
-1.395	-2.954	395	-46.665
35	-231	-574	2.812
3.412	452	368	64.066
-1.828	-1.661	0	-29.156
1.584	-1.209	368	34.910
19.627	26.219		223.365
3.361	1.475		91.217
16.180	6.005		250.730
10.696	9.426		163.902
14,8%	-12,8%		21,3%
73	53		1.457
0	0	0	34
189	278		7.033
9	21	109	287

(62) Risikoberichterstattung

Bezüglich der Angaben zu Marktpreisrisiken und Kreditrisiken sowie den bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelkennziffern verweisen wir auf die Ausführungen des Risikoberichts, der Bestandteil des Konzern-Lageberichts ist.

(63) Derivative Geschäfte

Derivative Finanzgeschäfte wurden sowohl zu Handelszwecken als auch zu Absicherungszwecken getätigt. Es handelt sich um börsengehandelte Aktienoptionen und Futures sowie um einen Indexswap.

	Marktwert 31.12.2008		Marktwert 31.12.2007	
	Positiv	Negativ	Positiv	negativ
Für Handelszwecke benutzte derivative Finanzinstrumente	8.205,20	552.798,48	10.130,50	0,00
Als Sicherungsinstrumente eingesetzte Derivate für Cash Flow Hedge Accounting	0,00	51.737,21	0,00	24.045,55
Insgesamt	8.205,20	604.535,69	10.130,50	24.045,55

Im Rahmen von Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem von der CCPM gemanagten CCPM-DTS-Zertifikat tätigt das Tochterunternehmen Baader Service Bank GmbH seit 2005 auf eigenen Namen und auf eigene Rechnung Options- und Future-Geschäfte an der EUREX Deutschland (Grundgeschäfte). Das Tochterunternehmen hat die Risiken aus diesen Geschäften mit einer Indexswap-Vereinbarung abgesichert (zu Absicherungszwecken designiertes Derivat).

Die im Rahmen der Grundgeschäfte gezahlten Optionsprämien werden als Handelsaktiva bilanziert und mit ihrem Nennbetrag bewertet. Marginverpflichtungen und -forderungen aus Future-Geschäften werden ebenfalls als Handelsaktiva

bilanziert und zum Nennbetrag bewertet. Der Anspruch oder die Verpflichtungen aus dem Indexswap werden als Forderung an bzw. Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen und werden auf Basis des zum Bilanzstichtag ermittelten Indexwertes bewertet. Der zum Stichtag negative Zeitwert des Indexswaps beträgt € 51.737,21.

Die Ausgleichszahlungen aus dem Indexswap werden im Geschäftsjahr 2010 fällig. Im Rahmen der Bilanzierung der Sicherungsbeziehung wurden bislang keine Beträge direkt im Eigenkapital erfasst. Eine im Periodenergebnis erfasste Ineffektivität liegt nicht vor.

(64) Sicherheiten

Zum Bilanzstichtag waren im Konzern die folgenden finanziellen Vermögenswerte als Sicherheiten für Verbindlichkeiten hinterlegt oder verpfändet:

	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	24.820.653,50	8.348.037,06
Handelsaktiva/Available-for-Sale-Bestände/at Equity bewertete Anteile	11.571.676,80	11.398.123,12
Sonstige Vermögensgegenstände	2.012,48	567,48
Insgesamt	36.394.342,78	19.746.727,66

Die Sicherheiten wurden im Wesentlichen für die Durchführung des Wertpapierhandels, Wertpapierleihegeschäfte und Rückdeckung von Pensionsverpflichtungen gestellt.

Vom Konzernunternehmen Baader Service Bank GmbH werden Lombardkredite zum Kauf von Wertpapieren oder zur Abdeckung von Sicherheitsleistungen (Marginerfordernissen) von über die Bank abgewickelten Börsentermingeschäften

eingräumt. Sie werden in der Regel für eine Laufzeit von zwölf Monaten zur Verfügung gestellt. Die Lombardkredite werden durch werthaltige Sicherheiten, in der Regel durch die Verpfändung von Wertpapieren bzw. Bankgarantien, unterlegt. Der beizulegende Zeitwert der von der Baader Service Bank GmbH in Pfand genommenen Wertpapiere betrug zum 31.12.2008 € 11.415.265,00, der Wert der Bankgarantien beläuft sich auf € 30.829.233,00.

(65) Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten

Die einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind mit ihrem Marktwert (Fair Value) bewertet. Der Marktwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem Finanzinstrumente am Bilanzstichtag zu fairen Bedingungen verkauft oder gekauft werden können. Dabei wurden, sofern Börsenkurse (z. B. für Wertpapiere) vorhanden waren, diese zur Bewertung verwandt. War kein Marktpreis zu ermitteln, wurden interne

Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen. Für Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr wurde der Marktwert (Fair Value) aus Vereinfachungsgründen dem Bilanzwert gleichgesetzt. Zum Stichtag 31.12.2008 sind in der Bilanz keine erkennbaren stillen Reserven oder stillen Lasten enthalten.

(66) Angaben zu finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten

Die Buchwerte jeder Kategorie von Finanzinstrumenten nach IAS 39 sowie der erfolgswirksam für jede Klasse von Finanzinstrumenten nach IFRS 7 erfasste Impairmentaufwand ergeben sich wie folgt:

Klasse nach IFRS 7	Erfolgswirksam zum Zeitwert		Erfolgsneutral zum Zeitwert	
	Zu Handelszwecken gehalten		Zur Veräußerung verfügbar	
Kategorie nach IAS 39	Buchwerte T€	Impairmentaufwand T€	Buchwerte T€	Impairmentaufwand T€
Finanzielle Vermögenswerte				
Forderungen an Kreditinstitute				
Forderungen an Kunden				
Handelsaktiva	42.292	0		
Available-for-Sale-Bestände			12.879	3.804
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen				
Sonstige Aktiva				
Tochterunternehmen				
Summe	42.292	0	12.879	3.804

Klasse nach IFRS 7	Erfolgswirksam zum Zeitwert		Zu fortgeführten Anschaffungskosten	
	Zu Handelszwecken gehalten		Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	
Kategorie nach IAS 39	Buchwerte T€	Impairmentaufwand T€	Buchwerte T€	Impairmentaufwand T€
Finanzielle Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			31.834	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			98.111	0
Handelsspassiva	38.890	0		
Sonstige Passiva			18.753	0
Summe	38.890	0	148.698	0

Zu fortgeführten Anschaffungskosten		Finanzinstrumente, die nicht unter IFRS 7 fallen	
Kredite und Forderungen			
Buchwerte T€	Impairmentaufwand T€	Buchwerte T€	Impairmentaufwand T€
165.975	46		
20.607	3.023		
		16.634	729
5.404	1.638		
		0	963
191.986	4.707	16.634	1.692

Sonstige Angaben

(67) Restlaufzeitengliederung

Die nach Restlaufzeiten untergliederte Bilanz des Konzerns zum Bilanzstichtag 2008 ergibt folgendes Bild:

	Bis 3 Monate T€	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr T€	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre T€	Mehr als 5 Jahre T€	Ohne Ablauf T€	Summe T€
Aktiva						
Barreserve	1.221	0	0	0	0	1.221
Forderungen an Kreditinstitute	166.013	3	0	0	0	166.016
Forderungen an Kunden	13.301	10.040	308	12	0	23.661
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	- 3.095	0	0	0	0	- 3.095
Handelsaktiva	34.515	7.091	686	0	0	42.292
Available-for-Sale-Bestände	0	11.298	1.581	0	0	12.879
Anteile an at Equity bewerteten UN	0	0	0	0	16.634	16.634
Sachanlagen	0	0	0	0	19.980	19.980
Immaterielle Anlagewerte	0	0	0	0	20.834	20.834
Geschäftswerte	0	0	0	0	24.785	24.785
Ertragsteueransprüche	0	1.412	6.496	3.898	0	11.806
Sonstige Aktiva	2.885	3	611	0	3.466	6.965
Aktive latente Steuern	0	0	21.021	0	0	21.021
Summe Aktiva	214.840	29.847	30.703	3.910	85.699	364.999
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.921	0	11.913	0	0	31.834
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	76.991	0	0	21.120	0	98.111
Handelsspassiva	38.890	0	0	0	0	38.890
Rückstellungen	2.146	0	8.259	1.031	0	11.436
Ertragsteuerverpflichtungen	0	1.287	0	0	0	1.287
Sonstige Passiva	13.252	5.745	0	0	0	18.997
Passive latente Steuern	4.227	0	0	0	0	4.227
Eigenkapital	0	0	0	0	160.217	160.217
Summe Passiva	155.427	7.032	20.172	22.151	160.217	364.999

Im Folgenden wird die Bilanz des Konzerns zum 31.12.2007
nach Restlaufzeiten untergliedert dargestellt:

	Bis 3 Monate T€	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr T€	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre T€	Mehr als 5 Jahre T€	Ohne Ablauf T€	Summe T€
Aktiva						
Barreserve	3.273	0	0	0	0	3.273
Forderungen an Kreditinstitute	73.316	2.022	0	0	0	75.338
Forderungen an Kunden	1.400	760	361	0	0	2.521
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	- 62	0	0	0	0	- 62
Handelsaktiva	44.407	2.062	1.158	0	0	47.627
Available-for-Sale-Bestände	378	5.723	3.203	0	0	9.304
Anteile an at Equity bewerteten UN	22.214	0	8.104	0	7.898	38.216
Sachanlagen	0	0	0	0	20.846	20.846
Immaterielle Anlagewerte	0	0	0	0	12.513	12.513
Geschäftswerte	0	0	0	0	4.600	4.600
Ertragsteueransprüche	0	1.341	5.961	4.769	0	12.071
Sonstige Aktiva	3.474	303	51	278	5.083	9.189
Aktive latente Steuern	0	0	23.977	0	0	23.977
Summe Aktiva	148.400	12.211	42.815	5.047	50.940	259.413
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.270	0	12.481	0	0	19.751
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	41.430	0	0	0	0	41.430
Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	0	9.611	6.445	1.258	0	17.314
Ertragsteuerverpflichtungen	0	2.560	0	0	0	2.560
Sonstige Passiva	6.269	6.454	0	0	0	12.723
Passive latente Steuern	1.733	0	0	0	0	1.733
Eigenkapital	0	0	0	0	163.902	163.902
Summe Passiva	56.702	18.625	18.926	1.258	163.902	259.413

(68) Fremdkapitalkosten

Kosten für Fremdkapital werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind.

(69) Außerbilanzielle Verpflichtungen

Die außerbilanziellen Verpflichtungen enthalten potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die Kunden eingeräumt, aber noch nicht in Anspruch genommen wurden. Die Inanspruchnahme dieser Verbindlichkeiten ist, wie durch die bilanzielle Behandlung bereits verdeutlicht, nicht wahrscheinlich.

	31.12.2008	31.12.2007
Eventualverbindlichkeiten		
- Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	170.000,00	170.000,00
- Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0,00
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
- Buchkredite an Kunden	24.583.425,00	15.196.204,98

(70) Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten getätigt, um dem Bedarf zur Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen. Verleihte Wertpapiere werden in der Bilanz unter den Handelsaktiva oder unter den Available-for-Sale-Beständen ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere

nicht bilanziert werden. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden, soweit sie das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen, in der Gewinn- und Verlust-Rechnung laufzeitgerecht im Provisionsergebnis berücksichtigt.

	31.12.2008	31.12.2007
Verleihte Wertpapiere	0,00	0,00
Entliehene Wertpapiere	366.612,29	0,00

(71) Treuhandgeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Treuhandgeschäfte.

(72) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen finanzielle Verpflichtungen aus Mietverträgen für Büroräume und PKW-Stellplätze von insgesamt T€ 710 mit Restlaufzeiten zwischen einem und 18 Monaten.

triebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von T€ 5.104 mit Restlaufzeiten zwischen drei und 47 Monaten. Davon entfallen T€ 3.797 auf das Laufzeitband bis zu einem Jahr und T€ 1.307 auf den Zeitraum ein Jahr bis fünf Jahre.

Daneben bestehen Verpflichtungen aus Kraftfahrzeugleasingverträgen und Leasingverträgen über Gegenstände der Be-

(73) Angaben zum Kapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennziffern

Im Rahmen der Umsetzung der Säule 1 gemäß Basel II werden die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Baader-Institutsgruppe gemäß den §§ 10 und 10 a KWG ermittelt. Danach muss die Baader-Institutsgruppe im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern Eigenmittel in angemessener Höhe halten. Die Baader Bank AG stellt gemäß § 10 a Abs. 3 Satz 4 das übergeordnete Unternehmen der Gruppe dar.

Darüber hinaus verpflichtet die Solvabilitätsverordnung

(SolvV) Institute, ihre Adressrisiken, Marktrisiken und das operationelle Risiko zu quantifizieren und dafür entsprechende Eigenmittel vorzuhalten.

Das Kapitalmanagement richtet sich im Geschäftsjahr 2008 erstmals nach den Regelungen der SolvV. Im Vorjahr war für das Kapitalmanagement noch der Eigenmittel-Solvabilitätsgrundsatz (Grundsatz I) maßgeblich.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Baader-Institutsgruppe gemäß SolvV gliedern sich zum Stichtag 31.12.2008 wie folgt:

	31.12.2008 T€	31.12.2007 T€
Kernkapital	108.000	99.000
Ergänzungskapital	0	0
Abzugsposten gemäß § 10 Abs. 6 KWG	- 1.199	- 2.924
Eigenmittel	106.801	96.076

Zum Stichtag ergaben sich nachfolgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

	31.12.2008 T€	31.12.2007 T€
Kapitalanforderungen		
Adressrisiken	8.000	8.000
Marktrisiken	27.000	14.000
Operationelle Risiken	12.000	10.000
Summe	47.000	32.000
Kernkapitalquote	18,38 %	24,75 %
Gesamtkennziffer	18,18 %	24,02 %

Die Vergleichswerte zum 31.12.2007 wurden ebenfalls nach Grundsätzen der im Jahr 2008 erstmals angewendeten SolvV ermittelt.

Die Kern- und Eigenkapitalquoten sind im Rahmen der Konzernplanung erreicht worden. Die Gesamtkennziffer gemäß SolvV lag während des Geschäftsjahres 2008 konstant über der Mindestanforderung von 8%. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften wurden damit eingehalten.

Im Kontext der Implementierung des aufsichtsrechtlichen Überprüfungsverfahrens der Säule 2 gemäß Basel II steht das

Eigenkapital- und Risikomanagement. Das Eigenkapitalmanagement des Baader-Konzerns umfasst die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der festgelegten Limite. Durch die regelmäßige Identifizierung von Risiken wird sichergestellt, dass alle wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial des Konzerns laufend abgedeckt sind und damit die geforderte Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikotragfähigkeit findet damit insbesondere auch im Rahmen der Festlegung der Geschäfts- und Risikostrategie Berücksichtigung, unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

(74) Honorar des Abschlussprüfers

Das Honorar des Abschlussprüfers für das Berichtsjahr ist gemäß § 315 a Abs. 1 HGB zusätzlich zu den nach IAS/IFRS geltenden Vorschriften im Jahresabschluss anzugeben.

	2008*) €	2007 €
Abschlussprüfung	411.100,00	359.442,62
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	277.720,33	253.060,44
Steuerberatungsleistungen	74.814,59	48.235,34
Sonstige Leistungen	111.303,93	49.255,00
Insgesamt	874.938,85	709.993,40

*)Der Ausweis erfolgt im Gegensatz zum Vorjahr brutto, da die Konzerngesellschaften teilweise nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind.

(75) Mitarbeiter

Im Berichtsjahr waren im Konzern der Baader Bank AG durchschnittlich 324 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr 287 Mitarbeiter). Zum Bilanzstichtag waren 333 Mitarbeiter angestellt. Davon waren 194 Mitarbeiter in handelsbezogenen Be-

reichen tätig und 139 Mitarbeiter in Abteilungen der Verwaltung. Die Konzern-Belegschaft setzt sich aus 101 Arbeitnehmerinnen und 232 Arbeitnehmern zusammen, die aus zwölf Nationen stammen.

(76) Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Hauptversammlung der Baader Bank AG hat am 19.07.2006 wie folgt beschlossen: „Eine Offenlegung der Bezüge und sonstigen empfangenen Leistungen jedes einzelnen Vorstandsmitglieds (§ 285 S. 1 Nr. 9 lit. A S. 5 bis 9 HGB und § 314 I Nr. 6 lit. a S. 5 bis 9 HGB) erfolgt für die Geschäftsjahre 2006 bis 2010 weder im Jahres- noch im Konzernabschluss.“ Damit ist auch auf gesetzlicher Grundlage eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge nicht mehr möglich. Daneben weisen Vorstand und Aufsichtsrat auch noch in der jährlichen Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG darauf hin, dass eine Abweichung von der Empfehlung zur individuellen Offenlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands gemäß Punkt 4.2.4. des Deutschen Corporate Governance Kodex in Zukunft nicht mehr erklärt werden muss.

Die Vergütung von Vorstandsmitgliedern umfasst neben den festen Bezügen auch variable, erfolgsabhängige Komponenten sowie Bestandteile mit langfristiger Anreizwirkung. Alle Vergütungsbestandteile werden vom Aufsichtsrat festgelegt. Im Geschäftsjahr 2008 sind nach dem Zuflussprinzip (ausgezahlt im Jahr 2008) für die Mitglieder des Vorstandes als Gesamtvergütung T€ 3.903 auszuweisen. In der erfolgsunabhängigen Vergütung sind T€ 138 (Vorjahr T€ 129) Sachbezüge, die steuerlich als geldwerte Vorteile zu behandeln sind, enthalten. Die Gesamtvergütung enthält in gegebenen Fällen auch die für das Geschäftsjahr gewährten Vergütungen für die Übernahme von Organfunktionen bei konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von T€ 31 (Vorjahr T€ 40).

Für das Geschäftsjahr ergab sich für den Vorstand folgende Vergütung nach dem Zuflussprinzip:

	2008 €	2007 €
Vorstand		
- Fixe Vergütung (erfolgsunabhängig)	1.887.460,00	1.676.774,04
- Variable Vergütung (erfolgsabhängig)	2.015.040,67	671.787,93
Insgesamt	3.902.500,67	2.348.561,97

Auf Basis handels- und bilanzrechtlicher Periodenabgrenzung und unter der Voraussetzung, dass der Jahresabschluss der Baader Bank AG für das Geschäftsjahr 2008 in der vorliegenden Form festgestellt wird, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2008 eine variable Vergütung (Auszahlung erfolgt 2009) in Höhe von T€ 614.

Die Mitglieder des Vorstandes erhalten neben ihren fixen Be-

zügen und der ergebnisabhängigen variablen Vergütung auch Optionsrechte aus dem Aktienoptionsplan der Baader Bank AG (vgl. Note 26). An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2008 insgesamt 64.250 Stück Aktienoptionen ausgegeben. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Vorstandsmitglieder für die Geschäftsjahre 2001 bis 2007.

	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	Gesamt
Gewährte Optionen	64.250	63.750	75.000	75.000	103.000	170.000	172.000	723.000
Ausübungspreis	3,75	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	-
Verwirkte Optionen	12.850	3.750	0	0	0	19.000	58.000	93.600
Ausgeübte Optionen	0	0	0	37.500	103.000	151.000	114.000	405.500
Ausstehende Optionen	51.400	60.000	75.000	37.500	0	0	0	223.900
Ausübbar Optionen	0	0	75.000	37.500	0	0	0	112.500
Restlaufzeit (in Monaten)	76	64	53	41	29	16	4	-

Der Geldwert der Aktienoptionen der Vorstände, die für das Jahr 2007 gewährt wurden, beträgt € 74.799,85 (Vorjahr € 89.256,38). Der Geldwert wurde dabei nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt € 1,1642 pro Aktie (Vorjahr € 1,4001 pro Aktie).

Für zwei Vorstandsmitglieder sieht die Bank eine Altersversorgung vor. Die danach zum 31.12.2008 bestehenden Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IAS für aktive Vorstandsmitglieder belaufen sich auf € 8.490.204,00 (Vorjahr T€ 9.735). Die Transparenzvorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex, basierend auf den gesetzlichen Vorschriften des § 15 a WpHG, erfordern Anhangsangaben von Geschäften der Mitglieder des Vorstandes in Aktien und Optionen der Baader Bank AG. Nach § 15 a WpHG sind Käufe und Verkäufe durch Mitglieder des Vorstands mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig, die eine Jahresfreigrenze von € 5.000,00 übersteigen. Die Gesellschaft veröffentlicht diese auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden weder Käufe noch Verkäufe gemeldet.

Die Baader Bank AG steht im Mehrheitsbesitz der Baader Beteiligungs GmbH, München. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es zu keinen Geschäften zwischen den beiden Gesellschaften. Die Anteile von Herrn Uto Baader an der Baader Bank AG werden über die Baader Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG (2.492.788 Stück) und die Baader Beteiligungs GmbH (28.104.000 Stück) gehalten. Darüber hinaus hält Herr Uto Baader 137.512 Stück Aktien im Privatbesitz. Insgesamt entsprechen die Anteile von Herrn Uto Baader 66,95% des gezeichneten Kapitals der Baader Bank AG. Darüber hinaus besitzt kein Vorstandsmitglied am 31.12.2008 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Bank AG. Zum 31.12.2008 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt 31.007.468 Stück Aktien der Baader Bank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O-Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich verlängert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisi-

ko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Vorstands haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Vorstands für ihre Aufgaben verbessert.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 13 der Satzung der Baader Bank AG geregelt. Entsprechend dieser Bestimmung erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung, die aus einem festen und einem variablen Anteil besteht. Dabei ist die Höhe der variablen Vergütung abhängig vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns. Sie beträgt für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zwischen 0,09% und 0,18%. Im Einzelnen darf die Vergütung des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds das Dreifache der Grundvergütung nicht überschreiten.

Die feste Vergütung wird im letzten Monat des Geschäftsjahres ausbezahlt. Die variable Vergütung ist nach der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Verwendung des Bilanzgewinns des betreffenden Geschäftsjahres beschließt, zahlbar.

Für das Geschäftsjahr 2008 ergab sich für den Aufsichtsrat folgende Vergütung nach dem Zuflussprinzip:

	2008 €	2007 €
Aufsichtsrat (ohne Ersatz von Auslagen) - Fixe Vergütung (ohne Umsatzsteuer)	150.000,00	150.000,00
- Variable Vergütung (ohne Umsatzsteuer)	237.764,47	172.237,72
Insgesamt	387.764,47	322.237,72

Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung der Baader Bank AG den Jahresabschluss 2008 in der vorliegenden Form feststellen wird, ergibt sich eine variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 in Höhe von insgesamt € 84.771,98.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Aufsichtsrats-tätigkeit keine Aktienoptionen oder andere aktienbasierte Vergütungen. Sofern Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat Aktienoptionen nach den Bedingungen der von den Haupt-

versammlungen beschlossenen Aktienoptionspläne erhalten, resultieren diese Leistungen aus ihrer Stellung als Arbeitnehmer der Baader Bank AG und sind von ihrer Aufsichtsrats-tätigkeit unabhängig.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhielten als Arbeitnehmer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2008 insgesamt 2.550 Stück Aktienoptionen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 2001 bis 2007.

	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	Gesamt
Gewährte Optionen	2.550	2.760	2.400	2.640	5.000	9.600	4.800	29.750
Ausübungspreis	3,75	5,32	6,02	2,34	2,96	1,12	2,14	-
Verwirkte Optionen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausgeübte Optionen	0	0	0	1.320	5.000	9.600	4.800	20.720
Ausstehende Optionen	2.550	2.760	2.400	1.320	0	0	0	9.030
Ausübbar Optionen	0	0	2.400	1.320	0	0	0	3.720
Restlaufzeit (in Monaten)	76	64	53	41	29	16	4	-

Die Vorjahreswerte wurden aufgrund des personellen Wechsels der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat angepasst. Der Geldwert der Aktienoptionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die für das Jahr 2007 Aktienoptionen als Arbeitnehmer der Gesellschaft erhalten haben, beträgt € 2.968,71 (Vorjahr € 3.864,28). Der Geldwert wurde dabei nach dem Black-Scholes-Optionspreismodell bestimmt. Der Geldwert beträgt € 1,1642 pro Aktie (Vorjahr € 1,4001 pro Aktie).

Die Transparenzvorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex, basierend auf den gesetzlichen Vorschriften des § 15 a WpHG, erfordern Anhangsangaben von Geschäften der Mitglieder des Aufsichtsrats in Aktien und Optionen der Baader Bank AG. Nach § 15 a WpHG sind Käufe und Verkäufe durch Mitglieder des Aufsichtsrats mitteilungs- und veröffentlichungspflichtig, die eine Jahresfreigrenze von € 5.000,00 übersteigen. Die Gesellschaft veröffentlicht diese Transaktionen auf ihrer Internetseite. Im Geschäftsjahr wurden weder Käufe noch Verkäufe gemeldet.

Kein Aufsichtsratsmitglied besitzt am 31.12.2008 mehr als 1% am Grundkapital der Baader Bank AG. Zum 31.12.2008 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt 10.589 Stück Aktien der Baader Bank AG.

Die Gesellschaft unterhält eine so genannte D&O-Versicherung. Sie wird auf ein Jahr abgeschlossen und jährlich ver-

längert. Die Versicherung deckt das persönliche Haftungsrisiko für den Fall ab, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats bei Ausübung ihrer Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben keinen Selbstbehalt im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Gesellschaft ist nicht der Meinung, dass ein Selbstbehalt die Motivation und Verantwortung der Mitglieder des Aufsichtsrats für ihre Aufgaben verbessert.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der Kreditzusagen an Organmitglieder wie folgt dar:

	2008 €	2007 €
Vorstand	300.000,00	332.197,17
Aufsichtsrat	0,00	103.778,89

Die Kreditzusagen an Vorstandsmitglieder wurden zum Stichtag nicht in Anspruch genommen.

Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr 2008 nicht gewährt.

Kreditzusagen an Vorstände wurden im Geschäftsjahr 2008 mit Restlaufzeiten zum 31.12.2008 von sechs Monaten sowie einem Zinssatz von 5% gewährt. Kreditzusagen gegenüber

Einem Vorstandsmitglied wurde von der Baader Bank AG eine Bürgschaft in Höhe von T€ 170 gewährt.

(77) Patronatserklärung

Die Baader Bank AG übernimmt für ihre Tochtergesellschaft Baader Service Bank GmbH (BSB) die Haftung für deren Verbindlichkeiten aus dem Vertragsverhältnis BSB zu J.P. Mor-

gan Securities Ltd. (JPM) in Höhe von maximal € 20 Mio. Zwischen BSB und JPM besteht eine vertragliche Vereinbarung zur Abwicklung von Fremdwährungstermingeschäften.

(78) Corporate Governance Kodex

Die Entsprechenserklärung der Gesellschaft wurde von Vorstand und Aufsichtsrat im November/Dezember 2008 abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht. Dies

erfolgte durch Einstellung der Entsprechenserklärung auf der Internetseite der Gesellschaft am 15.12.2008 und Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger am 15.12.2008.

Vorstand

Herr Uto Baader, München

- Vorsitzender des Vorstands der Baader Bank AG, Unterschleissheim
- Geschäftsführer der Baader Beteiligungs GmbH, München
- Mitglied des Aufsichtsrates der Baader Management AG, Unterschleissheim
- Mitglied des Verwaltungsrates der Medi-Globe Corp., Tempe, AZ, USA (bis 31.01.2008)
- Mitglied des Aufsichtsrates der Bayerischen Börse AG, München
- Vorsitzender des Börsenrates der Börse München, München
- Vorsitzender des Verwaltungsrates der Parsoli Corporation Ltd., Mumbai, Indien
- Vorsitzender des Verwaltungsrates der Parsoli Insurance Brokers Ltd., Mumbai, Indien
- Vorsitzender des Verwaltungsrates der Parsoli Commodities Ltd., Mumbai, Indien
- Vorsitzender des Verwaltungsrates der Parsoli Travel House Ltd., Mumbai, Indien
- Mitglied des Verwaltungsrates der Parsoli Motor Works PVT Ltd., Ahmedabad, Indien
- Mitglied des Verwaltungsrates der Parsoli Infrastructure PVT Ltd., Ahmedabad, Indien
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der STEICO AG, München
- Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C., Muscat, Oman

Herr Dieter Brichmann, Penzberg

- Mitglied des Vorstands der Baader Bank AG, Unterschleissheim
- Mitglied der Geschäftsführung der Baader Service Bank GmbH, Unterschleissheim
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Management AG, Unterschleissheim
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Heins & Seitz Capital Management AG, Unterschleissheim
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Conservative Concept Portfolio Management AG, Bad Homburg
- Mitglied des Aufsichtsrates der direct AG, Unterschleissheim (seit 15.09.2008)

Herr Stefan Hock, München

- Mitglied des Vorstands der Baader Bank AG, Unterschleissheim
- Mitglied des Aufsichtsrates der Baader Management AG, Unterschleissheim
- Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der e-m-s new media AG, Dortmund (bis 08.12.2008)

Herr Dieter Silmen, Baldham

- Mitglied des Vorstands der Baader Bank AG, Unterschleissheim
- Mitglied des Börsenrates der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart
- Mitglied des Börsenrates der Börse Berlin, Berlin
- Mitglied des Skontroführerausschusses der Börse München, München

Herr Christopher Schütz, Starnberg

- Mitglied des Vorstands der Baader Bank AG, Unterschleissheim (bis 13.10.2008)
- Mitglied des Verwaltungsrates der Gulf Baader Capital Markets S.A.O.C., Muscat, Oman (bis 29.12.2008)

Aufsichtsrat

Herr Dr. Horst Schiessl, München

Alter: 67 Jahre

Beruf: Rechtsanwalt

Im AR seit: 26.02.1999

- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Bank AG, Unterschleissheim
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Softing AG, Haar, München
- Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der SPAG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs AG, Darmstadt
- Mitglied des Aufsichtsrates der Dussmann AG & Co. KGaA, Berlin
- Vorsitzender des Beirates der Trion Pharma GmbH, München

Herr Dr. Christoph Niemann, Meerbusch

Alter: 72 Jahre

Beruf: Bankier

Im AR seit: 10.07.2002

- Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baader Bank AG, Unterschleissheim
- Mitglied des Verwaltungsrates der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf

Herr Dr. Norbert Juchem, München

Alter: 56 Jahre

Beruf: Unternehmensberater

Im AR seit: 15.07.2003

Herr Helmut Schreyer, München

Alter: 65 Jahre

Beruf: Bankier

Im AR seit: 14.07.2004

- Mitglied des Aufsichtsrates der Reichmuth & Co. Integrale Vermögensverwaltung AG, München
- Präsident der Herma Holdings S.C. Inc., Toronto, Kanada

Herr Rainer Merklinghaus, Vaterstetten (bis 26.06.2008)

Alter: 46 Jahre

Beruf: Bankangestellter

Im AR seit: 21.05.2003 (Arbeitnehmersvertreter)

**Herr Thomas Wiegelmann, Sulzbach, Taunus
(bis 26.06.2008)**

Alter: 40 Jahre

Beruf: Bankangestellter

Im AR seit: 26.06.1998 (Arbeitnehmersvertreter)

Frau Theresia Weber, Emmering

Alter: 55 Jahre

Beruf: Bankangestellte

Im AR seit: 26.06.2008 (Arbeitnehmersvertreter)

Herr Jan Vrbsky, Frankfurt

Alter: 39 Jahre

Beruf: Bankangestellter

Im AR seit: 26.06.2008 (Arbeitnehmersvertreter)

(80) Anteilsbesitz des Konzerns

Der Konzern besitzt Anteile mit einer Beteiligungsquote von mehr als 5 % an den folgenden Gesellschaften, die weder als Tochterunternehmen noch als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen wurden:

Name, Sitz	Anteil in % am Kapital	Letzter Jahresabschluss	Eigenkapital (gesamt)	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
U.C.A. AG, München	13,81	31.12.2007	€ 18.952.583,55	€ – 113.258,61
KST Beteiligungs AG, Stuttgart	9,19	31.12.2007	€ 27.148.613,38	€ – 809.683,72
BEN Bavarian Equity Network GmbH, München		Die Gesellschaft wurde mit HR-Eintrag vom 14.01.2009 aufgelöst.		
Stillking Film Holdings Ltd., St. Helier, Jersey ¹⁾	6,50	31.12.2006	€ 6.928.625,66	€ 1.780.303,03

Unternehmensangaben basieren auf testierten bzw. veröffentlichten Einzelabschlüssen

Unterschleissheim, den 18. März 2009

Baader Bank AG

Der Vorstand

Uto Baader, Dieter Brichmann,

Stefan Hock, Dieter Silmen

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Unterschleissheim, den 18. März 2009

Baader Bank AG

Der Vorstand

Uto Baader, Dieter Brichmann,

Stefan Hock, Dieter Silmen

1) Das Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres zum 31.12.2006 wurden umgerechnet (€/USD 1,317).

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Baader Bank Aktiengesellschaft, Unterschleissheim, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlust-Rechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs-

und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bremen, den 19.03.2009

Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Jasper
Wirtschaftsprüfer

Clostermann
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:

Baader Bank AG
Weihenstephaner Str. 4
85716 Unterschleissheim
Tel. +49 (0)89 5150-0
Fax +49 (0)89 5150-1111
www.baaderbank.de
info@baaderbank.de

Konzeption, Gestaltung, Realisation:

bettervalue, Berlin
www.bettervalue.de

Lektorat:

Anne Fries. Das Lektorat. Düsseldorf
www.anne-fries.de

Druck:

Ruksaldruck GmbH und Co. KG
www.ruksaldruck.de



Baader Bank AG

Weihenstephaner Str. 4
85716 Unterschleissheim
Tel. +49 89 5150-0
Fax +49 89 5150-1111
www.baaderbank.de
info@baaderbank.de